

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis halbjährlich: 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Besprechungen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Ein Jahr des Kampfes

liegt hinter dem deutschen Proletariat. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß das neue Jahr für die deutsche Arbeiterklasse erst recht ein Jahr des Kampfes werden wird!

Noch läßt es sich nicht übersehen, ob endlich die schwere wirtschaftliche Krise, die für Hunderttausende Arbeitslosigkeit und Lohnverkürzung gebracht hat, wiederum einer Periode allgemeinen Aufschwunges weichen wird. Das aber steht fest, daß das Unternehmertum bereits alle Vorbereitungen getroffen hat, der Arbeiterschaft die Teilnahme an der Prosperität zu erschweren, sei es selbst mit den Mitteln der brutalsten Gewalt!

### Erst die letzte Zeit hat ja in Gestalt des erbitterten Kampfes im Mansfelder Revier

bewiesen, wie wenig Humanität von dem Unternehmertum zu erwarten ist. Unter dem Schutz der Maschinengewehre wirft das Kapital selbst königstreue Vergnappen rücksichtslos auf das Straßenpflaster, sobald sie durch organisiertes Vorgehen ihre Lage zu verbessern suchen!

Diese wirtschaftliche Trug- und Gewaltpolitik des Grubenkapitals hat auch bereits im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eingesetzt: durch Schaffung des Zwangsarbeitsnachweises, der als

### Instrument der Arbeiterknebelung

dienen soll! Das Grubenproletariat aber ist entschlossen, sich dem Nachfolger des Unternehmertums nicht widerstandslos zu unterwerfen. Beharrt das Kapital bei seiner Gewaltpolitik, so stehen

### wirtschaftliche Riesenkämpfe

bedor, wie sie Deutschland bisher noch nicht gesehen hat. Und wie in der Kohlenindustrie werden sich bei dem Einsetzen flatternden Geschäftsganges auch in den übrigen Industriezweigen die Verhältnisse zuspitzen. Deshalb ist es notwendig, daß das Proletariat durch

### Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen

dem Unternehmertum die Lust zum Konflikt verleidet oder im äußersten Falle für den Kampf gerüstet dasteht! Kein Klassenbewußter Arbeiter darf mehr außerhalb seines Berufsverbandes stehen!

Aber nicht nur wirtschaftliche Stürme kündigt das Wetterglas um die Jahreswende, sondern auch schwere politische Kämpfe!

Das Jahr 1909 brachte dem Volk den kolossalen Steueranhang gegen die Taschen gerade der Kinder- und Nichtbestehenden. Trotz all dieser neuen Steuern ist nach wie vor Ebbe in der Reichskasse. Geht es so weiter mit den Ausgaben für Militarismus und Marinismus, so ist ein

### neuer Aberlaß der Steuerzahler

unausbleiblich. Deshalb muß der Regierung und den herrschenden Massen fort und fort Kargemacht werden, daß das Volk ein Ende des tollen Wettrüstens verlangt!

Den chauvinistischen Hehern, die bald gegen England, bald gegen Frankreich schüren, muß das Handwerk gründlich gelegt werden! Umsonst, als gerade jetzt wieder zu einem

### neuen Marokkokonflikt

aufgeputscht wird! Solche Hehereien sollen eben die Stimmung für neue Heeres- und Marineforderungen schaffen!

Das alte Jahr hat mit der Abrechnung mit der Reaktion glorreich begonnen. Die roten Wahlsiege des Jahres 1909 müssen auch im Jahre 1910 vermehrt werden! Bereits der Januar bringt die Reichstagswahl in Eisenach-Dornbach. Der Kreis muß unser werden! Und jeder neue Wahlkreis!

Ein Kampf von ungeheurer Wichtigkeit ist aber vor allem der

### Wahlrechtskampf in Preußen!

Es ist so gut wie sicher, daß dem Landtage bereits in den nächsten Monaten ein Wahlrechtsentwurf zugehen wird. Ein Entwurf, der blutigsten Hohn für das wahlrechtsfordernde Volk sein wird! Dabei sind alle reaktionären Kräfte bereits seit Jahr und Tag in fiebriger Tätigkeit, die Reform noch mehr zu verzunzen! Da ist es eine

### Probe auf die politische Reife des Proletariats,

wie es den Wahlrechtskampf bestehen wird!

Das Jahr 1910 wird so vor manchem anderen ein Jahr des Kampfes sein!

Ein Jahr des Sieges wird es aber nur dann sein, wenn das Proletariat und mit ihm alle Entrechteten den Kampf mit aller Hingabe und Tatkraft zu führen verstehen!

Wie für den wirtschaftlichen, so ist auch für den politischen Kampf die erste Vorbedingung die Organisation!

Kein Wahlrechtskämpfer darf außerhalb der politischen Organisation stehen!

Die Lösung des Kampfes aber und die Parole der Stunde wird in jeder Arbeiterwohnung, in jeder Schlafstelle tragen die Arbeiterpresse, der

## „Vorwärts“!

Jeder Klassenkämpfer Groß-Berlins ein Leser des „Vorwärts“!

Jeder „Vorwärts“-Leser ein Wahlrechtskämpfer!

## Verkehrskapitalismus.

Seit mehreren Monaten schweben zurzeit noch nicht abgeschlossene Verhandlungen, die das öffentliche allgemeine Interesse der Reichshauptstadt in sehr erheblichem Maße erregen. Gegenstand der Erörterungen sind die Rechtslage und die tatsächlichen Zustände, die aus dem Vertrage der Stadt Berlin mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft entstanden sind, und der Wunsch, ein Verhältnis zu lösen, das auf die Dauer unhaltbar ist, weil die Gemeinde zugunsten des Privatkapitals, je länger, je mehr, in eine unwürdige, bedeutungslose Position gedrängt, in ihrer Selbständigkeit auf dem Gebiete des städtischen Verkehrswezens beschränkt, und in materieller Hinsicht schwer geschädigt wird.

Zum besseren Verständnis der Rechtslage seien nur einige Maßnahmen der „Großen Berliner“ während der Vertragsdauer angeführt. Bekanntlich erlischt die Zustimmung der Stadt Berlin zu dem Unternehmen der Gesellschaft und die Erlaubnis zur Benutzung der Straßen und Plätze am 31. Dezember 1919. An diesem Termin geht der Bahnkörper nebst Zubehör unentgeltlich in den Besitz der Stadt über, soweit es sich um die im Reichsbild Berlins hergestellten Straßenbahnanlagen handelt. Nach dem klaren Wortlaut und nach dem Sinn des Vertrages mußte daher der erste Januar 1920 als der Zeitpunkt angesehen werden, an dem die Straßenbahnen in Besitz und Betrieb der Stadt Berlin gelangen würden.

Das nur auf die kapitalistische Ausbeutung der von der Stadt geschaffenen, von ihr unterhaltenen Straßen und Plätze, gerichtete Streben der „Großen Berliner“ hat jedoch die unwürdigen und illoyalen Mittel angewendet, bei denen ihr leider die kräftige Unterstützung und Förderung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht gefehlt hat, um die Verkehrspolitik der Stadt zu durchkreuzen, die Übernahme und Fortführung der Straßenbahnen im Jahre 1919 zu verhindern, die eigenen Verkehrsunternehmungen der Stadt durch Konkurrenzverbot und Entschädigungsansprüche zu schädigen und sich das Monopol für das Straßenbahnwesen in Berlin zu schaffen.

Wir erinnern nur daran, daß die „Große“ sich hinter dem Rücken der Stadt die staatliche Verlängerung ihrer Konzession bis zum 31. Dezember 1919 erwirkt hat und daß diese Verlängerung erteilt ist, ohne daß die Gemeinde von der Aufsichtsbehörde eines Wortes gewürdigt wurde. Auch die Umwandlung des „Unterbetriebes“ in billigeren „Oberbetrieb“ ist an verschiedenen Stellen der Stadt von der Aufsichtsbehörde der Gesellschaft „befohlen“ worden. Abänderungen des Fahrplans, Verlegung von Linien sind gegen den Willen der Stadt durch die Aufsichtsbehörde der Gesellschaft „auferlegt“ worden. Die „Große“ fühlt sich durch die städtischen Nordlinien geschädigt und erhebt Entschädigungsansprüche an die Stadt. Für das der Stadt vertraglich zustehende Nebenbenutzungsrecht verlangt die „Große“ nicht nur Ersatz für die dadurch entstehenden Kosten der Abnutzung des Bahnkörpers, sondern auch für den angeblich entgangenen Gewinn, der dadurch entsteht, daß Personen die Wagen der „Großen“ benutzen könnten, wenn die städtische Linie nicht vorhanden wäre. Eine Auslegung, an die bei dem Abschluß des Vertrages kein Mensch gedacht hat. Aber nicht nur bei anderen Straßenbahnen erhebt die „Große“ Entschädigungsansprüche. Die „Große“ glaubt, daß alles, was in Berlin „kreucht und flucht“, ihr tributpflichtig sei, und deshalb belegt sie auch die „Schnellbahnen“ über und unter der Erde mit Beschlagnahme, wenn dadurch bei Herrn Rade Konkurrenzbeschränkungen für sein Unternehmen entstehen. Das Non plus ultra aber erreicht die „Große“ mit ihren famosen Tunnelprojekten, deren Ausführung eine gründliche Umwälzung des Straßenbahnverkehrs zum Ziel haben soll. Angeblich handelt es sich um die Entlastung des Potsdamer Platzes und der Leipziger Straße, die gewiß sehr wünschenswert und notwendig ist; aber auch auf andere weniger kostspielige und verkehrstörende Weise erreicht werden kann. Im übrigen sieht es in anderen Stadtgegenden nicht besser

aus; wir denken z. B. an die Rosenthaler, Brunnen-, Dranien-, Chaussee-, Frankfurter- und andere Straßen, die nur nicht das Vergnügen haben, so viele Minister und Geheime Räte passieren zu sehen, wie Potsdamer Platz und Leipziger Straße. Wenn die Herren einmal Stadttourlauf nähmen, um auch andere Stadtgegenden kennen zu lernen, dann würde man behördlicherseits die Tunnelpläne — die technisch als ganz unausführbar bezeichnet werden und nichts als einen „Bluff“ bedeuten — nicht so enthusiastisch begrüßt und befürwortet haben. Das ist ja nun mit der Zeit etwas anders geworden, namentlich da bestimmte Anzeichen vorliegen, daß die Stadt durch eine Anzahl großer Straßen-, durchbrüche und kleinerer Tunnelanlagen (Opernplatz, vor dem Brandenburger Tor) für die Ableitung und Regelung des Verkehrs Sorge tragen will.

Der kapitalistische Pferdefuß in diesen Projekten der „Großen“ steckt aber in dem Verlangen, Konzessionsverlängerungen auf neunzig Jahre zu erhalten und sich damit das uneingeschränkte Monopol auf die Ausbeutung der Straßen und Plätze zu Verkehrsziwecken zu sichern.

An diesem seinen Plänen ist natürlich das Großkapital sehr interessiert; weit über die „Große Berliner“ hinaus sind nicht nur „Betriebsgesellschaften“, sondern vor allem „Bau- und Ausstattungsunternehmen“ an dem Hunderte von Millionen in Anspruch nehmenden Projekt beteiligt. Und nicht zu vergessen die Großbanken, die zum Zwecke der Kapitalbeschaffung Aktiengesellschaften gründen und die Millionen betragenden Gründergewinne in die Tasche stecken.

So gedenkt das Privatkapital über eins der wichtigsten Gebiete städtischen Lebens, dem sich noch die Errichtung von Elektrizitätswerken zur Herstellung von Verkehrs-, Industrie-, Heiz- und Beleuchtungsenergie zugesellen, selbstherrlich zu verfügen. Verkehr, Industrie, Handel und Gewerbe unserer Stadt zugunsten der Dividendenklücker monopolistisch auszubuten, und der Gemeinde die Rolle eines Bettlers zuzuwenden, der für das Almosen einer Abgabe zusehen muß, wie Millionen und Abermillionen, die zur Förderung und Lösung der städtischen Aufgaben, zum Nutzen der allgemeinen Kultur und Wohlfahrt dringend notwendig sind, den Kapitalisten in Form von Lantimen und Dividenden zugeführt werden, während große soziale, ethische, künstlerische, volksbildnerische Aufgaben wegen angeblichen Mangels an Mitteln unerfüllt bleiben.

Dieser Zustand ist zum großen Teil der falschen Verkehrspolitik geschuldet, die Berlin betreibt, da bis jetzt immer noch nicht in der Gemeindeverwaltung der Entschluß, das Verkehrswezen der kapitalistischen Umklammerung zu entreißen und in eigene städtische Verwaltung zu nehmen, festen unverrückbaren Boden gefunden hat. Jöggernd und zagend hat man einige städtische Straßenbahnlinien im Norden der Stadt errichtet. Und trotzdem diese Linien in ungeahnter Weise prosperieren, sind leider sehr einflußreiche Kreise der Stadtverordnetenversammlung immer noch der Meinung, daß das Verkehrswezen dem Privatkapital zur Ausbeutung ausgeliefert werden müsse und stehen allen Bemühungen, der Stadt die vollen Einnahmen aus den Verkehrsbetrieben zuzuführen, feindselig gegenüber. Allerlei Scheingründe werden gegen den städtischen Betrieb angeführt; der bürokratische Geschäftsgang, der Mangel kaufmännischer und technischer Kapazitäten und anderes mehr wird gegen die städtische Regie ins Feld geführt — aber den eigentlichen Grund verschweigt man. Die Stadt kann schnell und praktisch arbeiten — wenn sie will; dazu bedarf es nur einiger zweckentsprechenden Einrichtungen und der Anstellung geeigneter und entsprechend bezahlter Fachmänner. Daran liegt's also gewiß nicht.

Aber auch in der Gemeinde hat die Kapitalistenklasse, dank des plutokratischen Dreiklassenwahlgesetzes, das Fest in der Hand. Die Besitzenden distanzieren die Kommunalgesetze. Und den Angehörigen dieser Klasse sind 8 und 10 Prozent Dividende von Elektrizitäts- und Straßenbahnaktien lieber als vierprozentige Stadt- oder Staatsobligationen. Das ist des Pudels Kern. Das ist der eigentliche und maßgebende Grund für die Abneigung, die Fesseln des Kapitals, die Herrschaft der „Großen“ und ihrer Verbündeten energisch abzustreifen.

Wenn aber der ernste Wille bei dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ist, unbeflüßelt von privatrechtlichen Interessen eine Lösung zu suchen — und es scheint als ob immer weitere Kreise in Berlin sich der Unwürdigkeit und Unhaltbarkeit der Vorherrschaft der „Großen“ und des ihr alliierten Kapitals bewußt werden — dann wird sich auch ein Weg finden, um aus der jetzigen Misere der städtischen Verkehrspolitik auf einen gesunden, der Gemeinde würdigen Boden zu gelangen. Opfer werden allerdings gebracht werden müssen — aber diese Opfer sind die Folgen der bisherigen antisozialen Verkehrspolitik unserer Stadt. Bisher haben — wie die bürgerliche Presse vom Schläge der „Voss. Ztg.“, „Berl. Tageblatt“, „V. Z. am Mittag“, „Berl. Lokal-Anzeiger“ meldet — die Verhandlungen noch kein greifbares Resultat gezeitigt, aber mehrere Vorschläge haben sich herauskristallisiert, deren grundlegende Bestimmungen jedoch für die Stadt völlig unannehmbar sind.

Zunächst ein Vorschlag, der auf eine Verlängerung der städtischen Zustimmung bis zum 31. Dezember 1919 hinausläuft. Dafür sollen der Stadt einige Vorteile geboten werden, die darin gipfeln, daß Anno 1950 das ganze Unternehmen kostenlos an die Stadt übergeht, daß die Bruttoaufgabe um



1 Proz. erhöht wird und daß die „Große“ auf jeden Konkurrenzverzicht verzichtet. Außerdem soll der Stadt frühestens Ende 1919 und dann von zehn zu zehn Jahren das Erwerbsrecht des Unternehmens vorbehalten sein. Zu den Kosten der Straßendurchbrüche trägt die „Große“ die Hälfte — jedoch höchstens zehn Millionen Mark bei, wogegen ihr die Belegung der Straßen mit Schienen gestattet werden muß. Mit der Vertragsverlängerung bis 1950 soll an Stelle des Einheitsstarfs von 10 Pf. ein Zonenstarf eingeführt werden, dessen Sätze bis zu 5 Kilometer auf 10 Pf., über 5 Kilometer auf 15 Pf. und über 10 Kilometer auf 20 Pf. normiert sind.

Nach dem mit der „Großen“ gemachten Erfahrungen müßte es als eine Torheit und Kurzsichtigkeit allerersten Ranges bezeichnet werden, wenn die Stadt sich darauf einließe, die Vertragsverlängerung auch nur zu diskutieren. Vertragsverlängerung bis 1950 bedeutet für alle Zeiten Verzichtleistung auf städtische Verkehrsanlagen auf den Straßen und Auslieferung des Betriebes an das Privatkapital. Daraus ändert das der Stadt vorbehaltene Erwerbsrecht nicht das geringste; das sind Schaumflöße auf der Suppe, die praktisch nie Bedeutung erlangen werden.

Die Vertragsverlängerung bedeutet die Verewigung des Verkehrsmonopols der „Großen Berliner“. Jede Möglichkeit städtischer Verkehrsanlagen auf den Straßen schwindet, die städtische Ausgestaltung des Straßenbaues wird lahmgelegt, die Arbeiten der städtischen Verkehrsdeputation werden unterbunden und zur vollständigsten Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, die Einnahmen der Stadt werden, Jahr für Jahr steigend, um viele Millionen geschmälert.

An der Weiterbehandlung dieses Vorschlages wird sich zeigen, ob der Berliner Kommunalrat endlich einmal ehrliche städtische Verkehrspolitik treiben oder ob er wie schon so oft, auch dieses Mal wieder städtisches Eigentum dem Privatkapitalismus zur Ausbeutung preisgeben wird.

Neben dem Vorschlag auf Vertragsverlängerung marschiert noch ein Angebot der „Großen“ auf Uebergang des Unternehmens an die Stadt zum Preise von 200 Proz. des Aktienkapitals, d. h. für 200 162 800 M.

Diese exorbitant unverschämte Forderung wird mit dem hohen Kursstand der Aktien motiviert; die Aktien der „Großen“ werden an der Börse mit 188 Proz. gehandelt und sind seit den Verhandlungen auf Ankauf sehr stark, um einige zwanzig Prozent, in die Höhe gegangen. Daß dies nur eine Folge von spekulativen Kursstrebereien ist, liegt auf der Hand, denn der wirkliche innere Wert der Aktien nach dem Stande des Unternehmens bleibt sehr weit hinter diesem Kursstand und dem geforderten Preis zurück. Die Dividende gibt durchaus keinen zutreffenden Maßstab für den wirklichen Wert des Unternehmens.

Wir wollen nicht von frisierten Bilanzen sprechen, obgleich wir Grund haben zu glauben, daß sich unter den Aktien der Gesellschaft manche sehr große Anlagen und Kosten befinden, deren Ertrag z. B. bei der Liquidation der Gesellschaft sehr erheblich hinter dem Nominalbetrage zurückbleiben wird. Ob die Rücklagen, Tilgungs-, Reserve- und Amortisationsfonds sowie die gemachten Abschreibungen ausreichend sind, um solch hohen Stand der Aktien bei Erlöschen der Berliner Zustimmung zum Weiterbetriebe des Unternehmens in Berlin zu rechtfertigen, ist und sehr zweifelhaft. Kurz, wir haben den Eindruck, daß die innere Sicherheit des Unternehmens unter dem Wunsch, möglichst hohe Dividenden zu verteilen, stark gelitten hat. Dieser Umstand wird über kurz oder lang in die Erscheinung treten müssen und seine Einwirkung auf den Kursstand der Aktien nicht verschlehen.

Freilich die „Große“ glaubt gesichert zu sein gegen erhebliche Ansprüche der Stadt und behauptet, im Jahre 1919 auch nach Erlöschen der Berliner Zustimmung das Unternehmen weiter betreiben zu können.

Geführt wird diese Rechtsauffassung auf eine Bestimmung des Kleinbahngesetzes, wonach ein Kleinbahnunternehmen, welches mehrere Gemeinden umfaßt, als einheitlich anzusehen ist und die mangelnde gemeindliche Zustimmung zum Betriebe des Unternehmens durch den Oberpräsidenten gegen eine von ihm zu bestimmende Entschädigung der Gemeinde ergänzt werden kann.

Aber selbst wenn bei dieser doch immerhin recht zweifelhaften Rechtslage — bei der die endgültige Entscheidung nicht durch die ordentlichen Gerichte, sondern durch den Minister getroffen wird — zugunsten der „Großen“ entschieden werden sollte, so wird damit keineswegs der zivilrechtliche Anspruch Berlins gegen die „Große“ aus dem Zustimmungsvortrage beseitigt. Neben der vom Oberpräsidenten festzusetzenden Entschädigung bleibt die „Große“ für jeden Schaden, den die Stadt aus den Maßnahmen der Gesellschaft erleidet, ersatzpflichtig. Das weiß die „Große“ sehr genau; die Situation kann für die Stadt nur günstiger werden und Berlin hat gar keine Ursache, das Unternehmen für einen weit über den wirklichen Wert hinausgehenden Preis zu erwerben.

Ein dritter Vorschlag, der ebenfalls den Erwerb des Unternehmens für denselben Preis zum Ziel hat, will den Plan für die Stadt dadurch schmählicher machen, daß neben dem Kaufvertrag zugleich ein Abkommen getroffen wird, wonach die „Große“ für weitere zehn Jahre, also bis zum 31. Dezember 1919 das Unternehmen als Pächterin weiter betreibt. Die Pachtbedingungen sollen nach dem Vorschlage wie folgt lauten:

Die weiter bestehende Gesellschaft betreibt, nachdem die Stadt das Unternehmen für 200 Millionen Mark erworben hat, das Unternehmen auf zehn Jahre als Pächterin weiter. Sie fundet der Stadt den Kaufpreis gegen eine Verzinsung von vier Prozent auf zehn Jahre. Als Pacht zahlt die Gesellschaft der Stadt diesen Zinsbetrag sowie die Beträge, welche die Stadt jetzt als Bruttoabgabe und Anteil am Reingewinn erhält. Von dem nach Abzug der Betriebskosten und obigen Beträgen verbleibenden Reingewinn erhält die Stadt  $\frac{1}{2}$  und die Gesellschaft  $\frac{1}{2}$ , wogegen die Stadt der Pächterin die Einführung eines Zonenstarfs und zwar bis 5 Kilometer 10 Pf., bis 8 Kilometer 15 Pf. und über 8 Kilometer 20 Pf. gestattet.

Den vernünftigen nach Neujahr wieder aufzunehmenden Erörterungen innerhalb der städtischen Instanzen werden diese Vorschläge zu Grunde liegen. Ob und was dabei herauskommen wird, läßt sich auch nicht annähernd voraussagen; die bisherigen Verhandlungen haben keine einigermaßen sichere Grundlage geschaffen.

Nach unserer Meinung kann die Stadt in aller Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Wir sind nicht gegen eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung mit der „Großen“. Wir verurteilen nicht die Schwere der äußerlich komplizierten Situation, in der die Stadt sich befindet; wir halten die Befreiung der städtischen Verkehrspolitik aus den Fesseln des Privatkapitals für dringend geboten, damit

die Stadt ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehrswezens zum Nutzen der Gesamtheit erfüllen kann — und wir glauben, daß hierfür Opfer gebracht werden müssen — aber diese Opfer dürfen nicht ins Ungemessene gehen und müssen vor allen Dingen die vollkommenste Entscheidungs- und Befähigungsfreiheit über das städtische Straßenbahnverkehrswezen für alle Zeiten verbürgen.

Die „Große Berliner“ ist auch nicht auf Rosen gebettet; die Stadt hat nach der gegenwärtigen Situation keinen Anlaß, den Aktionären und den Großbanken Millionengewinne auszusprechen, welche die Steuerzahler verausgaben müssen und das auf den Straßenbahnen verkehrende Publikum durch Tarifserhöhung aufzubringen hat.

Die allen Vorschlägen zur Voraussetzung dienende Tarifserhöhung ruft die allerwertvollsten Bedenken hervor. Die Rentabilität des Unternehmens kann dadurch schwer beeinträchtigt werden; statt der Mehreinnahmen können leicht durch Verringerung des Verkehrs Mindereinnahmen in die Erscheinung treten — kurz dieser Punkt bedarf der sorgfältigsten und vorichtigsten Beratung und Entscheidung.

Die Frage der Tarifserhöhung führt nun zu einem für die schließliche Entscheidung sehr bedeutsamen und maßgebenden Gesichtspunkt.

Neben anderen Faktoren hängt die Entscheidung über die künftige Gestaltung des Tarifs der Straßenbahn sehr wesentlich von den Vororten ab. Die „Große“ hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, die Vororte für ihre Pläne, die sich gegen Berlin richteten, zu interessieren und durch entgegenkommende günstige Verkehrsbedingungen für sich günstig zu stimmen. Dadurch ist es ihr gelungen, in manchen Fällen mit den Vororten Verträge abzuschließen, die eine längere Geltungsdauer haben als der Berliner Zustimmungsvorvertrag und dadurch zu einem Hindernis für die glatte Abwicklung im Jahre 1919 werden können. Im Laufe der Jahre wurde dies immer mehr empfunden und führte zu dem Entschluß, alle Vorortgemeinden zu einem Verkehrsverband mit Berlin zusammenzuschließen, um die Gemeindefürsorge gegen die Umklammerung und Ausbeutung der Kapitalgesellschaften wahrzunehmen. Trotz jahrelanger Bemühungen ist es zu einem abschließenden Resultat noch nicht gekommen, weil bei den sich mannigfach kreuzenden Interessen der einzelnen Vororte untereinander und mit Berlin einige Gesichtspunkte noch nicht geregelt werden konnten. Die gegenwärtige Situation drängt jedoch in ganz besonderem Maße zu einer energiegelassen tatkräftigen Förderung des Verkehrsverbandes von Groß-Berlin, denn auf dem Boden dieser allen Gemeinden gemeinsamen Institution wird es leichter gelingen, die Monopolherrschaft des Privatkapitals zu verhindern und das Straßenbahnverkehrswezen von Groß-Berlin als eine Aufgabe der Gemeinden einer glücklichen, der Gesamtheit dienenden Lösung zuzuführen. Wir halten es für Pflicht der Stadt Berlin und nicht minder der Vorortgemeinden, die Verwertung ihrer Straßen und Plätze der eigenen Betätigung wiederzugewinnen und den Straßenbahnverkehr von den Verbandsorganen übernehmen und betreiben zu lassen.

Es ist aber auch die höchste Zeit, daß die Deffektivität der Angelegenheit das gebührende Interesse widmet. Das Monopol der „Großen Berliner“ darf nicht stabilisiert, der Ring des Verkehrskapitalismus nicht verstärkt werden. Alle Bürger, die der dividendenstütern, monopolisierenden Herrschaft der „Großen Berliner“ ein Ende machen wollen, müssen sich zusammenscharen in dem Bestreben, den Betrieb des Verkehrswezens für Groß-Berlin zur Gemeindefürsorge werden zu lassen.

Das letzte Jahrzehnt des Berliner Zustimmungsvortrages muß zu einer definitiven Regelung und Auseinandersetzung mit der „Großen Berliner“ führen. Magistrat und Stadtverordnete von Berlin werden sich zu entscheiden haben, ob sie in dieser vielleicht wichtigsten und verantwortungsvollsten Frage der letzten Jahrzehnte den Interessen der Gesamtheit dienen, oder ob sie im Schlepptau des Kapitalismus marschieren wollen.

Wenn die Stadt die Situation geschickt und klug ausnützt, wenn Groß-Berlin sich eine weitwichtige, über den Augenblick hinausgehende, das ganze Groß-Berliner Gebiet umfassende Verkehrsplanung zum Ziel setzt — dann besitzt es so viele Machtmittel und hat Trümper genug in der Hand, um das Spiel zu gewinnen.

Auch die maßgebenden und entscheidenden Staatsinstanzen sollten endlich einsehen, daß es ihrer Aufgabe entspricht, der gefühllich vertriebenen, vom König und Minister erst kürzlich gerühmten Selbstverwaltung der Gemeinden die Wege zu ebnen und sich von jeder Begünstigung und Bevorzugung privatkapitalistischer Betriebsgesellschaften fernzuhalten.

Wir wissen, daß eine schwere opfervolle Arbeit zu leisten ist. Die „Große Berliner“ verfügt über einflußreiche Freunde. Ein großer Teil der bürgerlichen Klasse ist ihr ergeben und dienstbeflissen und auch im Rathhaus sitzen Leute, die mit allem Eifer die Interessen der „Großen“ fördern. Von diesen Seiten wird denn auch immer wieder darauf hingewiesen, sich doch lieber mit der „Großen“ zu vertragen, als hartnäckig auf das gute Recht zu pochen. Das sind dieselben Kreise, die jetzt drauf und dran sind, gegen einige Zugeständnisse der „Großen Berliner“ die städtische Konzession bis zum Jahre 1950 zu verlängern.

Die zur Erörterung stehenden Vorschläge bieten diesen Kreisen die willkommenen Gelegenheit, unter der Maske der Opposition die Kommune Berlin und damit zugleich zahlreiche Vororte der Monopolgesellschaft gänzlich auszuliefern. Für die hinter den Kulissen am Werke befindlichen sehr einflußreichen Kreise handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger, als den Weg frei zu machen für ein dauerndes Monopol der „Großen Berliner“.

Dagegen hat sich die Bevölkerung Groß-Berlins energisch mit aller Kraft zu wehren. Es muß verlangt werden, daß die Kommunen wie das die Straßenbahnen benutzende Publikum aus den Klauen der „Großen Berliner“ befreit werden.

## Die Statistik zur Reichönigung des Dreiklassenwahlunfugs.

Das Preussische Statistische Landesamt hat, wie die Berliner Korrespondenz“ mitteilt, nunmehr die Uebersicht über die Ergebnisse der Landtagswahlen im Jahre 1908 in Druck erscheinen lassen. Die „Berliner Korrespondenz“ veröffentlicht aus diesem Material, von dem sie sagt, daß es „bei den schwebenden Erörterungen über die Reform des Landtagswahlrechts in mancher Beziehung schätzenswerte Dienste leisten und ... lehrreiche Einblicke in das Wesen und die Wirkung des bestehenden „Dreiklassenwahlrechts“ eröffnen werde, einige Auszüge. Die Aufmachung dieser Auszüge läuft auf eine Ehrenrettung

des elendesten aller Wahlsysteme hinaus, da sie darauf angelegt ist, in der grotesken Klarheit und Ungerechtfertigkeit dieses Wahlsystems noch immer vernünftige Züge zu entdecken. Da wir es mit einer offiziellen Korrespondenz zu tun haben, gestattet diese Art der Aufmachung interessante Schlüsse auf die der gesamten Statistik zu Grunde liegenden Tendenz und demgemäß auf die Absichten der preussischen Regierung überhaupt!

Wir entnehmen dem Auszuge folgende Mitteilungen: Im Jahre 1908 waren im ganzen 20 028 Urwahlbezirke gebildet worden, davon 11 989 in den Städten und 17 039 auf dem platten Lande. Auf jeden Urwahlbezirk kamen 265 Urwähler und 4,75 Wahlmänner.

Von den 265 Urwählern, die im allgemeinen Durchschnitt auf jeden Urwahlbezirk entfielen, kamen 10,11 auf die erste, 36,70 auf die zweite und 217,19 auf die dritte Abteilung. Es besaß also danach im Durchschnitt jeder Urwähler erster Klasse 26 mal so viel Wahlrecht wie jeder Wähler dritter Klasse. Auch jeder Wähler zweiter Klasse besaß noch  $\frac{5}{2}$  mal soviel Wahlrecht wie jeder Wähler der dritten Klasse. In einzelnen gab es noch viel groteskere Auswüchse. So gab es 2214 Urwahlbezirke, in denen in der ersten Abteilung, und 95 Bezirke, in denen in der zweiten Abteilung nur je ein Urwähler vorhanden war. Weiter bildeten in 1708 Bezirken der ersten und in 136 Bezirken der zweiten Abteilung nur zwei Urwähler die gesamte Wählerkörperschaft! In 4148 Urwahlbezirken bildeten also nur ein oder zwei Urwähler die Wählerschaft. Diese Handvoll Wähler besaß aber, wie wir auf Grund der Tatsache, daß im Durchschnitt auf jeden Urwahlbezirk dritter Klasse 217 Urwähler entfielen, ausrechnen — die „Berliner Korrespondenz“ unterzieht sich natürlich dieser Mühe nicht! — ebenso viel Wahlrecht, wie 700 000 Urwähler der dritten Klasse!

Während die offiziöse Korrespondenz es geflissentlich unterläßt, die von uns ermittelte Ungeheuerlichkeit an den Pranger zu stellen, versucht sie auf der anderen Seite, die Skandalosa des Wahlsystems zu beschönigen. So dadurch, daß sie von der „Beteiligung der sozialen Schichten an der Klassencheidung“ ein möglichst rosiges Bild zu geben sucht. So, schreibt sie, sei festzustellen, daß weit über die Hälfte der 11 989 städtischen Urwahlbezirke an der Spitze der dritten Abteilung Urwähler mit einer gesamten Steuerleistung von höchstens 125 M. hätten. Das entspreche aber einem Einkommen von 2400 M. bis 3000 M. In der Mehrzahl der städtischen Urwahlbezirke sei die zweite Abteilung also bereits dem „bescheidenen Mittelstande“ zugänglich. Der „bessere Mittelstand“ rüde aber auch in der Mehrzahl der übrigen Urwahlbezirke noch mit in die zweite Abteilung ein.

Wie es in Wirklichkeit um die „Beteiligung der sozialen Schichten“ steht, beweist die einfache Tatsache, daß von je 100 Wählern noch nicht vier der ersten und noch nicht 14 der zweiten Klasse, dagegen mehr als 82 der dritten Klasse angehören! Weit mehr als vier Fünftel aller Wähler gehören also der dritten Wählerklasse an, die vollständig rechtlos gemacht wird, sobald mehr als  $\frac{1}{2}$  der ersten beiden Wählerklassen sich gegen sie zusammenschließen. Das heißt also, daß etwa ein Duzend Wähler erster und zweiter Klasse mehr Wahlrecht ausüben als 87 Wähler der dritten Klasse! Gegenüber solch unerbittlichen Tatsachen haben alle die künstlichen Berechnungen von dem Einfluß des „geringeren“ oder des „besseren“ Mittelstandes auch nicht das Gewicht einer Flaumfeder! Es bleibt trotz aller statistischen Interpretationskünste ein empörendes Faktum, daß die ungeheure Mehrheit der Wähler, die der dritten Klasse angehören, politisch vollständig einflußlos sind gegenüber einer kleinen Minderzahl von Wählern in der ersten und zweiten Klasse!

Das wird zum Schluß noch besonders illustriert durch die Mitteilungen über die Parteistellung der Urwähler. Es entfielen nämlich nach der Berliner Korrespondenz auf die Sozialdemokraten 23,8 Proz., das Zentrum 19,9 Proz., die Konservativen 14,1 Proz., die Nationalliberalen 12,7 Proz., die Freisinnige Volkspartei 3,9 Proz., die Freisinnige Vereinigung 0,88 Proz., und die Freikonservative Partei 2,5 Proz. der Urwähler.

Das Verhältnis zwischen der Zahl der Urwähler und der Zahl der Abgeordneten ergibt sich danach aus folgender Gegenüberstellung, die wir freilich in der offiziellen Korrespondenz vergeblich suchen:

	Urwähler in Prozent	Abgeordnete in Prozent
Konservative (inkl. Freil.)	16,6	47,3
Nationalliberale	12,7	14,4
Freisinnige	4,78	8,1
Zentrum	19,9	23,4
Polen	9,0	3,4
Sozialdemokraten	23,8	1,5

Diejenige Partei also, die weitaus die größte Zahl aller Urwählerstimmen auf sich vereinigt hat, die Sozialdemokratie, hat trotz ihrer rund 24 Proz. nur 1,5 Proz. Abgeordnete erhalten. Mit anderen Worten: Die Sozialdemokratie, die annähernd den vierten Teil aller Stimmen auf sich vereinigte, hat nur den sechzigsten Teil der Abgeordneten erhalten, während die Konservativen, die nur den sechsten Teil der Urwählerstimmen erhielten, beinahe die Hälfte aller Abgeordnetenstimme eroberten! Abgesehen von den Polen tritt ein ähnliches Verhältnis zwischen Urwählerzahl und parlamentarischer Vertretung bei allen Parteien hervor.

Diese Zahlen beweisen also, daß das preussische Wahlrecht von Grund auf umgewandelt werden, daß es durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ersetzt werden muß, wenn an die Stelle der bisherigen Klassenmach ein wirklich vernünftiges Wahlrecht treten soll!

Die Regierung und die herrschenden Klassen denken freilich nicht daran, den Geboten der Vernunft und Gerechtigkeit Rechnung zu tragen. Gelingt es aber, auch nur den größeren Teil der mehr als 82 Proz. der Entrechteten gegen die herrschende Wahlrechtsmach ins Gefecht zu bringen, so ist die Befreiung des infamsten aller Wahlsysteme gewiß!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Dezember 1909.

### Die deutsch-französischen Beziehungen.

In der Wiener „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht der französische Schriftsteller Adolphe Brisson Äußerungen des früheren Präsidenten der Französischen Republik, Emil Loubet, über politische Vorkommnisse während seiner Amtszeit, namentlich über die der äußeren Politik. Ueber die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland hat danach Herr Loubet u. a. erzählt:

Herr Loubet hätte gern ein Zusammenreffen mit dem deutschen Kaiser angenommen. Eine solche Entzweie war fast beschlossene Sache. Es war abgemacht, daß die deutsche und die französische Flotte sich im Jahre 1906 in den italienischen Gewässern treffen sollten. Am jede Zweideutigkeiten zu vermeiden und seinen guten Willen zu zeigen, übernahm Herr Loubet die Initiative zu einem Besuche, den Kaiser Wilhelm ihm bald darauf erwidern sollte. Eine



„ungebührige, etwas heftige Geberde des Kaisers“ und seine plötzliche Abreise brachten das Projekt zum Scheitern. Loubet beharrt auf das. Er hätte gewünscht, es möchte seiner Präsidenschaft beizulegen gewesen sein, alle Schwierigkeiten zu lösen, alle Streitigkeiten zu mildern. Er hätte sie gern zu einer Apotheose des Friedens gestaltet.

Das offiziöse Pariser Depeschembureau, die „Agence Havas“ hat zwar schleunigst ein Dementi erlassen, aber das ist so gewunden gehalten, daß es eher als eine Bestätigung des Artikels des Herrn Brisson erscheint. Uebrigens gilt dieser Herr auch als ein ernsthafter Schriftsteller, dem man eine Irrführung des Publikums nicht zutraut. Es bleibt also wohl dabei, daß Herr Loubet sich so geäußert hat, wie Herr Brisson ihn sprechen läßt. Es erhebt sich daher die Frage, weshalb die Begegnung des französischen und des deutschen Staatsoberhauptes im letzten Moment vereitelt wurde. Wenn Herr Loubet recht hat, so läge eine der bekanntesten Möglichkeiten des persönlichen Regiments im Reich vor, die hier wieder einmal die auswärtige Politik annehmend höchst ungünstig beeinflusst hätte. Es ist stets wohl zu beachten, daß die Geschichte vor der Zuspitzung der Marokko-Affäre spielt, die uns nicht an die Gefahr eines Weltkrieges führte.

### Deutschland und England.

Die Scherzpresse meldet offiziös:

Immer wieder lauden Gerüchte von einem deutsch-englischen Abkommen über die Flottenrüstungen auf. So hatte kürzlich die Deutsch-Asiatische Korrespondenz diese Frage mit der sogenannten Lynchkonfession in Verbindung gebracht, und zwar insofern, als für die Erstellung jener Schiffsbaulängekonfession auf dem Euphrat und Tigris an England die Tatsache maßgebend gewesen sei, daß zwischen Deutschland und England eine Verständigung über den Flottenbau erzielt worden sei. Wir hatten von dieser Meldung der Korrespondenz keine Notiz genommen, weil uns die Verquickung dieser beiden politischen Tagesfragen unwahrscheinlich erschien. Wie wir erfahren, ist die aufgestellte Behauptung vollständig unbegründet. Das Bestreben, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu bessern, ist allerdings vorhanden, jedoch ist bis jetzt kein Abkommen über die Flottenrüstungen abgeschlossen worden. Auch ist es unzutreffend, daß Deutschland von dem gesetzlich festgelegten Flottenplan abweichen will.

Soll die Wendung, daß bis jetzt kein Abkommen über die Flottenrüstungen getroffen worden sei, andeuten, daß die Möglichkeit dazu noch vorhanden ist?

Die deutsche Regierung würde seit langen Jahren den ersten geschickten Streich tun, wenn sie ein solches Abkommen einging. Das deutsche wie das englische Volk müssen auf das allerentschiedenste fordern, daß die Regierungen alles aufbieten, um zu einer Verständigung zu gelangen, die einen immer unerträglicher werdenden Zustand beenden würde.

### Das „nichtkonfessionelle“ Zentrum.

Das Zentrum, dessen Größen vor wenigen Monaten selbst noch nicht wußten, ob ihre Partei eigentlich eine streng konfessionelle, eine nichtkonfessionelle oder eine interkonfessionelle Partei sei und deshalb unter der Führung der Vachem, Noeren, Vitter und Linderberg einander eifrig bekämpften, hält jetzt, nachdem sein heiliges Parteikonzil verklündet hat, daß es eine nichtkonfessionelle Partei ist, an dieser kuriosen Entscheidung wie an einem jahrhundertalten kirchlichen Dogma fest und erklärt jeden, der an die Möglichkeit dieser erst ungefähr einen Monat alten weisen Konfessionsentscheidung nicht zu glauben vermag, für schwachsinzig. Und wenn sich jemand einsallen läßt, gegen die heilige Zentrumslogik zu sundigen und aus der Zentrumswahlpropaganda den Nachweis zu liefern, daß Wahlbureau und katholisches Pfarramt identisch sind, weiß die Zentrumspresse das Blaue vom Himmel herunterzuklammern zum Beweise dafür, daß Pfarrer und Kaplanen ganz in der Erfüllung ihrer kirchlichen Verpflichtungen ausgehen und sich um die Wahlpropaganda nicht mehr kümmern, als eine gewöhnliche Kuh um die Geometrie.

Diese Betauerung ihrer absoluten Nichtkonfessionalität hindert jedoch die ehrfamen Zentrumsblätter nicht, sich in ihren Darlegungen und ganz besonders in ihren Abonnements-einladungen als „katholisch“ zu bezeichnen und vor jenen Blättern, die nicht vom Alerus als streng dogmengläubig erachtet werden, als „nichtkatholisch“ zu warnen. So schmückt sich z. B. die „Augsburger Postzeitung“ mit der Bezeichnung: „Hervorragendste und reichhaltigste katholische Zeitung Süddeutschlands“; die „Schlesische Volkszeitung“ nennt sich „größte und bedeutendste katholische Zeitung im Osten Deutschlands“; die „Schlesischen Nachrichten“ bezeichnen sich als „billigste und verbreitetste katholische Tageszeitung Schlesiens“; das „Neue Mannheimer Volksblatt“ macht auf seinen Anzeigen teil jeden aufmerksam; der „zu den Katholiken Mannheims und der badischen Pfalz sprechen will“ usw. usw.

Wenn führende Zentrumsblätter nicht nur kein Bedenken tragen, ihre konfessionelle Eigenschaft bemerken zu lassen, sondern sie sogar als Empfehlung benutzen, dann beweisen sie offenbar, daß sie von der „nichtkonfessionellen“ Natur des Zentrums keine Ahnung haben.

### Kapitalistische Korrektur der Weihnachtspostkarte.

Die Intelligenz der „Hamburger Nachrichten“, das Blatt der nach Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes begehrlichen Hamburger Exporteure, Needer und Börsenspekulanten, ist erboht darüber, daß zu Weihnachten so viel von dem „Frieden auf Erden“ gesprochen wird. Es nimmt deshalb an der Weihnachtspostkarte des Lukas-Engelmanns eine kleine seiner Auffassung entsprechende Korrektur vor und setzt statt „Frieden“ das schönere Wort „Krieg“. Mißgestimmt über die Friedensschwärmerei meint das rechtsnational-liberale Blatt:

„Do trifft Nolles Wort viel eher das Richtige: daß der Krieg ein Element der göttlichen Weltordnung sei, ohne das die Menschheit in Stagnation geraten und verkommen würde. Gewiß ist der Krieg etwas Furibores, aber wer wollte leugnen, daß Umstände denkbar sind, wo er wahrhaft erlösend, etwa wie ein furibores Gewitter wirkt, das zwar große Schäden anrichtet, aber doch die Luft reinigt und das freie Aufatmen wieder gestattet. Ein gerechter Krieg, vom Feinde aufgezwungen, hat die Kraft, ein ganzes Volk aufzurichten, seine höchsten Mannestugenden zur herrlichsten Entfaltung zu bringen, die vielleicht in allzulanger Friedensperiode erschläft waren, die Nation wieder mit neuer Kraft zu erfüllen und einer um so glänzenderen Zukunft entgegenzuführen.“

Und nachdem das Hamburger Blatt auf diese Weise die Segnungen eines früh-frei-fröhlichen Krieges gepriesen, verlangt es, daß Deutschland seine auswärtige Politik ändert und den fremden Mächten kriegerischer gegenüber tritt:

„Steht die Sache aber so, so müssen wir uns dem Ausland gegenüber einen anderen Ton angewöhnen, als den jetzigen. Wir brauchen es natürlich nicht anzupöbeln, aber noch weniger sollen wir ihm nachlaufen, um seine Günstigen zu werden. Wir müssen

auch den Mut haben, schließlich einmal ein Risiko zu laufen. Was wäre aus uns geworden, wenn Kaiser Bismarck ein so zaghafter Politiker gewesen wäre, wie seine Nachfolger es leider sind.“

Rur immer drauf los — zum Wohl der heiligen Interessen des Großhandels und der Schiffahrt. Wenn auch einige Hunderttausend Proletarier abgeschlachtet werden und ihre Brutt betteln gehen muß — das macht nichts, das Großkapital gewinnt.

### Das Ende vom Lied.

Die im Laufe der Untersuchung in der Werkstoffare auf Antrag des Reichsmarineministers bezw. der Werkstoffverwaltung vorgenommene Beschlagnahme des Vermögens des beschuldigten Kaufmanns Frankenthal in Höhe von 660 000 M. ist, wie aus Kiel gemeldet wird, aufgehoben worden. Bekanntlich erklärte noch in der Verhandlung vor dem Schlichtergericht der Vertreter der Werkstoffverwaltung, daß der Zivilprozeß auf Zahlung von Entschädigung seitens der Angeklagten an den Fiskus unbeeinträchtigt von dem Ergebnis des Strafprozesses weitergeführt werden solle. Dies hat sich nicht bestätigt, denn die Zivilklage ist zurückgezogen worden, was nach den Ausführungen des Staatssekretärs v. Tzipig im Reichstage auch zu erwarten war. Dem Fiskus sind allerdings recht erhebliche Kosten erwachsen, da das Honorar an die Anwälte sowie die Gerichtskosten gezahlt werden mußten. Im Strafprozeß liegt die Sache ja anders, da die Kosten der öffentlichen Anklage nach Freisprechung der Angeklagten einfach niedergebucht werden. Sie gelangen demnach auch nicht zur Verechnung, doch sind während der Verhandlung Summen von 100 000 M. an die Fiskus und Sachverständigen zur Auszahlung gelangt, und der gleiche Betrag wohl auch im Laufe der Untersuchung.

### Konflikt im Lager der Polen.

Aus Weuthen, D.-Schl., wird berichtet, daß die polnischen Reichstagsabgeordneten Dr. Senba und Korkanthy wegen ihrer demokratischen Agitation und ihres feindseligen Verhaltens gegen den Abgeordneten Kapieralski in Differenzen mit der polnischen Reichstagsfraktion geraten seien. Das polnische Zentralkomitee werde, wie berichtet wird, sich einer Wiederaufstellung der beiden Genannten bei der nächsten Reichstagswahl widersetzen.

### Aus den bayerischen Militärdebatten.

München, 22. Dezember. In einer fast siebenstündigen Dauer Sitzung erörterte das Haus noch vor den Weihnachtsferien den Militäretat. Die Kammer der Abgeordneten fand dabei fast ständig auf dem Tiefstand eines niederbayerischen Dorparlaments. Eine end- und inhaltlose Rederei! Stumpfsinnig verläßt der Zuhörer nach stundenlanger geistiger Mißhandlung den Sitzungssaal.

Ueber das Kontinentwesen wurden eine Reihe von Beschwerden vorgebracht. Der Kriegsminister erklärte, daß der Kontinentbetrieb nach seiner wirtschaftlichen Seite privatrechtlich ist. Nicht der Fiskus, sondern der Regimentskommandeur trage das finanzielle Risiko. Daß aus diesem Betriebe große Kapitalien — bei einem Regiment 20 000 M. — herausgewirtschaftet und angehäuft werden können, ist nicht bösartig.

Wichtigere Dinge schneit der sozialdemokratische Sprecher an. Genosse v. Sollmar beklagt sich über den Ausschlag der Öffentlichkeit bei den Militärgerichten, über die Art des Verfahrens und über die manchmal unwürdige Behandlung der Rechtsanwähler. Er erzählt folgenden Stücken aus der Praxis der Militärjustiz: Vor dem Münchener Militärgericht erlegte sich ein Offizier seiner Verteidigerpflicht mit dem einen Satz: „Ich bedaure, daß ich die Verteidigung dieses Weisens übernehmen muß, und ich habe weiter nichts zu sagen.“ Als Antwort ist zu verzeichnen, daß auch Damen vor das militärische Ehrengericht geladen und verurteilt wurden.

Von Wert und Interesse für die Öffentlichkeit waren außerdem die Erklärungen des Kriegsministers über die Preise bei den Fleischlieferungen für die Armee. Die mitgeteilte Statistik ergibt, daß das Militär pro Kilo zahlt: für Ochsenfleisch 89 bis 149 Pf., für Rindfleisch 80 bis 140 Pf., für Kalbfleisch 100 bis 132 Pf., für Hammelfleisch 80 bis 140 Pf., für Schweinefleisch 120 bis 146 Pf. Dabei ist nach den Angaben der Militärverwaltung durch schärfste Kontrolle gesorgt, daß nur beste Ware geliefert wird. Man vergleiche diese Preise mit denen, die von den Privatkonsumenten bezahlt werden müssen! Zur Erklärung der großen Preisdifferenz bei einer und derselben Fleischsorte gibt ein Kriegsrat seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Fleischlieferanten bei der Aufstellung dieser oder jener niedrigen Preise vielleicht aus idealem Interesse für die Armee gehandelt haben. Wenn ein Abgeordneter mit Humor darauf bemerkte, daß ein solcher Wegger verdienen, in Marmor ausgehauen zu werden, so hat er ganz recht. Gleich neben dem „idealen“ Wegger aber müßte ausgehauen auch der „naive“ Kriegsrat stehen.

Die Frage der Krankenpflege in den Militärkasernen bot dem Zentrum Anlaß, wieder einmal in einem geradezu widerlichen Konfessionalismus zu stehen. Die Regierung schlug als Pflegerinnen Schwestern vom „Roten Kreuz“ vor. Das Zentrum wollte die „katholischen Schwestern“. Und nun wurde stundenlang in Kulturkampf gemacht, sobald Genosse v. Sollmar mit Recht von einer „konfessionellen Vorfassung“ und „konfessionellen Drehbarkeit“ reden konnte; umsonst, als in einem Zentrumsblatt schon katholische und protestantische Garnisonen und Festungen verlangt wurden.

Aus dieser Debatte klingt nicht das Wort des Weihnachtengels: „Friede auf Erden“!

### Wer herrscht im Hansabund?

Der Gesamtausschuh des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie, der neben dem Präsidium und Direktorium kraft Delegation der Beteiligten mitzuwirken hat an den Arbeiten des Bundes, ist nunmehr gebildet. Er zählt mit dem Recht der Zuwahl zurzeit 166 in Gewerbe, Handel und Industrie tätige Persönlichkeiten.

Interessant ist es zu wissen, welche Schicht in diesem sogenannten „Parlament“ des werktätigen Bürgertums die Oberhand hat. Aus den Kreisen der Industrie zählen wir 189 Vertreter, der Handel stellt 124 Herren, von denen 85 dem Detailhandel angehören. Diese in Verbindung mit 76 Vertretern von Handwerk und Kleingewerbe bilden die Gesamtvertretung des Mittelstandes. Die 41 Angestelltenvertreter sind von den Angestelltenverbänden und sonstigen Vereinigungen entsandt worden.

### Der Direktor des Hansabundes.

Der Mann, der bereit ist, als Direktor an die Spitze des Hansabundes zu treten, ist nach langem Suchen gefunden worden. Die dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist der Oberbürgermeister Alfred Knobloch in Bromberg der Eckorene. Als besondere Vorzüge werden an ihm gerühmt rednerische Begabung, ferner der Umstand, daß er dem Fürsten Wilow geholt hat, die polnische Entignungsborlage durchzuführen. In wirtschaftlichen Fragen steht er angeblich auf dem Boden des Freisinn, in politischen Hinsicht ist er freikonserbativ. Vielleicht steht er auch noch in religiösen Dingen auf dem Standpunkt des Zentrums, dann könnte man ihn in der Tat als ein Universalgenie bezeichnen. Uebrigens: was muß der Hansabund seinem Direktor Gehalt zahlen, wenn dieser sich entschließt, seine Stelle als Oberbürgermeister aufzugeben?

### Kommunalwahlen in Württemberg.

In Heilsberg siegte der sozialdemokratische Wahlvorschlag. Beide Gemeinderatsmandate, die zur Wahl standen, wurden mit Parteimitgliedern besetzt.

In Jechenhäusen, in Langenburg (der Residenz des Fürsten Hohenzollern) und in Echterdingen wurde je ein Sozialdemokrat gewählt.

### Die Gemeindevahlen in der Pfalz.

Die Wahlen sind jetzt beendet; sie bedeuten einen mächtigen Erfolg der Sozialdemokratie. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte ist von 106 im Jahre 1904 auf 201 im Jahre 1909, die Zahl der Gemeinden mit sozialdemokratischen Vertretern von 88 auf 66 angewachsen. In vier Gemeinden, Oppau, Rheinböhlen, Landrecht und Wudenhausen, haben wir jetzt die absolute Mehrheit. In Landrecht und Oppau stellte unsere Partei den Bürgermeister, in 11 Gemeinden gehört der erste Adjunkt und in 8 Gemeinden der zweite Adjunkt der sozialdemokratischen Partei an. In den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, für die die Proporzwahl eingeführt ist, gingen unsere Parteigenossen — gemäß dem Beschluß des diesjährigen pfälzischen Landtages — selbständig vor; hier sind es die Städte Frankenthal mit 10, Grünstadt mit 8, Rambsheim mit 9, Mutterstadt mit 8, Schifferstadt mit 6, Kaiserlautern mit 18 und Birmaszen mit 11 Sozialdemokraten, deren Wahlergebnisse allgemein über das und die begünstigten Erwartungen übertrafen haben. In den Gemeinden unter 4000 Einwohnern, in denen die einfache Majoritätswahl entscheidet, ist den örtlichen Parteikonstellationen Rechnung getragen worden, insofern verschiedentlich mit anderen Parteien Kompromisse abgeschlossen und damit ein freiwilliges Proporzwahlsystem geschaffen wurde. Liberale und Zentrum haben in verschiedenen Orten starke Wahlschlappen erhalten, ebenso ist es den Wählern ergangen, die in einigen Orten vollständig aus dem Gemeinderat hinausgedrängt wurden. Unsere Gegner — besonders das Zentrum — arbeiteten mit den schloßlichen Mitteln der Lüge und Verleumdung; unsere Kandidaten wurden persönlich beschimpft. Nach Reichsverbandsmannier und Münchener Gladbacher Art wurden die ungeheuerlichsten Schauermärchen über die kommunalpolitischen Ziele der Sozialdemokratie verbreitet, um die Wähler gruselig zu machen; wo das nicht half, wurden Bier, Wein und Knackwurst bezahlt, um die Stimmen der Arbeiter zu fangen. Dort, wo unsere Partei einen nennenswerten Einfluß hat, zogen beratige Bestechungsmittel nicht; hier ist das gute Beispiel, das unsere Parteigenossen gaben, nicht ohne Einwirkung auch auf andere geblieben. Diese Tatsache wird selbst von den Gegnern anerkannt. Einen Terrorismus schlimmster Art üben die Wähler in einigen Orten — u. a. in Rheingönheim — aus. Aus Berger über ihren Meinfall verkaufen sie den Sozialdemokraten keine Milch, Kartoffeln usw.

Um eine praktische, erfolgreiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu ermöglichen, hat der Gauvorstand der Pfalz für den 2. und 9. Januar vier Gemeindevertreterkonferenzen anberaumt, in denen über die Aufgaben und die praktische Betätigung in den Gemeinden gesprochen wird; weiter sind kommunalpolitische Kurse für die Gemeindevertreter geplant, in denen die praktische Anwendung der Forderungen unseres Kommunalprogramms durchberaten werden sollen.

### Aus einem schwarzen Winkel.

Der vom sozialdemokratischen Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz herausgegebene „Volkskalender“, der alljährlich im Dezember an die Landbevölkerung verteilt wird, versteht die literale Presse jedesmal in sinnlosem Wut. Dert schon haben die auf dem Lande verbreiteten Zentrumsblätter direkt und indirekt zur überflüssigen Mißhandlung der sozialdemokratischen Sendboten aufgefodert. Das geschieht auch jetzt wieder in der auf literalem Boden stehenden „Wipperfärther Zeitung“. Das Blatt hatte dieser Tage zunächst ein „Rästel“ veröffentlicht, das wie folgt lautet: „Familienväter, ratet mal, was am besten mit dem am vorigen Sonntag von der sozialdemokratischen Partei hier und in den Nachbarorten verteilten „Rheinischen Volkskalender“, wodurch eure Angehörigen geistig vergiftet werden, geschehen kann?“

Darunter stand in auf dem Kopfe stehenden Versen: Antwort: In den Ofen werfen und verbrennen! In der Nummer darauf brachte das nämliche Blatt einen anderen Artikel über die Kalenderverbreitung, worin den „Volksbeglückten“ und „sauberen Helden“ versichert wurde, daß sie in der Gemeinde keinen einzigen Anhänger bekommen werden, sie könnten sich höchstens bei Wiederholung gleicher Affären eine Tracht Prügel holen.“

Mit den „gleichen Affären“ meint das Blatt offenbar die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter zu der bevorstehenden Reichstagswahl im Kreise Mülheim-Wipperfärther-Summersbach. Auch in anderen Teilen des genannten Wahlkreises hat der Kampf mit „geistigen Waffen“ bereits in einer Weise eingesetzt, die große literale Leistungen verspricht.

### Ernst v. Wendelssohn.

Das Mitglied des preussischen Herrenhauses Wittl. Geh. Rat Ernst v. Wendelssohn-Varhoidy, der frühere Chef des Bankhauses Wendelssohn u. Co., ist in der Freitagnacht in Dresden an einem Herzschlag gestorben.

### Militärische Ehrbegriffe.

Unter der Anklage des groben Unfugs, der Körperverletzung und anderer Vergehen hatte sich vor der ersten Division in München der als Schreiber bei der Inspektion der Unteroffizierschule beschuldigte Bisfeldweber Lorenz Held zu verantworten. Schon im Oktober vorigen Jahres verhandelte dasselbe Gericht gegen den Angeklagten wegen eines der gegenwärtigen Anklage sehr ähnlichen Falles. Die damalige Verhandlung ergab, daß der Angeklagte mit der Köchin Marie Joller ein Verhältnis unterhalten hatte, aus dem zwei Kinder hervorgegangen waren. Der Joller hatte er wiederholt die Ehe versprochen, dieses Versprechen aber nicht gehalten, vielmehr mißhandelte er sie wiederholt aufs gräßlichste, spie ihr ins Gesicht, schleppte sie an den Haaren und bearbeitete sie des Öfteren mit Häuten und Fäden.

Um sich diesen brutalen Mißhandlungen für immer zu entziehen, schied die Joller freiwillig aus dem Leben, indem sie sich im August v. J. in Gegenwart ihres vierjährigen Kindes erschof. Aus hinterlassenen Briefen der Joller ging hervor, daß der Angeklagte sich nicht nur der angezeigten Mißhandlungen, sondern auch eines Mordversuches an der Verstorbenen und ihrem Kinde schuldig gemacht hatte. Obwohl das Kriegsgericht die zur Anklage stehenden Mißhandlungen in der ersten Verhandlung für erwiesen erachtete, erkannte es demnach auf Freisprechung, weil kein formeller Strafantrag der Joller vorlag.

Außer mit der Joller unterhielt der Angeklagte auch mit der Kaufmannsfrau Rohberg ein intimes Verhältnis, das er nach dem Tode der Joller fortsetzte, nachdem die Rohberg inzwischen von ihrem Mann geschieden war. Doch bald wurde ihm auch dieses Verhältnis lästig und er versuchte es daher zu lösen. Die Rohberg, der ebenfalls die Ehe versprochen hatte, ließ sich aber nicht so ohne weiteres abspießen und es kam daher in der Folge zu weiteren Auftritten zwischen den beiden, in deren Verlauf die Rohberg mehrfach in brutaler Weise von dem Angeklagten mißhandelt wurde. Am Abend des 19. Juni d. J. verlangte der Angeklagte auf dem Marktplatze von der Rohberg ihren Wohnungsschlüssel, der ihm jedoch von dieser mit dem Bemerkten verweigert wurde, daß sie einem so schlechten Kerl ihren Schlüssel nicht gebe. Hierüber in Wut geraten, versetzte ihr der Angeklagte mehrere Schläge ins Gesicht, so daß die Rohberg aus Mund und Nase blutete. Am 16. August wollte die Rohberg einen Straßenzug besetzen, auf dem sich der Angeklagte bereits befand. Als sie sich bereits mit einem Fuße auf dem Trittbrett befand, versetzte ihr der An-



gestaltete einen so heftigen Stoß in die Wagengegend, daß sie zurücktaumelte und ohnmächtig auf der Straße liegen blieb. Dem ob dieses Vorganges erstaunten Straßenbahnkassierer erklärte der Angeklagte: Die Sache ist erledigt, fahren Sie nur zu. Trotzdem diese beiden Vorgänge von mehreren Augenzeugen in der geschilderten Weise bestätigt wurden, erkannte das Kriegsgericht im ersten Falle auf Freisprechung, da es der Angabe des Angeklagten Glauben schenkte, er sei von der Hochberg zuerst beschimpft worden und habe diese Verleumdung auf der Stelle erwidert. Den zweiten Fall sah der Gerichtshof äußerst milde an und erkannte auf die minimale Geldstrafe von 6 M.

## Oesterreich.

### Die ungarische Krise.

Budapest, 27. Dezember. Die bisherigen Bemühungen des Herrn v. Lulacs, ein neues Kabinett zu bilden, stoßen auf die allergrößten Schwierigkeiten. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, eine Formel zur Verständigung der Justizpartei zu finden.

Die Justizpartei fordert: Allgemeines gleiches und geheimes Wahlrecht; Vorbereitung der wirtschaftlichen Selbständigkeit; Vorbereitung der selbständigen ungarischen Bank für den 1. Januar 1911. Die beiden ersten Punkte hat Lulacs angenommen. Der Streit geht um den dritten. Für den Fall daß Lulacs nicht zum Ziele kommt, soll der Graf Khuen-Hedervary berufen werden, der dann das Parlament auflösen und Neuwahlen vornehmen lassen möchte. Ob er auf diese Weise eine Majorität bekommt, ist allerdings sehr zweifelhaft.

Die Meldung, daß Lulacs einer demokratischen Reform des Wahlrechts abgeneigt sei, bewahrheitet sich nach der obigen Depesche nicht. So ist es also möglich, daß die Demonstrationen für das gleiche Wahlrecht, womit die Sozialisten am Freitag den neuernannten Ministerpräsidenten am Bahnhof empfingen, zugleich eine Ovation für ihn gewesen sind.

## Frankreich.

### Friedensklänge.

In der Verhandlung der Kammer über die auswärtige Politik, die am ersten Tage eine Rede des Nationalisten Milleboye brachte, in der zur allgemeinen Ueberraschung die Rebancheidee zurücktrat, forderte Montag der Deputierte Meunier die Regierung auf, die Initiative zu einer neuen Friedenskonferenz im Haag zu ergreifen und für das unter allen Umständen obligatorische Schiedsgericht und für die Einschränkung der Rüstungen einzutreten. Der radikale Leclère trat für die nämliche Forderung ein. Er wies sehr beredt auf das Beispiel hin, das Deutschland und Frankreich bei dem Zwischenfall von Casablanca gegeben hätten, obwohl es sich dabei um eine Frage des nationalen Prestiges und der Ehre gehandelt habe. Minister Bichon beantwortete die beiden Anfragen ausführlich. Er schilderte die Haltung Frankreichs auf der letzten Konferenz im Haag, deren positive Anträge übrigens der Kammer zur Ratifikation unterbreitet seien. Frankreich sei für das obligatorische Schiedsgericht. Der Minister fügte hinzu, daß die interparlamentarische Union seine volle Sympathie besitze, da diese Union ein Unternehmen der Propaganda sei, und daß die Einberufung einer neuen Konferenz im Haag eine delikate diplomatische Vorbereitung erfordere. (Lebhafte Beifall.)

In der Nachmittags Sitzung interpellierte Presse (Sozialist) die Regierung über die Politik Frankreichs in den Verhandlungen, zu denen die Orientkrise Anlaß gegeben hatte, und erklärte, es sei notwendig, in der Kretasfrage zu intervenieren, an der Bildung eines Balkanbündnisses mitzuarbeiten und die Unabhängigkeit Bulgariens zu sichern. Der Redner stellte sodann fest, daß ein Nachlassen der Spannung zwischen England und Deutschland eingetreten sei, die gegenwärtig geneigt zu sein schien, Verabredungen über die Begrenzung der Rüstungen zu treffen. Die Stunde sei gekommen, eine internationale Friedensorganisation zu bilden. Frankreich müsse in den Schiedsgerichts- und Abrüstungsfragen sich an die Spitze der europäischen Nationen stellen.

### Eine Verständigung mit Mulay Hafid.

Am Freitagabend ist nach Pariser Meldung eine volle Verständigung über fast alle strittigen Punkte zwischen Frankreich und Marokko erzielt worden. Am Abend empfing der Minister des Auswärtigen, Bichon, die marokkanische Sondergesandtschaft und hatte mit ihr eine 1 1/2 Stunden währende Unterredung. Hierbei wurde die Verständigung erreicht. Nur ein Punkt steht noch zur Diskussion. Und der ist sehr wesentlich. Er betrifft nämlich die finanziellen Sicherungen, die Marokko für die Anleihe geben soll, die Frankreich ihm verschaffen muß, wenn es zu einer Kriegentschädigung kommen will.

## England.

### Erzbischoflicher Wahlerlaß.

London, 27. Dezember. Der katholische Erzbischof von Westminster forderte die Katholiken seines Sprengels auf, von den Kandidaten zu verlangen, daß sie sich verpflichten, die katholischen Schulen aufrecht zu erhalten und denselben öffentliche Subsidien zu gewähren.

## Rußland.

### Die Spindel-Höllenschnecke.

Die russische Mitteilung, daß der verhaftete Wostreffensky zugefunden, er habe den Obersten Karpow im Auftrage der Revolutionäre ermordet, wird jetzt bezeichnenderweise durch eine Mitteilung aus Petersburg bestritten. Unterm 26. Dezember wird aus der russischen Hauptstadt gemeldet: Wostreffensky leugnet nicht, daß er beim Chef der hiesigen Sicherheitsabteilung als Agent gedient habe und ihm Mitteilungen über die Tätigkeit der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zukommen ließ. Er stellte jedoch in Abrede, daß er den Nord des Obersten Karpow organisiert und zur Ausführung gebracht habe. Die Höllenschnecke habe sich tatsächlich in dem Quartier befunden, jedoch sei sie zufällig explodiert, ohne jegliche Mitwirkung von seiner Seite.

## China.

### Ein Attentat auf den Prinzregenten.

Nach einem Shanghai Telegramm der „Sün. Stg.“ vom 27. Dezember verübte ein Revolutionär aus Süchina einen Mordanschlag auf den Prinzregenten in dem Augenblick, da dieser vor dem Palast seinen Wagen verließ. Durch den Dolchstoß wurde Prinz Tschun am Unterleib leicht verletzt, der Blutverlust war gering. Der Verletzte befindet sich verhältnismäßig wohl, der Täter ist verhaftet. Die Stadt Peking ist vollkommen ruhig.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Näheres über die Person und die Beweggründe des Täters wird noch nicht mitgeteilt.

## Amerika.

### Flucht des nikaraguanischen Expräsidenten.

Der Expräsident Zelaya von Nicaragua ist vor den Kriegsschiffen der Union und der gegen ihn aufgestandenen eigenen Landeslindern auf einem mexikanischen Kriegsschiff nach Mexiko geflüchtet. Wie sich die Regierung der Union dazu stellen wird, steht noch dahin. Vor einigen Tagen hieß es, daß sie die Verhaftung des Expräsidenten als Privatmann wegen Nordes der zwei Amerikaner Grafen und Cannon, die er hatte hinrichten lassen, verlangen werde. Der mexikanische Minister der Auswärtigen hat der Washingtoner Regierung mitgeteilt, daß Zelaya auf sein Verlangen als Privatmann an Bord des mexikanischen Kanonenbootes genommen worden ist.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Berlmutt- und Knappfabrik von Hingebach wird bereits acht Wochen geführt, ohne daß eine Einigung möglich war. Die Inserate in der „Berliner Volkszeitung“ haben der Firma die nötigen Arbeitswilligen nicht verschafft, so daß die Streikenden den weiteren Gang der Dinge ruhig abwarten können, wenn Zugang ferngehalten wird.

### Deutsches Reich.

#### Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

In H e r o e wurden sämtliche Tischler und Raschinarbeiter zum 1. Januar gekündigt, weil sie es ablehnten, einen von der Tischlerinnung vorgelegten Vertrag anzuerkennen. Zugang ist ferngehalten.

In B a u h e n dauert der Kampf der Stellmacher, Tischler und Raschinarbeiter der Waggonfabrik ununterbrochen fort. Von den in Masse herangezogenen Arbeitswilligen sind nur noch wenige im Betriebe, die so minderleistungsfähig sind, daß sie fast gar nicht in Frage kommen. Ein neuer Transport Arbeitswilliger, der bereits bis Dresden gelangt war, machte dort kehrt. Auch jetzt zeigt sich die Firma nicht nachgiebig, so daß der Kampf von den Ausgesperrten, die guten Mutes sind, energisch weitergeführt wird.

In L u d e n w a l d e, H ö c h s t, Schwenningen, Arnsweiler Wald und Sommerfeld dauern die Differenzen fort, weshalb der Zugang von Tischlern, Drechslern, Polierern und Raschinarbeitern nach dort hin auch weiter ferngehalten ist.

#### Aus einer Arbeitgeberorganisation.

Der Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands e. V. hielt am 18. und 19. d. M. in Kassel eine außerordentliche Generalversammlung ab. Unter anderem wurde auf der Versammlung ein Einheitsstarif für ganz Deutschland mit Akkordlohn und einheitlichen Arbeitsbedingungen beschlossen.

Die Lohnbewegung der Sticker in Plauen i. V. nimmt einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Der neue Tarif ist bereits für über 1100 Maschinen bewilligt, so daß nur noch gegen 300 Sticker im Streik stehen. Die Stickermeister (Zwischenmeister) erlassen Inserate, worin sie warnen, den Tarif zu unterschreiben, und auch sonst noch versuchen, Mättrauen in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Ihre Machinationen sind vergeblich, die Sticker lassen sich nicht wankelmütig machen. Man hofft, daß binnen kurzem die Lohnbewegung auf der ganzen Linie zugunsten der Sticker beendet sein wird.

#### Der Stadtrat von Karlsruhe und die Scharfmacher.

Die im Transportarbeiterverband organisierten Straßenbahner in Karlsruhe hatten an den dortigen Stadtrat ein Gesuch gerichtet, gebeten wurde, auf der die Versammlungen des Verbandes für die Angehörigen bekanntgemacht werden sollten. Darauf erfolgte am 13. Dezember folgende Antwort:

Der Stadtrat

der

Haupt- und Residenzstadt

Karlsruhe.

Die Anbringung einer Tafel im Depot der hiesigen Straßenbahn betreffend.

Mit Rücksicht darauf, daß Ihrem Verband zurzeit Angestellte aus dem Fahrpersonal der Straßenbahn angehören, gestatten wir Ihnen in jederzeit widerruflicher Weise die Anbringung einer Tafel im Depot der Straßenbahn zwecks Bekanntgabe der Versammlungen des Verbandes.

Wegen des Näheren wollen Sie sich mit der Direktion der Straßenbahn ins Benehmen setzen.

gez. Dr. Paul, gez. Neudeck.

An die Ortsverwaltung Karlsruhe  
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes  
s. S. des Herrn Gauleiter Joh. Reimüller,  
dahier.

Von diesem Schreiben des Karlsruher Stadtrats hatten jedoch die Direktoren des Straßenbahn-Unternehmerverbandes Kenntnis erhalten. Solch ein „Verbrechen“ muß gerochen werden. Beim Vorstand des Unternehmerverbandes ist ein Antrag eingegangen, den Stadtrat von Karlsruhe aus der Mitgliederliste zu streichen. Der Antrag ist von fast sämtlichen Direktoren der preussischen Straßenbahnen und auch einigen süddeutschen unterschrieben. Der Vorsitzende des Verbandes ist der Ministerialdirektor a. D. Müde, erster Direktor der Großen Berliner Straßenbahn.

### Ausland.

#### Ein Gesuchentwurf über Einigungsämter und Schiedsgerichte für Arbeiterstreitigkeiten in Norwegen.

Im Juli 1908 ernannte die norwegische Regierung ein Komitee zur Beratung und Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen über Vermittelung und schiedsgerichtliche Entscheidung in Arbeitsstreitigkeiten sowie über den Schutz des Vereinigungsrechtes. Dieses Komitee hat nun, soweit die erste Angelegenheit in Frage kommt, seine Arbeiten beendet. Es schlägt einstimmig die Errichtung von Vermittelungs- oder Einigungsämtern sowie eines Schiedsgerichts für Arbeitsstreitigkeiten vor. Das Land soll in mindestens vier Einigungsbezirke eingeteilt und in jedem Bezirk soll ein Einigungsamt eingesetzt werden, bestehend aus drei Mitgliedern. Jeder Streits noch Aussperrungen dürfen vorkommen, bevor die betreffende Streitigkeit nicht dem Einigungsamt des Bezirkes vorgelegt hat. Das Schiedsgericht, das in Tätigkeit tritt, wenn die Bemühungen des Einigungsamtes erfolglos bleiben, soll in Kristiania seinen Sitz haben und ebenfalls aus drei Mitgliedern bestehen, nämlich einem von der Regierung einzusetzenden Vorsitzenden und je einem Vertreter der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisation.

Soweit ist das Komitee einig in seinen Vorschlägen, und auch darüber ist es einig, daß Arbeitseinstellungen, sei es durch Arbeiter oder Arbeitgeber, nicht stattfinden sollen, wenn es sich um Arbeitsstreitigkeiten über bestehende Tarifverträge handelt, daß also in solchen Streitigkeiten als letzte Instanz das Schiedsgericht entscheiden soll. Bei Interessenstreitigkeiten, das heißt solchen Konflikten, die Forderungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffen, schlägt eine Mehrheit des Komitees vor, daß auch sie zu keiner Arbeitseinstellung führen dürfen, bevor sie nicht dem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt haben. In dieser Frage schlägt jedoch die Minderheit des Komitees — O L e V i a n, der Vorsitzende der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, und M h e r e, der Vertreter der Arbeitgebervereinigung — vor, daß bei Interessenstreitigkeiten, wenn sie ohne Erfolg dem Einigungs-

amt vorgelegt haben, den Parteien freigestellt sein soll, das Schiedsgericht anzurufen. Wenn aber beide Parteien über die Anrufung des Schiedsgerichtes einig sind, sollen dessen Entscheidungen auch in solchen Streitigkeiten bindend sein.

Die Vorschläge des Komitees über den geschlichen Schutz des Vereinigungsrechtes befinden sich noch in der Ausarbeitung.

### Die italienischen Zentralverbände im Jahre 1909.

Rom, den 22. Dezember 1909. (Eig. Ber.) Das italienische Reichsarbeitsamt veröffentlichte wie alljährlich eine Statistik der Zentralverbände (Federazioni di mestiere). Diese Statistik, die den Bestand bei Beginn des Jahres 1909 darstellt, läßt einen Rückgang der in den gewerkschaftlichen Zentralorganisationen organisierten von 191 000 auf 175 000 im Laufe eines Jahres erkennen. Der stärkste Zentralverband ist der der Eisenbahner mit 44 961 Mitgliedern. Es folgen die Arbeiter im Baugewerbe mit 41 732 und in großem Abstand die Buchdrucker mit 12 500, die Textilarbeiter mit 11 000, die Arbeiter in Staatsbetrieben mit 9000, die Bäcker mit 8500 und die Metallarbeiter mit 8000. Unter 23 Zentralverbänden finden sich 2, die zu Beginn des vorigen Jahres noch nicht existierten, nämlich die der Arbeiter in Wurfmaschinen, und der fast 8000 Mitglieder zählende der Arbeiter in den Schmelzgruben. Aufgelöst hat sich dagegen der Zentralverband der Schuhmacher, der über 3000 Mitglieder zählte, und der der Arbeiter an Dampfseilen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahre trifft nicht weniger als 11 Zentralverbände, und zwar am stärksten den der Arbeiter in Staatsbetrieben (von 17 400 auf 9000), den der Metallarbeiter (von 15 700 auf 8000) und das Baugewerbe (von 48 000 auf 41 000). Für die übrigen 8 ist der Rückgang geringfügig. Fortschritte von einiger Bedeutung weisen nur die Eisenbahner (von 40 000 auf 45 000), die Keramiker und die Glasarbeiter auf. Entsprechend dem Rückgang der Mitgliederzahl ist ein solcher der Einnahmen zu verzeichnen, von 583 000 auf 578 000 Lire der gesamten Einnahmen aller Zentralverbände.

Was die Wirksamkeit der Zentralverbände betrifft, so ist sie in erster Linie auf die Organisationsfähigkeit gerichtet. Nur 6 haben einen Arbeitsnachweis, nur 2 (die Glasarbeiter und die Gutmacher) geben Arbeitslosenunterstützung, 5 Reiseunterstützung. Der Jahresbeitrag, der von den Sektionen an den Zentralverband abgeführt wird, beträgt im Mindestfalle 60 Centesimi und im Höchstfalle (Glaschleifer) 48 Lire. Am häufigsten ist ein Jahresbeitrag von 1,50 Lire. Hohe Beiträge finden sich bei den Flaschenarbeitern (4,20 bis 12 Lire), bei den Glasarbeitern (3,60 bis 24 Lire) und bei den Lithographen (32 bis 48 Lire).

Besonders erfreulich ist das durch die Statistik gegebene Bild nicht. Um so mehr, als unter dem Einfluß der Konföderation der Arbeit lebhaft an dem Ausbau der Zentralorganisationen gearbeitet wird. Ein Rückschlag der industriellen Krise ist zweifellos im Spiele, besonders bei dem Rückgang der Metallarbeiterorganisationen und der der chemischen Gewerbe.

Die Wäschereiarbeiter New Yorks, welche in dem Verbands der Arbeiter der Bekleidungsindustrie organisiert sind, stehen seit kurzem in einer Bewegung, die sich rasch auf andere Großstädte auszudehnen beginnt. In New York stehen über 4000 im Streik, während insgesamt über 20 000 Wäschearbeiter an der demnächstigen Bewegung teilnehmen werden. Es wird ein Minimallohn von 20 Cent pro Stunde für qualifizierte Arbeiter und ein Maximalarbeitslohn von 9 Stunden verlangt. Durch die Vermittelung der Civic Federation sollen jetzt Unterhandlungen stattfinden; die Unternehmer sind durch die aufsteigende Konjunktur daran interessiert, Frieden zu schließen.

Auch unter den Schneidern gärt es bedenklich. In New York stehen schon mehrere hundert Mantelarbeiter im Kampfe, der sich zu einem allgemeinen Streik auszudehnen droht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bichon über die auswärtige Politik.

Paris, 27. Dezember. (W. T. B.) Auf die Interpellationen über die auswärtige Politik erwidern, legte Bichon dar, Frankreich leiste, indem es seine Verteidigungsmittel vermehrt, der Erhaltung des Friedens einen dauernden und nützlichen Dienst. Frankreich habe seinem Bündnis mit Rußland Enten und Freundschaftsbündnisse hinzugefügt, durch die sein Ansehen sich vermehrt habe. Frankreich bediene sich dieser moralischen Kraft, nur um auf die Eintracht unter den Völkern hinzuwirken, die den Wunsch hätten, daß man sie nicht mehr in Abenteuer stürze, ohne daß sie vorher befragt wären. Die französischen Beziehungen seien erfüllt von Freundschaft zu allen Regierungen. Paris und Petersburg seien niemals enger miteinander verbunden gewesen. Die englisch-russische Annäherung sei ein Faktor von größter Wirksamkeit; die äußerst herzliche Entente Frankreichs mit England und das Einverständnis zwischen Rußland und Italien habe sich ebenfalls durch die Begegnung der Staatsoberhäupter kundgegeben. Bichon stellte sodann fest, daß die Schwierigkeiten mit Deutschland bezüglich Marokkos beseitigt seien. Das deutsch-französische Abkommen, das für beide Teile loyal und zweckentsprechend sei, habe ein sofortiges Nachlassen der Spannung zwischen beiden Völkern und eine Besserung der diplomatischen Lage in Europa zur Folge gehabt. Zu der Lage auf dem Balkan übergehend, legte Bichon dar, daß sich die Annexion Bosniens und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ohne kriegerische Entwicklungen vollzogen hätte. Anzuerkennen sei, daß Rußland zwischen der Türkei und Bulgarien vermittelt habe. Die französische Politik der Erhaltung des Friedens sei durch den Stand der Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich-Ungarn in hohem Grade erleichtert worden, und so habe man ernsthafte Schwierigkeiten friedlich beilegen können. Bichon stellte weiterhin fest, daß die Regierung in Konstantinopel alle Anstrengungen mache, um die Ordnung in Armenien wiederherzustellen. Zur Kretasfrage übergehend, erklärte er sodann, daß eine endgültige Regelung der Verwaltung Kretas zurzeit nicht getroffen werden könnte, wenn aber die Zeit gekommen sei, würden die sechs interessierten Mächte sich daran beteiligen. Die auswärtige Politik der französischen Republik entspricht ihren Interessen und hält den Frieden aufrecht. Die Sorge um die nationale Verteidigung wird und nicht vergessen lassen, was die Republik der Sache der Menschlichkeit schuldig ist. Daraus wurde eine Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung billigt, durch Handaufheben nahezu einstimmig angenommen.

### Aus Eifersucht erstochen.

Kathnew, 27. Dezember. (W. T. B.) Der bei seinem Onkel in Niedebe im Kreise Westphalens zu Besuch weilende 19 Jahre alte Schlosser Hermann Geferich aus Berlin ist, als er mit seiner Kusine von Trennen nach Niedebe ging, auf der Chauffee von dem Anecht Josef Anine aus Goslig überfallen und erstochen worden. Der ebenfalls 19 jährige Täter, der den Mordanschlag aus Eifersucht begangen haben soll, wurde verhaftet und nach Rauen transportiert.

### Opfer des Sturmes in Oporto.

Odenburg, 27. Dez. (W. T. B.) Von der Besatzung des Dampfers der Oldenburgisch-Portugiesischen Dampfschiffreederei in Odenburg, welcher sich infolge der Reberschwemmungen im Hafen von Oporto von der Verankerung losgerissen hatte, sind nach Mitteilung der Direktion neun Personen gerettet worden, nämlich der erste und zweite Steuermann, der zweite Maschinist, der Koch, zwei Matrosen und drei Heizer. Der Kapitän und die übrige Mannschaft werden vermißt, und es ist zu befürchten, daß sie ihr Leben eingebüßt haben.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen



Aus der Partei.

Sozialdemokratische Balkankonferenz.

Die serbische sozialdemokratische Partei und die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei sind übereingekommen, eine sozialdemokratische Balkankonferenz einzuberufen.

Die Konferenz wird der Besprechung der Zustände und Verhältnisse im Südosten Europas, besonders auf dem Balkan gewidmet sein.

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, in denen die genannten Parteien sich zu betätigen gezwungen sind, haben die Behandlung dieser Fragen aufgedrängt.

Ein Volkshaus

Ist zum Weihnachtsfest in Düsseldorf eröffnet worden. Unser Düsseldorf-Parteiblatt, die „Volkszeitung“, bringt zu einem Artikel, der diesen Beweis als Fortschritt der Düsseldorf-Arbeiterbewegung feiert.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nach ein Rabbodprozess.

Das „Volksblatt für Bochum“ teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft in dem Bericht unseres Parteiblattes über den Rabbodprozess der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 19. Oktober eine Verleumdung des Direktors Jensen an der Zeche Rabbod entdeckt haben will.

Wegen Tragens „republikanischer Abzeichen“

d. h. einer roten, mit Stur umwundenen Schleife, die einen Kranz für die Gräber der Dresdener Mairgesellenen von 1849 schmückt, hatte der Genosse Raue zu Dresden ein Strafmandat über 30 M. erhalten.

Zur Abänderung der Gewerbeordnung.

Das Gesetz, die Abänderung der Gewerbeordnung betreffend, tritt am 1. Januar 1910 in Kraft. Es bestimmt unter anderem für die Arbeiterinnen, daß sie nicht länger als zehn Stunden täglich, an den Sonnabenden und an den Vorabenden vor Festtagen nicht länger als acht Stunden und zwar nur bis 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen.

Kleines feuilleton.

Die Ausgrabung Jerichos. Die Deutsche Orient-Gesellschaft legt ihren Mitgliedern in dem soeben ausgegebenen Heft 41 ihrer „Mitteilungen“ den vorläufigen Bericht über die diesjährigen Ausgrabungen im alten Jericho vor.

Theater.

Pariser Theater. Aus Paris wird uns geschrieben: Marcel Prévost, der seinerzeit den Elandalerfolg der „Demi-Vierge“ durch eine schleudersche Dramatisierung seines Romans bis zur Ergiebigkeitsgrenze ausgenutzt hat, versichert, Pierre und Thérèse, sein schon im Dummkreis der Akademie ans Tageslicht getretener Roman sei ursprünglich in der dramatischen Form konzipiert worden.

zu umgehen. Sie petitionieren an den Bundesrat, daß er ihr Gewerbe als Saisongewerbe betrachten soll. Wenn dies geschieht, steht ihnen die Möglichkeit zu, Ausnahmen in der Verlängerung der Arbeitszeit auf Grund der Gewerbeordnung § 138a Absatz 4 zu erhalten.

Dieser Fortschritt würde aber hinfällig werden, wenn der zehnstündentag durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochen würde, wie sie von Unternehmervereinigungen der graphischen Gewerbe und der Papierindustrie gewünscht werden.

Es werden dann in einem recht instruktiven Zahlenmaterial die Belege für diese Behauptung beigebracht. Sie ergeben ein gerabegtes erschreckendes Bild der Arbeitslosigkeit, sie zeigen gewaltige Summen an ausgezahlter Arbeitslosenunterstützung.

An Arbeitslose wurden von 1906 bis 1908 Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt bei den:

Table with 6 columns: Gewerbe, Buch- u. Stein-druck-Gilts-arbeiterinnen, Lithographen, Stein-drucker u. d. m. Berufe. Rows for years 1906, 1907, 1908, 1909, 1.-3. Quart., and totals.

1906 betrug die Gesamtsumme an Arbeitslosenunterstützungen bei den vier Organisationen 771 431 M., 1907 schon 917 280 M., 1908 1 401 273 M. und in den ersten drei Quartalen 1909 1 334 888 M.

dramatische Nebenwerk ist von verstimmender Trivialität. Von einiger Wirkung ist der Ausfall Pierres, der zu seiner Rechtfertigung darlegt, daß der legale bürgerliche Profit auch keine andere stille Basis habe als der Lumpentreib, womit er seinen Reichtum begründet hat.

Humor und Satire.

Triarierlied.

Wir sind die Triarier seiner Majestät. Unsere Säter schwängen die Lanzen; Wir blauen gemächlich die große Trompet', Und alle Wechmüde tanzen.

Verufs zu einem Saisongewerbe bitten. Sehr richtig sagt dazu die Petition, daß wegen einiger eiliger Tage im Gewerbe den Arbeitern die Vorteile der Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 nicht wieder genommen werden dürfen.

„Aus gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen bitten wir daher den Bundesrat um Ablehnung derartigen oder ähnlicher Petitionen und knüpfen daran die ebenso dringende Bitte, von den auf Einschränkung der Arbeitszeit gerichteten Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Dezember 1908 keine Ausnahmen im Sinne einer Ausdehnung der Maximalarbeitszeit zu gestatten.“

Er wäre auch wirklich ein Frevel, wenn zu einer solchen Zeit, wo die Organisationen ihr Alles daran setzen, um die Linnenge der Arbeitslosen vor der allergrößten Not zu schützen, es den Unternehmern in diesen Branchen gelingen würde, durch ein Ueberstunden-system, das ihnen mit der Erklärung zum Saisongewerbe möglich würde, die Vorteile des zehnstündentages wieder illusorisch und die Riefenzahlen von Arbeitslosen zu dauernden zu machen.

Soziales.

Unterliegt der Ehemann der Versicherungspflicht?

Dem Reichsgericht lag kürzlich die Frage vor, ob der Ehemann, der im Gewerbebetrieb seiner Frau tätig ist, der Versicherungspflicht nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz unterliegt. Das Reichsgericht hat diese Frage verneint.

Seine Ansprüche wurden, soweit sie gegen den Hausbesitzer gerichtet wurden, vom Landgericht Düsseldorf abgewiesen, dagegen insofern, als sie sich gegen die Firma H. wegen mangelhafter Fürsorge für die Verwahrung des Schaaletts richtete, dem Grunde nach zu zwei Dritteln für gerechtfertigt anerkannt.

In erneuter Verhandlung entschied das Oberlandesgericht wiederum auf Zurückweisung der gegen das landgerichtliche Urteil gerichteten Verurteilung. Die diesmal von der Beklagten beim Reichsgericht eingeleitete Revision hatte keinen Erfolg.

Gegen die guten Sitten.

Eine wichtige Entscheidung fällt kürzlich der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts. Es handelte sich um folgenden Sachverhalt: Die Firma K. in Kiel hatte den Kaufmann D. als Geschäftsführer ihres in Eutin betriebenen Manufakturwarens- und Konfektionsgeschäfts engagiert.

Und königstreu bis zum Tode!

Jochims, hüt' di! Fange wir di, so hange wir di. Jochims, hüt' di! Was ist doch der mächtigste englische Lord Gegen uns preussische Junker?

Selt her! Wir begrüßen das neue Jahr. Uns ist nicht bang um das Morgen. Daß alles bleibt, wie's im alten war, Das werden wir gründlich befragen.

(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Neue Freie Volksbühne. Der Anfang November von Vorstand und Verwaltung erteilte Aufruf zur Bildung eines besonderen Aufsichtsrates für das geplante Volkskunsthaus hat bis Ende Dezember bereits 100 000 M. eingetragen.

Meta IIing, die Leiterin des „Englischen Theaters“, ist in Frankfurt a. M. an Lungenerkrankung gestorben. Den Berlinern ist die Verstorbene als ehemaliges Mitglied des Schiller- und später des Lessing-Theaters bekannt.

Eine neue Sternwarte soll in Australien errichtet werden, und zwar zum besondern Trost des Studiums der Sonne. In Frankreich wird das Urteil ausgesprochen, daß die Begründung einer solchen Anstalt in Australien kaum überschätzt werden kann.



Vertrages hat die Firma A., als der Vertrag zu Ende ging, eine Verleumdungsforderung von circa 8000 M. berechnet, von der sie zunächst 4000 M. von D. einlagte. Der Beklagte D. wendet ein, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße und deshalb nichtig sei.

Die Klägerin ist in allen drei Instanzen abgewiesen worden, weil der Vertrag wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig sei. Aus den Entscheidungsgründen des reichsgerichtlichen Urteils sind folgende Bemerkungen bemerkenswert: „Zutreffend hat das Oberlandesgericht dargelegt, daß der Vertrag nicht ein Gesellschaftsverhältnis zwischen den Parteien begründet hat, sondern daß er die Anstellung des Beklagten als Handlungsgehilfen im Dienste der Klägerin enthielt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er der Unterstufe der Klägerin wurde. Die Vertragsbestimmungen über seine Beteiligung am Gewinn und Verlust sind also Abreden über die Entlohnung der Dienste eines Handlungsgehilfen. Es ist dem Oberlandesgericht darin beizustimmen, daß diese Abreden über die Entlohnung des Beklagten gegen die guten Sitten verstoßen. Weist man von dem unzeitigen Vertragsinhalt aus, so erhielt er ein festes Gehalt, womit er seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte, überhaupt nicht. Ergab sich Verlust, so mußte er die monatlichen Entnahmen von 250 M., die nur vorläufig gewährt wurden, nach der Höhe des Verlustes wieder zurückzahlen, so daß er möglicherweise für seine Arbeit gar nichts erhielt, ja noch Schuldner der Klägerin wurde. Es widerspricht aber den guten Sitten, den Auffassungen, die der anständig und gerecht denkende von der Entlohnung geleisteter Dienste hat, einem Handlungsgehilfen, der auf den Ertrag seiner Arbeit angewiesen ist, diesen Ertrag in der Art, wie es hier von der Klägerin geschehen ist, zu verkümmern. Es ist nicht angängig, einen Handlungsgehilfen, zumal wenn er, wie der Beklagte, kein Vermögen besitzt, ohne ihm ein bestimmtes Gehalt zuzubilligen, an dem Verlust des Geschäfts derart zu beteiligen, daß er für seine geleisteten Dienste nichts erhält, so daß die Geschäftsergebnisse ungünstig werden.“

## Aus Industrie und Handel.

### Straßenbahntantiemen.

Zu dem Arbeitsgebiet der großen Elektrolongente und ihrer Banken gehört auch das Straßenbahnwesen. In der Spitze der in Frage kommenden Gesellschaften steht die A. G. u. S. und ihr Geldinstitut, die Deutsche Bank. In der ersten Gruppe der nachfolgenden Tabelle sind zwölf Straßenbahntantiengesellschaften zusammengestellt, in denen die A. G. u. S. resp. die Deutsche Bank vertreten ist. Eine der Tochtergesellschaften des großen Elektrolongenten, die das Geschäft der Straßenbahnfinanzierung und Einrichtung betreibt, ist die Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft zu Berlin. Sie ist mit einer Anzahl ihrer Tochtergesellschaften und solcher Unternehmen, in denen sie Einfluß besitzt, in der zweiten Gruppe zusammengestellt. In der dritten Gruppe sind Betriebe zusammengestellt, in denen die Elektrolongente Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert Einfluß besitzt. In der vierten Gruppe bringen wir die Zusammenstellung einer Anzahl Unternehmungen, von denen einige wieder viele andere Betriebe kontrollieren.

Straßenbahn-Unternehmen	Aktionäre	Tantiemen in Mark	Kapitalien in Millionen
Große Berliner	15 Aufsichtsräte	271 200	120,1
Westl. Berliner Vorort-Gr. Leipziger	9 Aufsichtsräte	70 828	22,0
Leipziger	8 Aufsichtsräte	13 372	10,2
Magdeburger	7	31 133	10,5
Stoblenzer	5	13 106	8,0
Breslauer	6	9 429	7,2
Stettiner	8	37 965	6,8
Darmen-Ebersfelder	7	10 000	4,2
Christianiaer	7	12 180	2,5
Essener	6	8 537	1,7
Pföner	5	15 685	3,0
El.-Werkt. Homburg b. d. Höhe	11 Aufsichtsräte	5 500	2,5
		1 078 519	198,2
Allg. Lokal- u. Straßenbahn-gesellschaft Berlin	12 Aufsichtsräte	75 194	51,0
Braunschweiger	7	8 438	9,0
Danziger	6	6 900	8,8
Düsseldorf-Duisburger	6	?	3,0
Saaral	5	3 000	6,5
Straßburger	9	?	12,0
		98 532	98,1
Kölnener	9 Aufsichtsräte	16 428	8,9
Große Kasseler	7 Aufsichtsräte	18 803	8,0
Hamburg-Altonaer	3	26 070	3,3
		25 070	
Märzburger	5 Aufsichtsräte	5 107	2,0
Nordwestliche Berliner	6	2 074	1,8
Verf. Hoch- u. Untergrundbahn	6	?	94,7
		111 724	118,7
Ver. Eisenbahnbau- u. Betrieb-Ges.	9 Aufsichtsräte	24 500	9,5
		21 514	
Schlesische Kleinbahn	11 Aufsichtsräte	1 422	0,8
A. G. f. Verkehrsweisen	11	31 317	10,0
Sächs. Straßenbahnen A. G.	4	6 269	1,0
		4 427	
Wohum-Gelsenkirchener	4 Aufsichtsräte	23 711	13,0
Weslauer	4	38 032	7,5
Hamburger	5	191 720	33,5
		129 588	
Marienborn-Weendorf-Kleind.	7 Aufsichtsräte	5 135	1,0
Rostocker	5	1 422	0,8
Heidelberg	8	13 488	1,2
Sölinger Kleinbahn	9	6 097	4,5
Hannover	8	38 000	35,5
Bremer	8	34 164	9,2
Wesermündener	6	8 775	3,5
Halleische	4	1 413	2,4
		578 950	137,4
Insgesamt		1 862 725	547,4

Es ergibt sich aus den Zusammenstellungen, daß bei 41 Straßenbahngesellschaften nach den letzten Jahresberichten 1 862 725 Mark an sichtbaren Tantiemen gezahlt worden sind. Aber gerade hier ist das „sichtbar“ besonders zu betonen; bei den allermeisten der Betriebe dieser Art geben die Zahlen auch nur einen Bruchteil der in Wirklichkeit zur Auszahlung gelangten Tantiemen.

### Prognose der Berliner Handelskammer.

In ihrem Ausblick auf das Jahr 1910 eröffnet die Handelskammer u. a. folgende Perspektiven: „Wenn in den bisherigen Tatsachen eine Stütze für die Ansicht gefunden werden, daß die Stürmung, die das wirtschaftliche Leben des Jahres 1909 ab erfuhr, sich im kommenden Jahre fortsetzen werde, so fehlt es andererseits an sicheren Anzeichen, aus denen zu schließen wäre, daß die wirtschaftliche Besserung über den Rahmen, in dem sie sich bisher gehalten hat, in nächster Zeit hinausgehen werde. Daß die Steigerung des Verbrauchs von Gütern, die für das Jahr 1909 in mächtigem Umfange festzustellen war, alsbald ein schärferes Tempo einschlagen werde, ist, wenn nicht außergewöhnliche Vorfälle den Begeh nach Waren anregen, kaum voranzusetzen.“

Für die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung ist die Frage von Bedeutung, welcher Teil ihres Einkommens durch die

Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse absorbiert wird. Die Preise der Lebensmittel, die im Jahre 1909 hoch waren, behielten vorüberhand keine Neigung zum Sinken, so daß das Hindernis für die Erweiterung des Konsums an anderen Waren bestehen bleibt.

Ins Gewicht fällt für eine Reihe von Gewerben, daß sie fortan mit erhöhten oder neuen Steuern zu rechnen haben. Im Jahre 1910 wird die Wirkung der neuen Steuern ungemildert zum Ausdruck kommen, und es steht außer Zweifel, daß dies in einer Erschwerung des Geschäfts erfolgen wird.

Ob der Arbeitsmarkt vor Erschütterungen bewahrt bleiben wird, darüber herrscht Unsicherheit. . . Die gesunde Grundlage, auf der die gewerbliche Tätigkeit ruht, berechtigt zu der Erwartung, daß der Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung, den wir für das Jahr 1909 feststellen konnten, im kommenden Jahre nicht ausfallen wird.“

### Deutschlands Außenhandel.

Die Veränderungen im Außenhandel Deutschlands, nach Hauptgruppen geordnet, veranschaulicht die folgende Tabelle, in der die Ergebnisse der ersten elf Monate der beiden letzten Jahre zusammengestellt sind:

	Einfuhr in Doppel-Mrk. 1909	Einfuhr in Doppel-Mrk. 1908	Ausfuhr in Doppel-Mrk. 1909	Ausfuhr in Doppel-Mrk. 1908
Land- und forstwirtschaftl. Erzeugnisse	211 206 189	195 737 890	39 373 473	40 058 090
Mineralische u. fossile Rohstoffe, Mineralien	329 484 068	528 550 548	312 524 271	296 448 170
Chemische u. pharmazeut. Erzeugnisse, Farben u. Farbstoffe, Keramische u. plastische Erzeugnisse, Leder- u. Ledwaren, Kautschukwaren, Waren aus Därmen	14 632 621	13 149 528	27 529 151	25 286 443
Waren aus tierisch. od. pflanzl. Erzeugnissen, Waren aus Holz, Eisen- u. Eisenlegierungen, Blei- und Bleilegierungen, Zinn- und Zinnlegierungen, Kupfer- u. Kupferlegierungen, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	2 278 182	2 010 422	2 914 937	2 641 367
Waren aus Steinen u. Tonwaren	133 581	124 442	366 255	316 415
Glas und Glaswaren	181 307	167 894	1 344 190	1 425 308
Gold	4 250	3 507	1 484	752
Silber	11 781	8 394	4 665	4 190
Eisen- und Eisenlegierungen	4 188 599	5 192 281	36 171 260	34 173 407
Blei- und Bleilegierungen	687 497	696 893	379 959	378 123
Zinn- und Zinnlegierungen	410 677	314 312	937 505	886 387
Kupfer- u. Kupferlegierungen	1 565 318	1 609 044	611 629	642 245
Waren aus Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	675 968	778 180	4 144 681	4 457 428

Stark gestiegen ist die Ausfuhr von mineralischen und fossilen Rohstoffen, ferner die von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, sowie von Eisen und Eisenlegierungen. Erhebliche Zunahme der Einfuhr zeigt sich bei den Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, der chemischen Industrie, der Rohstoffe für das Textilgewerbe, während die Maschinenindustrie, die der übrigen Eisenverarbeitung, wie auch die der Herstellung von Waren aus Steinen mit starken Rückgängen in der Einfuhrstatistik figurieren.

### Lohnreduktion und Preiserhöhung.

Die Vereinigung der niederhessisch-westfälischen Eisengießereien versendet soeben ein Zirkular, in welchem es heißt, daß alle Werke gut beschäftigt seien, jedoch sei in einer Sitzung, die jüngst in Hagen stattgefunden, einmütig zum Ausdruck gekommen, daß die Preise zu niedrig seien und eine Erhöhung vorgenommen werden müsse. Vorbehaltlich weiterer Erhöhungen wird jetzt sofort der Preis pro 100 Kilo um 1 M. und 5 Proz. auf Stückware erhöht. Das Schriftstück ist auch von einigen Werken unterzeichnet, die noch in der letzten Zeit ihren Formern die Löhne kürzten mit der Begründung der schlechten Beschäftigung. Und nun geben die Werke in einem Schriftstück, das allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, zu, daß sie sämtlich guter Beschäftigung sich erfreuen. Unternehmensmoral!

### Folgen der Tabaksteuer.

Die Firma Giesele u. Winkelmann in Löhne (Westfalen) läßt in sämtlichen Filialen alle Arbeiter auf 3-4 Wochen feiern. Es kommen über 400 Arbeiter in Betracht. In der Filiale Bülferdiegler der Firma Gebr. Waster-Bände müssen seit Donnerstag über 40 Arbeiter feiern.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die „Gleichheit“.

Die offizielle sozialdemokratische Frauenzeitung, die „Gleichheit“, hat sich einen großen Leserkreis errungen: sie erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 80 000 Exemplaren. Diese Auflage ist in den letzten fünf Jahren erreicht und gewiß ein großer Fortschritt gegenüber ihrer Verbreitung im Jahre 1904, wo wir mit circa 15 000 Exemplaren zu rechnen hatten.

Gemeinen an der großen Zahl weiblicher Proletarier, die bereits geistig, wenn auch noch nicht immer organisatorisch, von der Sozialdemokratie erfasst ist, scheint diese Auflage und die Verbreitung der „Gleichheit“ noch sehr gering. Pflicht der sozialdemokratischen Organisationen, vor allem aber der Genossinnen in denselben wird es daher sein, noch weit energischer und umfassender für die „Gleichheit“ zu agitieren als dies bisher geschah.

Da die „Gleichheit“ zu allen politischen und sozialen Fragen grundsätzliche Stellung nimmt und dabei doch das besondere Fraueninteresse in den Vordergrund stellt, so ist sie eine vorzügliche und darum unerläßliche Waffe für die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in ihrem Kampf um ein Empor und um ihre endliche Befreiung.

Viele unserer Genossinnen verdanken dem Studium der „Gleichheit“ ihre Erweckung zum Selbst- und Klassenbewußtsein. Viele danken ihr die Vertiefung und Befestigung ihrer sozialistischen Erkenntnis.

Durch die Fülle des Materials über gesetzgeberische Maßnahmen, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Arbeiterinnenkategorien, über die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, über den Fortschritt der Genossenschaftsbewegung und anderes mehr, das die „Gleichheit“ bringt, ist sie bei der Agitation ein vorzüglicher Ratgeber und Begleiter, sie weitet den Blick und das Verständnis für alles soziale und politische Geschehen, für dessen Ursache und Zusammenhänge.

Doch nicht nur für das Verstehen der politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse schult die „Gleichheit“, nicht nur für den wirtschaftlichen und politischen Kampf liefert sie Waffen, sie bringt der Leserin in der Hausfrauenbeilage auch als Hausfrau und Mutter Belehrung und Rat.

Und die prächtige Kinderbeilage ist von dem Pädagogen genau so geschätzt wie von dem Kinderfreund. Am meisten aber schätzen die Kinder selbst ihre Weisheit, die ihnen so viele Anregungen bringt, sie im Geiste hinausführt ins Feld, in den Wald, auf die Berge und an den See, zum frohen Spiele bei Sonnenschein und Vogelgezwitscher, wie auch bei Schnee und Eis und Winterkälte. Sie schenken die Erzählungen, die ihren Blick weiten und schärfen, die ihre Phantasie beleben, ihnen das Herz warm und empfänglich für alles Große und Schöne machen.

Die Redaktion der „Gleichheit“ ist ferner den Wünschen der Genossinnen in weitestem Maße entgegenkommen, soweit es sich um die Verarbeitete besonderer Spezialmaterias handelte, oder um die Unterstützung einer allgemeinen oder einer örtlich begrenzten Agitation unter den Frauen.

So behandelt, auf vielseitig geäußerten Wunsch der Genossinnen, z. B. zurzeit die „Gleichheit“ in einer ganzen Artikelserie die zivilrechtliche Stellung der Frau. Gewiß ein Problem

von großer Bedeutung für alle Frauen und Mädchen. Da ferner soeben ein neuer Jahrgang der „Gleichheit“ begonnen hat, wäre es äußerst wünschenswert, wenn allerorts die Genossinnen und Genossinnen mit einer lebhaften Agitation für unsere Frauenzeitung einsetzen würden. Der reiche, vielseitige Inhalt der „Gleichheit“, sowie ihr niedriger Preis — das vierzehnjährige erscheinende Blatt kostet die Nummer 10 Pf. — tragen sicher zur Erleichterung der Agitation, zur Gewinnung von Abonnenten bei. Als Ergänzung unserer Tageszeitungen ist das Studium der „Gleichheit“ für unsere Genossinnen unentbehrlich.

Aber auch unsere Agitatoren, männliche wie weibliche, finden in der „Gleichheit“ eine prächtige Fundgrube für Material bei der Behandlung der verschiedensten Fragen.

Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß unser Genosse Dietl, der Verleger der „Gleichheit“, versprochen hat, eine passende Einbanddecke liefern zu wollen, während die Redaktion die Lieferung des Registers für je einen Jahrgang zugesagt hat, so daß die Abonnenten der Zeitschrift nicht nur gegenwärtig, sondern wenn sie diese sammeln und binden lassen, auch in der Zukunft ein prächtiges Nachschlagewerk, einen guten Ratgeber darin haben werden.

Es wird sicher nur dieses Hinweises bedürfen, um unsere Parteiorganisationen, sowie die Einzelpersonen in denselben, zur lebhaften, umfassenden Agitation für die „Gleichheit“ anzuspornen. Probeexemplare zu Agitationszwecken liefert der Verlag (in Firma Singer u. Co., Stuttgart) jederzeit gratis an die Organisationen.

### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute Dienstag, den 28. Dezember, Weihnachtsfeier im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Für Mitglieder ist der Eintritt frei, Gäste zahlen 20 Pf. Beginn 8 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein „ungehörlicher Aufzug“.

Der Vorsitzende der Zahlstelle Hamburg des Brauereiarbeiterverbandes, Genosse Böllinger, erhielt ein Strafmandat, weil er anlässlich der Vererdigung eines Mitgliedes in Riensteden die polizeiliche Genehmigung zur „Veranstaltung“ des Leichenbegängnisses nicht eingeholt hatte. Er beantragte gerichtliche Entscheidung.

Das Schöffengericht verurteilte ihn, ebenso wurde seine Verurteilung von der Strafkammer des Landgerichts Altona zurückgewiesen. Weil im Trauerzuge mehrere Kränze mit roten Schleifen sich befanden, das Gefolge auch ziemlich zahlreich war, ferner im Zuge eine Fahne aus rotem Stoff getragen wurde; der Fahnenträger und die beiden Fahnenjunker auch noch rote Schärpen trugen, sah das Gericht das Leichenbegängnis als ein solches an, wie es in Riensteden und Umgebung als hergebracht oder als gewöhnlich — im Sinne des § 9, Absatz 2 des Vereinsgesetzes — nicht anzusehen sei, da es in Riensteden herrschenden Sitten und Gebräuchen nicht entspreche. Als ungewöhnlicher Aufzug bedurfte der Leichenzug aber der polizeilichen Genehmigung. Da diese nicht eingeholt wurde, sei die Verurteilung auf Grund der §§ 7 und 9 des Vereinsgesetzes zu Recht erfolgt. Das Landgericht schloß sich dieser Urteilsbegründung an.

### Mißbrauch der Kanzel.

Ein Beleidigungsprozeß eines Lehrers gegen einen Geistlichen beschäftigte die Strafkammer in Reihe als Berufungsinstanz. Der Lehrer Augustin in Jarze war früher in Grubine als Hauptlehrer tätig und hatte auch die dortige Organistenstelle inne. Er ließ sich versetzen, weil sein Verhältnis zu dem Pfarrer Rogiole ein unerquickliches war. Während seiner Tätigkeit in Grubine war der Lehrer einmal von unbekannt gebliebenen Tätern überfallen und mißhandelt worden. Auf dieses Ereignis nahm der Pfarrer in einer Kanzelrede Bezug. Er hatte die Ordnung getroffen, daß in der Kirche die Frauen vor den Männern sitzen sollten, doch kümmerte sich nur ein einziger Mann um diese strenge Teilung. Der Pfarrer wandte sich in seiner Rede gegen diesen Ungehorsam und führte unter anderem aus: Wie Gott den Ungehorsamen strafe, das sehe man an dem Lehrer Augustin, der seinerzeit überfallen und mißhandelt sei und der die Gemeinde mit Schimpf und Schande habe verlassen müssen. Dem Lehrer wurde diese Äußerung hinterbracht und er stellte gegen den Pfarrer Strafantrag wegen Beleidigung. Das Schöffengericht verurteilte den Pfarrer wegen öffentlicher Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe und sprach dem Lehrer die Publikationsbefugnis zu. Pfarrer Rogiole nahm in der Revisionsverhandlung den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in Anspruch, die Verurteilung wurde aber kostenpflichtig verworfen.

### Steuereinschätzung und Ortskrankenkassen.

Nach einem Urteil des 1. Strafsenats des Kammergerichts hat der Vorsitzende einer Ortskrankenkasse die Pflicht, dem Vorstand der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, über die Einkommensverhältnisse der Kassenbeamten, falls das Einkommen der betreffenden Beamten den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt, auf Verlangen Auskunft zu erteilen. — Ein Kassenvorstand hatte auf Zirkularschreiben des Charlottenburger Magistrats es grundsätzlich abgelehnt, zu Steuerzwecken über Namen und Gehälter der Kassenbeamten Auskunft zu geben, da eine gesetzliche Pflicht zu solcher Auskunftserteilung durch § 23 des Einkommensteuergesetzes nicht begründet sei. Das Kammergericht hat im entgegengesetzten Sinne entschieden.

## Vermischtes.

### Schweres Eisenbahnunglück in Böhmen.

Der Schnellzug Nr. 2 (Vodenbach—Wien), der von Vodenbach 4 Uhr 5 Min. morgens abgeht, und der auch einen Wagen zweiter und einen Wagen dritter Klasse vom Zug 54, der 11 Uhr 15 Min. abends vom Anhalter Bahnhof Berlin abgelassen wird, übernimmt, ist Sonnabend früh bei Uhersto mit einem Lastzuge zusammengestoßen. Bei der Katastrophe wurden 11 Personen, nach einer anderen Version 14 getötet und 20 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Zusammenstoß erfolgte mit furchtbarem Gewalt, da der Schnellzug mit 60 Kilometer Geschwindigkeit fuhr. Die Unfallstelle bildet ein unbeschreibliches Chaos. Da die Gleise kurz vor Uhersto eine scharfe Kurve machen und außerdem dichter Nebel herrschte, so war die Aussicht sehr erschwert. Die Ursache des Zusammenstoßes ist in der zu frühzeitigen Freigabe des Gleises für den Schnellzug zu suchen. Der verunglückte Zug war infolge der Feiertage sehr stark besetzt und hatte außerdem Verpätung. Uhersto liegt etwa 120 Kilometer von Prag und 20 Kilometer von Pardubitz entfernt. Die bei dem Unfall Schwerverletzten wurden im Pardubitzer Krankenhaus untergebracht.

Eine Meldung aus Pardubitz vom gestrigen Tage besagt: Von den bei dem Zugszusammenstoß in Uhersto schwerverletzten Reisenden sind im hiesigen Krankenhaus zwei gestorben.

Ein weiterer Eisenbahnunfall wird amtlich aus Wien gemeldet. Am 25. d. M. nachmittags 1 Uhr 10 Minuten entgleiste von dem von Frundenberg kommenden Personenzug bei der Einfahrt in den Bahnhof Jserlöh ein als vorderster im Zuge laufender Personenzug 3. Klasse mit beiden Achsen und fiel dabei um. Drei Personen wurden dabei leicht verletzt. Der Materialschaden ist unerheblich. Die Entgleisung scheint durch Umstellen einer Weiche unter dem Zuge herbeigeführt worden zu sein.



Anketter und Schiffsunfälle in Spanien.

Eine Meldung aus Madrid besagt: Aus der Provinz eingetroffene amtliche Meldungen bestätigen den Umfang der durch die letzte Unwetterkatastrophe angerichteten Schäden. Es sind insgesamt 15 Personen umgekommen. Viele wurden auf wunderbare Weise gerettet, nachdem ihre Wohnungen stundenlang isoliert und von den Fluten bedroht waren. Seit 50 Jahren ist eine ähnliche Katastrophe nicht zu verzeichnen gewesen. Auch in Portugal ist der angerichtete Schaden ungeheuer. In Oporto wurden sämtliche im Hafen liegenden Schiffe fortgerissen. Den Schiffsmannschaften gelang es, sich in Sicherheit zu bringen, mit Ausnahme der Besatzung eines deutschen Bootes, von der sich nur sieben Mann retten konnten, während drei in den Fluten ertranken. Der Sturm ist fieberhafter gestiegen. Gegenwärtig ist das Wasser im Hafen begriffen.

Der Hamburg-Amerika-Linie wird aus Oporto von ihrem Vertreter gemeldet, daß infolge der Ueberschwemmung durch den hoch angeschwollenen Duero fast alle Dampfer verloren gegangen sind. Infolgedessen können die Seeadamper in Leizos, dem Hafenort von Oporto, keine Ladung erhalten und werden nach Lissabon weiter dirigiert. Die Schifffahrt ist durch treibende Brocks gefährdet.

Nach einem weiteren Telegramm aus Madrid ist ein spanischer Schoner mit 9 Mann Besatzung vollständig verloren. Ein großer Schoner, dessen Nationalität nicht festgestellt werden konnte, ist in der Nähe der malayischen Inseln bei St. Lucas untergegangen. Der Mannschaft eines Dampfers in derselben Gegend gelang es nach vielstündigem Kampfe mit dem wütenden Meere, in einem Boote die Küste zu erreichen; das Schiff selbst wurde vollständig zerkleinert. Auf dem Meere herrscht ein furchtbarer Cyclon; über ganz Spanien wütet ein entsetzlicher Sturm. Zahlreiche Schiffstrümmere werden an die Küsten getrieben.

Nachrichten, welche im Landwirtschaftsministerium eingelaufen sind, besagen, daß der Regen endlich aufgehört hat. Am meisten sind die Provinzen Salamanca und Valladolid heimgekehrt worden.

Ueber den Sturm wird noch aus Madrid berichtet, daß in der Ortschaft St. Christina von 150 Häusern nur wenige stehen geblieben sind. Die Ortschaft Husillos liegt beinahe vollständig in Trümmern. Die Umgebung von Corunna und Santander ist ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Viele Dörfer, die vom Wasser überflutet wurden, kehrten, um sich zu retten, auf Bäume und verblieben dort drei Tage ohne zu essen.

Schiffsunfälle an der portugiesischen Küste.

Der Lloyd berichtet aus Oporto: Bei dem gestrandeten deutschen Dampfer „Hindia“ ist das Vorderdeck überschwemmt, der Schiffsrumpf weist starke Beschädigungen auf. Die Lage des Schiffes ist eine sehr kritische, ein Teil der Mannschaft ist gerettet. Der deutsche Dampfer „Kestor“ ist ebenfalls aufgelaufen, das Vorderdeck ist gegen einen Felsen geschleudert worden; die Lage des Schiffes ist gleichfalls gefährlich. Auch mehrere englische und norwegische Dampfer sind aufgelaufen.

Der „Matin“ meldet aus Lissabon, daß in der Umgegend von Oporto gegen 700 Schiffe und Boote beim letzten Sturm vernichtet oder beschädigt worden sind. Der Schaden wird auf über 100 Millionen Frankenschilling geschätzt. Der König und die Minister haben sich nach Oporto begeben.

Eine Meldung aus Bremen besagt: Bei der Sturmkatastrophe in Oporto ist auch der der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Nordsee gehörige Dampfer „Sachsen“ gestrandet und als verloren zu betrachten, während sich die Mannschaft retten konnte.

Der als gestrandet gemeldete deutsche Dampfer „Kestor“ gilt gleichfalls als verloren, da er auf steinigem Grund liegt.

Schiffsunfälle bei Gibraltar.

Madrid, 27. Dezember. Der letzte Sturm hat namentlich in der Meerenge von Gibraltar mit größter Heftigkeit gewütet. Mehrere Segler sind gesunken, ebenso zwei Schoner und zwei Briggs. Die Flut wirft zahlreiche Leichen und Schiffstrümmere an den Strand.

Zwei Anaben ertranken. Einer Meldung aus Halle zufolge sind beim Bahnhof Rietleben am ersten Feiertage die beiden 8 und 10 Jahre alten Kinder des Gastwirts Wiesners beim Schlittschuhlaufen auf dem Teiche einer Ziegelei eingebrochen und ertrunken.

Zum Raubmord in Hellbühl.

Aus Luzern wird gemeldet: Unter dem Verdacht, in Hellbühl (Gemeinde Hellbühl) das Ehepaar Wisang und die beiden Knaben Wisangs ermordet zu haben, wurde hier der in Kuswil wohnhafte Landwirt und Schweinehändler Ruff verhaftet. In seiner Wohnung wurden verlorene Reste von Wertpapieren gefunden, die dem ermordeten Wisang gehörten. Ruff soll die Tat bereits eingestanden haben.

Nachkänge zu den Hohensteinschen Rassenkrankungen.

Bekanntlich war im April d. J. in Hohenstein eine Rassenkrankung nach dem Genus von Herdeseuche eingetreten, woran weit über 100 Personen beteiligt und sogar die 10 Jahre alte Tochter des Webers Rader gestorben war. Das Fleisch stammte vom hiesigen Rindfleischhändler Robert Herold, gegen den auch das strafgerichtliche Verfahren eingeleitet wurde. Auch unserem Genossen Redakteur Bartels von der Chemnitzer „Volkstimme“ brachte die Angelegenheit einen Beleidigungsprozeß ein, derselbe wurde aber freigesprochen. Die Untersuchung gegen Herold hat nun ergeben, daß das damals verkaufte Herdeseuchfleisch und Wurst verdorben waren und auch die Krankheitsfälle hiervon herrührten. Sonderbarerweise ist das Verfahren gegen Herold eingestellt worden, angeblich, weil er von der Verdorbenheit des Fleisches nichts gewußt habe. Herold hatte übrigens auch noch den Redakteur Weismüller von den „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ wegen Beleidigung und auf Schadenersatz verklagt. Dieser Prozeß war damals auf Vorschlag des Gerichts vertagt worden. Jetzt hat Herold seinen Straf Antrag zurückgezogen.

Kälte und Schneefälle in Nordamerika.

Eine New Yorker Meldung vom 27. Dezember besagt: Im Osten der Vereinigten Staaten hat zwei Tage lang ein Schneesturm gewütet, wie er so heftig seit zwanzig Jahren dort nicht aufgetreten ist. In Chelsea (Massachusetts) sind durch eine Sturmflut 3 Personen getötet, 1500 sind obdachlos geworden. Die größte Schneehöhe, die aus Philadelphia gemeldet wird, beträgt 22 Zoll. In New York sind nach den bisherigen Feststellungen 15 Menschen dem Sturm zum Opfer gefallen. Der Gesamtverlust an Menschenleben ist noch nicht zu überschätzen. Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverkehr ist gestört.

Bele- und Bühnenfest „Moabit“. Mittwoch, 29. Dezember, bei Bachstein, Salzweberstraße 16: 3. Weiler Schillerabend. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Genoa 12. Wir haben Ihnen doch schon einmal geantwortet, daß wir keine Geschäftsadressen angeben. — Victoria R. Wenn Sie es nicht vorziehen, dem Botanischen Garten selbst einen Besuch abzustatten, bitten Sie die Verwaltung um Auskunft. — Marcon. R. — J. M. 210. Das sagt Ihnen Ihr Kolporteur. — S. S. 32. Betrugen Sie darüber einen

Kaufmann (Röbelpfister oder Fischer). — S. S. 1900. Krüppelheim, Kommandant bei Potsdam. — Frieda G. Rotes Kreuz; Zentralstelle Wilhelmstr. 73. — S. S. 6. Geschäftsstelle Wappellasse 15/17. Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14. — S. S. Wir können Ihnen die Adressen nicht mitteilen. Wenden Sie sich an den Vortragenden Ingenieur U. Boreiter. — Seite 11. Das ist eine Täuschung, hervorgerufen durch die Lustwelle. — Thüringerstr. 27. Bauingenieur Paradies, Kottbusstr. 41. — S. 14. Als Handlungsgehilfe haben Sie Anspruch auf Zahlung des vollen Gehalts während der Krankheit auf die Dauer von sechs Wochen. Ist eine bestimmte Vertragszeit vereinbart, so kann immerhin derselben nicht gekündigt werden, aber eine Entlassung ohne Gehaltzahlung einer Kündigungspflicht ist zulässig. — S. D. Für die Gerichtsbesetzung des Mannes haltet das Eigentum der Frau nicht. Sollte Kündigung vorgenommen werden, so kann die Frau mit Aussicht auf Erfolg Unterhaltungsansprüche erheben. — P. Amstel. Der geschiedene Mann muß vor der Wiederverheiratung einen Ausweis-Vertrag mit dem Vormundschafsgericht beschließen, aus dem hervorgeht, daß eine Ausweisbesetzung mit den minderjährigen Kindern wegen des Vermögens Rückstellungen hat oder nicht stattgefunden braucht. — Erpressung 23. 1. In der Regel ist das Einkommen des vorhergehenden Jahres für die Bestimmung maßgebend. 2. Legen Sie bei der Berufungsbekanntmachung schriftlich den Sachverhalt dar. 3. Die Forderung ist möglich. — M. R. R. — M. R. 21. 1. Es bleibt nur übrig, beim Amtsgericht auf Verleihung des Wittwensbeschlusses zu klagen. 2. und 3. Jeder nein. — S. S. 40. Der Lehrling ist in Ihrem Fall nicht krankversicherungs-pflichtig. Eine Schadenersatzklage gegen den Lehrherrn dürfte nicht aussichtslos sein, wenn in der Tat nachgewiesen wird, daß das Leiden durch die Art der Beschäftigung den gefährlichen Grad erreicht hat und die Art der Beschäftigung auf eine fehlerhafte Weise des Lehrherrn zurückzuführen ist. — S. S. 42. Wegen Erlangung des Auslandspasses müssen Sie sich an die Polizei wenden. — S. 25. 1. Nein. 2. Legen Sie Beschwerde ein. — R. S. 25. Wahrscheinlich ist der Wert des Nachlasses zur Zeit des Todes. Der Wittwensbeschl. in der Rüste der gesetzlichen Erbfolge. In Ihrem Fall würde also auf jedes Kind 1/2 des Nachlasses als Wittwensbeschl. entfallen. — M. R. 25. Mannsbrief dürfen nur auf einer Seite beschrieben sein; Fehler werden korrigiert. Romanentwürfen handend abgelehnt. — M. R. 25. 1. Eine Abholung ohne vorausgegangen Klage ist unzulässig. Kommt es zur Klage, so beantragen Sie, für den Fall der Verurteilung die Rückzahlung eines Teiles der Zahlung anzusprechen. 2. Eine Beleidigung würde in diesem Zusammenhang nicht erblid werden. — R. S. 2. Wenn die Sache weiter gegeben wird, so würde auf Gefängnis wegen Diebstahls erkannt werden. — M. R. 20. 1. Da Sie die Bestimmung unterzeichnet haben, waren Sie zur einseitigen Jurisdiktion des Austrages nicht mehr berechtigt. Für den Fall der Klage würden Sie voraussichtlich verurteilt werden. 2. Eine Forderung ist unseres Erachtens nicht zulässig. Beschweren Sie sich bei dem Gemeindevorsteher und eventuell bei dem Landrat. — R. 16. Eine Herabsetzung des Betrages wäre nicht zu erreichen. — Gwald. 1. Die Klage wäre aussichtslos. 2. Verjährung liegt vor. 3. Forderung kann erwirkt werden, diese wird durch die Wittwensbeschl. vollstreckt. Hierbei kann Forderung der Exekution mit Aussicht auf Erfolg beantragt werden. — S. S. 88. Wiederholen Sie die Frage unter Angabe, welche Stellung Sie einnehmen (Handlungsgehilfe? Buchhalter? Privatbureauchef? Buchhalter? Geheile? Geheile?) Bei der Wiederholung der Frage geben Sie auch nach Möglichkeit an, welche Krankenversicherung in Betracht kommen soll; uns ist keine Versicherung bekannt, die den Betrag auf ein Jahr voranzahlen läßt. — S. S. 34. Die Bestimmung der Wittwensbeschl. durch den Witt und den Verwalter muß geachtet werden. — P. S. 100. Der Witt ist und nicht bekannt. Fragen Sie bitte bei der Redaktion der „Schwimmer-Zeitung“, Hirschberg, Hermannstraße 177, an. — Wissen. Ohne Angabe des Betrages bezw. Veranlassung können wir darüber nicht urteilen. — Richard Adrich. Bitte um nähere Adresse. — P. M. Für männliche Personen, die nicht Berliner Bürger sind, läme in Frage das Altersheim in Spremberg, Verwalter Stadtrat Schur, Gartenstraße. Für Berliner Bürger über 60 Jahre werden von der Stützungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16, Sitzungen nachgemeldet. — W. S. 1. In W. S. 101. Simultan-Querein sind in Preußen nach der amtlichen Zusammenstellung von 1906 noch vorhanden in den Städten 314 und 556 in den Landgemeinden.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. Milch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise gut. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr gering, Geschäft flau, Preise für Seeische gedrückt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

Unserem Bezirksführer Eduard Naß nebst Braut zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche! Die Genossen des 739. Bezirks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Fritz Feirath gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 28. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Regere Beteiligung erwartet. 131/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater August Stein am 25. Dezember im 64. Jahre nach längerem Krankenlager an Herzschwäche verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Dies zeigen tiefbetrübt an Frau Stein und Sohn, Gieseler Ufer 33. 265

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater August Stein am 25. Dezember im 64. Jahre nach längerem Krankenlager an Herzschwäche verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Dies zeigen tiefbetrübt an Frau Stein und Sohn, Gieseler Ufer 33. 265

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgenossen (V. S. 88 Hamburg.) Verwaltungsstelle Berlin A. Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied und langjähriger Stellvertreter August Stein am 25. Dezember verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Statt besonderer Anzeige. Am Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags 2 Uhr, wurde uns unser einziger geliebter Sohn und Bruder Richard Sabor im Alter von 16 Jahren nach kurzem Krankenlager durch den Tod entzogen. 170/5 Berlin NW., 27. Dezember 1909. Bachstraße 5 I. Gustav Sabor und Frau Julie geb. Meyer Irma und Frida Sabor als Schwestern. Beerdigung: Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands Filiale Berlin. Nachruf. Am Mittwoch, den 22. Dezember, verstarb nach langem Leiden der Kollege Franz Raschke (Bezirk Südost) im Alter von 56 Jahren. Ehre seinem Andenken! 194/1 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. Nachruf. Am 23. Dezember starb unser Mitglied Hermann Steinmüller im Alter von 45 Jahren. (Bezirk Westen.) Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines geliebten Mannes Franz Mertin sage ich allen Kollegen und Bekannten des Entschlafenen meinen herzlichsten Dank. Frau Albertine Mertin nebst Kindern. Waldemarstraße 63.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unergötlichen lieben Mannes und unseres treuherzigen, lieben Vaters August Friede sage ich allen Kollegen der Zentralverband der Metallarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands dem Herrn Eheg. der Firma D. Matthes sowie den vielen Kollegen der Firma D. Matthes und dem Gesangsverein der Glasarbeiter meinen herzlichsten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Pauline Friede.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Brennholz; Tischlerei-Abfälle, derbes festiges Brennholz, 5 Reimer für 7.50 M. frei Keller, frei Zufuhr. Holzwerk Merkur, Veltensberg, Herzberg Str. 22. 134/3

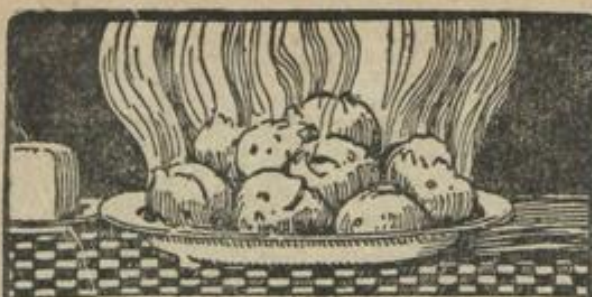
A. B. Koch Kohlen-Brikettgroßhandlung Gegründet 1893. Haupt-Kontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße). Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096. Lagerplätze, Verkaufsstellen. I. O. 34. Okt. Güterbahnhof, Eing. Rübendörfer Str. 71. fr. Ostbahnpark. II. O. 17. Okt. Güterbahnhof, Fruchtstr. 13. III. Weißensee, Güterbahnhof, Greifswalder Straße 80a. IV. N. 113. Behmstraße 28-34. Ecke Schippenheimer Straße. V. N. 65. Antonstraße 36-41. Ecke Anhalterstraße. Preise für nur 1a Marken ab Platz von 10 Ztr. an: Prima Halbsteine 88 M. Ferdinaud 88 M. Goldsteine 95 M. Ferdinaud-Bril. 90 M. Anna und Wab. 97 M. maunshell 99 M. Pfannerichstr. 105 M. gelehrt geschl. (pr. 110-120 St.) 105 M. Ilse u. Anhalt. Kohlenwerke 105 M. la Anthrazit-Gade Str. 230 Roß, Holz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. 10-15 M. mehr. — Bei Originalmagazinen und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Böhmisches Brauhaus. Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen, Kannen und Syphons. Tel. VII, 4068, 89, 90.

Wer keinen Branntwein will und doch etwas kräftiges trinken muß, erhält durch unsere kräftigen Fruchtweine einen vorzüglichen Ersatz. Johannisbeerwein 1/2 Fl. . . . 60 Pl. weiß und rot, herb und süß. Stachelbeerwein, süß . . . . 60 „ Heidelbeerwein, herb und süß . . 60 „ Kirschwein, süß . . . . . 70 „ Brombeerwein, süß . . . . . 70 „ Erdbeerwein, süß . . . . . 70 „ Preiselbeerwein, süß . . . . . 70 „ Schaumweine hiervon . . . . . 1,35 M. ausgezeichnet zu Bowlen. Zu haben in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen. Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten. Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges. N., Wattstraße 11/12. Hygienische Bedarfsartikel. Drogerie Zarenba. Weinbergstr. 1. Dir. a. Rosenbaler Dor. Billigste Bezugsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundsch. Glasma- und Französierei von Robert Meyer, nur Marianne-Str. 2. Leihhaus. Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28. Ecke Ritterstr.





*„Kartoffel in der Tüte“  
Ein köstliches Genuss!  
Doch soll es für dich mündig  
Kartoffel, Palmona nicht!*

## Palmona

**Pflanzen-Butter-Margarine**  
frei von tierischen Fetten; von reinem,  
delikatem Geschmack; vorzüglich als  
Brotaufstrich; vollkommener  
Butterersatz.

**H. Schlink & Cie. A.G.**

Alleinige Produzenten von  
•Palmin• und •Palmona•



**Ein  
schlimmes  
Ende**

nimmt jeder Versuch das beliebte, echte  
Palmin durch eine billige Nachahmung  
zu ersetzen. Wir bitten daher beim Einkauf  
genau auf den Namen Palmin und den  
Schriftzug Dr. Schlink zu achten und Nach-  
ahmungen, die oft unter täuschend ähnlich  
klingenden Namen angeboten werden,  
zurück zu weisen.

**H. Schlink & Cie. A.G.**  
**Hamburg · Mannheim**  
Alleinige Produzenten  
von Palmin.

**Neujahrskarten!** Bekannt billigste Bezugs-  
quelle für Händler und  
Wiederverkäufer.  
Witzkarten, 100 Stk. 30, 40 u. 60 Pf. — Geprägte Golddruckpost-  
karten 1910 100 Stk. 50 Pf. — Neu! Ein fröhliches Neujahr ohne  
Katzenjammer! — Größte Auswahl in besseren und ganz feinen Karten.  
Berlin C. 25.  
**S. & G. Saulsohn,** Kaiser Wilhelm-Straße 19a.  
Nahe der Münzstraße.

## Sylvester-Punsch

von Rum, Arak, Glühwein a Fl. 2,25 und 1,35 Mk.  
Sherry und Schlummer-Punsch a Fl. 2,50 u. 1,35 Mk.  
Ananas, Burgunder-Punsch a Fl. 3,50 u. 1,75 Mk.  
Bowlen-Mosel, Bowlen-Extrakte, Tischweine  
empfehlen und versendet in bekannt ausgezeichneter Qualität  
**Georg Andree, BERLIN C., Prenzlauer Str. 1-2.**  
Man verlange Preisliste!

**Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,**  
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillerplatzes vorzüglich gelegene  
billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit  
auch ohne Bad, Balkon od. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-  
Promenade, Britzener Straße, Rühl-Straße, Holländer- und Thuner Straße

## Manoli Cigaretten

verschaffen

den höchsten Genuß.

Spezialmarken:

Abbas, Manolip, Derby, Gibson Girl.

## Dresdner Bank.

Kapital: M. 100 000 000 Berlin - Dresden - London - Frankfurt a. M. - Leipzig. Reserven: M. 51 500 000  
Augsburg, Bremen, Cassel, Chemnitz, Fürth, Hamburg, Hannover, Mannheim, München,  
Nürnberg, Plauen, Zwickau i. V.

Altona, Bautzen, Bückeburg, Detmold, Emden, Eschwege, Freiburg i. Br., Fulda, Greis,  
Heidelberg, Leer, Lübeck, Meissen, Wiesbaden, Zittau.

Wechselstuben und Depositenkassen in Berlin und Vororten:

A. Französische Str. 35-36, a. d. Hedwigs- kirche,	Stahlkammer.	W. Größ-Lichterfelde-Ost, Jungfernstieg 3, Ecke Bahnhofstraße,	Stahlkammer.
B. Potsdamer Str. 126, nahe Eichhornstr.	Stahlkammer.	X. Schönhauser Allee 144, Ecke Eberswalder Straße,	Stahlkammer.
C. Königstr. 33, am Bahnhof Alexanderpl.	Stahlkammer.	Y. Friedenau, Rheinstr. 12, Ecke Schmargen- dorfer Straße,	Stahlkammer.
D. Oranienstr. 145-146, am Moritzplatz,	Stahlkammer.	Z. Greifswalder Straße 205, Ecke Marien- burger Straße,	Stahlkammer.
E. Kurfürstendamm 238, an der Kaiser- Wilhelm-Gedächtniskirche,	Stahlkammer.	A II. Größ-Lichterfelde-West, Caristr. 114, Wannseebahnhof,	Stahlkammer.
F. Spittelmarkt 4-7, Kaufhaus Spittelmarkt,	Stahlkammer.	B II. Neue Rosstr. 1, Ecke Neue Jakobstr., C II. Pankow, Schönholzer Straße 1, nahe dem Rathaus,	Stahlkammer.
G. Lindenstr. 7, Ecke der Neuenburger Str.,	Stahlkammer.	D II. Frankfurter Allee 1/2, am Ringbahnhof, E II. Tempelhofer Allee 19a, Ecke Lessingstr.	Stahlkammer.
H. Gr. Frankfurter Straße 32, Ecke Fürsten- walder Straße,	Stahlkammer.	F II. Rixdorf, Kottbuser Damm 79, G II. Schöneberg, Barbarossastr. 45, Ecke Berchtesgadener Straße,	Stahlkammer.
I. Charlottenburg, Berliner Straße 58, nahe Hauptpost,	Stahlkammer.	H II. Wilmerdorf, Hohenzollerndamm 198, Ecke Uhlandstraße,	Stahlkammer.
K. Potsdamer Str. 103 a, Ecke Kurfürstenstr., Chausseestr. 130, am Oranienburger Tor,	Stahlkammer.	J II. Charlottenburg, Kaiserdamm 118, Ecke Suarezstraße,	Stahlkammer.
L. An der Jannowitzbrücke 1.	Stahlkammer.	K II. Friedenau, Südwest-Korso 77, Ecke Kaiser-Allee,	Stahlkammer.
M. An der Jannowitzbrücke 1.	Stahlkammer.	L II. Köpenicker Str. 1, am Schles. Tor, M II. Fienburger Str. 19a, Ecke Lessingstr.	Stahlkammer.
N. Schöneberg, Hauptstr. 18, gegenüber dem Rathaus,	Stahlkammer.	N II. Belle-Alliancestr. 107, am Blücherplatz, O II. Tegel, Berliner Str. 99, n. d. Hauptstr., P II. Rixdorf, Berliner Str. 58/57,	Stahlkammer.
O. Turmstr. 27, Ecke der Stromstraße,	Stahlkammer.		
P. Metzstr. 66, Ecke Martin-Lutherstraße,	Stahlkammer.		
Q. Brunnenstr. 2, am Rosenthaler Tor,	Stahlkammer.		
R. Badstr. 35-36, Gesundbrunnen,	Stahlkammer.		
S. Müllerstr. 6, am Wedding,	Stahlkammer.		
T. Landsberger Straße 100, am Büsching- platz,	Stahlkammer.		
U. Kurfürstendamm 181, Ecke Konstanzer Straße,	Stahlkammer.		
V. Stoglitz, Schloßstr. 85, gegenüber dem Rathaus,	Stahlkammer.		

Die Wechselstuben und Depositenkassen befassen sich vornehmlich mit: Annahme von Depositengeldern zur  
Verzinsung, An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw., Einlösung von Coupons und  
Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen, Diskontieren und Einziehen von Wechsels und Schecks,  
Beteiligung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung sowie insbesondere  
mit Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern sowie Ablösung  
von Hypotheken, die das Berliner Pfandbriefamt erwirbt.

### Stahlkammern.

Die Stahlkammern der Wechselstuben und Depositenkassen bieten Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung von  
Wertpapieren, Dokumenten, Schmucksachen etc. in eisernen Schrankfächern unter eigenem Verschluss des Mieters oder  
zur Hinterlegung von Paketen, Kisten und dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmäßiger Haftung der Bank.

Die Bedingungen für den Geschäftsverkehr mit den Wechselstuben  
und Depositenkassen sowie für die Benutzung von Stahlkammern werden an allen  
Kassen der Bank unentgeltlich ausgegeben.

# Engelhardt= Bockbier

Ausstoß hat begonnen.



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Freitag, den 31. Dezember, veranstaltet der Wahlverein im großen Saale des Gewerkschaftshauses für seine Mitglieder und deren Angehörigen eine Silvesterfeier unter Mitwirkung der Tischgesellschaft. Anfang 9 Uhr. Entree 20 Pf., Tanz 30 Pf. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Palensee. Heute, Dienstag, den 28. Dezember findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Stellungnahme zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und Kuffstellung der Kandidaten. 4. Vereinsangelegenheiten. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Diejenigen Mitglieder, welche noch im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden ersucht, dieselben spätestens am heutigen Dienstag abzuliefern, da eine Renaufnahme des Bibliothekbestandes sowie Neuregistrierung vorgenommen werden soll. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Die ordentliche Generalversammlung findet am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, bei Wagendorf, Wälfstraße 22, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Revisoren usw. Neuwahl der sämtlichen Funktionäre. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Steglitz. Heute, Dienstag, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Schellhase, Ahornstraße 16a mit folgender Tagesordnung statt. 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Bericht von der Generalversammlung des Kreises. 4. Vereinsangelegenheiten. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Gichwalde, Zenthen, Miersdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins fällt diesen Monat aus. Der Vorstand.

Biesdorf. Heute, Samstagabend bei Berlin, Margahner Straße.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute, Dienstag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Genosse H. Wähler, Kreissekretär. 2. Anträge der Bezirksleitung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Tegel. Am Freitag, den 31. Dezember (Silvester). Gemütliches Beisammensein und Tanz im Lokale von Julius Rüppenstein, Spandauer Straße 4. Beginn 8 1/2 Uhr abends. Die Mitglieder haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches freien Tanz. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsepilog.

Beinahe wäre der Feder das Wort „Krelog“ entwich. Mehr als einem, um den der jagenhafte Weihnachtsengel einen großen Bogen slog, wird während der Festtage zum Sterben traurig gewesen sein. Fajelei ist es, daß auch dem ärmsten Menschenkinde der Weihnachtsstich gedeckt wird. Gerade den Bedrückten, aber deshalb noch lange nicht für immer Entfagenden kommt zu Weihnachten ihre Armut so recht zum Bewußtsein. Wir möchten nicht die Gauhaltungen zählen, in denen kein Weihnachtsbaum leuchtete und keine Freude herrschte. In vielen Familien wird man froh gewesen sein, die hungrigen Mäulchen der für eine bessere Zeit heranwachsenden Nachkommenschaft mit irgend etwas, das nicht nach Festbraten duftete, stopfen zu können. Wo aber die Verhältnisse es erlaubten, die christliche Mode mitzumachen, ist die Weihnachtsbilanz wieder mal: abgebrannte Tannenbaumlichter, verdorbener Magen, leere Portemonnaies und schodweise unzufriedene Gesichter.

Der natürlichsten Weihnachtsstimmung fehlte freilich etwas: der Weihnachtsstichne. Auch nicht ein einziges silbernes Sternchen wollte vom grauen Wolkenshimmel auf die festfeierende Erde purzeln. Bei der auffallend milden Bitterung, die uns im schönsten Wintermonat förmlich nasführt und den Frühling voranzuhlen läßt, müssen die vielen Kinderschlitten und Schlittschuhe ihr Dasein vorläufig noch unter dem Tannenbaum verträumen. Aber trotz der „grünen“ Weihnacht wurden Welsachen, die ja in imitiertem Haffon heute ein ziemlich billiger Geschenkartikel sind, massenhaft in Straßenparade vorgeführt. Selbst die dröhnenden Weihnachtsglocken lodten solche Weihnachtsrenommisten in die sonst gähmend leeren Kirchen. Der Weihnachtsverkehr in den Straßen Groß-Berlins war infolge des befähigenden warmen Wetters überaus groß. Noch um Mitternacht wurde die Stadt- und Ringbahn gestürmt fast wie an schönen Sommertagen. In vielen Vergnügungslotalen war kaum ein Plädchen zu haben, Birkusse und Theater hätten noch einmal so groß sein können, Restaurants und Cafés machten unbeschadet der schönen häuslichen Feiern ein Bombengeschäft. Prächtigen Verlauf nahmen bei Massenbesuch die in diesem Jahre außerordentlich zahlreichen Matinees und sonstigen Veranstaltungen der verschiedensten sozialdemokratischen Vereiningungen. In den meisten Festfälen war es namentlich am zweiten Feiertag, als mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung das Tanzbein in seine Rechte treten durfte, erdrückend voll, so daß es schon manchmal „nicht mehr schön“ war.

Berliner Post- und Fernsprechnachrichten. Die Beamten, Unterbeamten und Arbeiter, die beim Neubau und der Unterhaltung des Fernsprechnetzes im Ober-Postdirektionsbezirk Berlin beschäftigt sind, sind sämtlich mit einer Ausweisurkunde versehen. Die Farbe dieser Karte war bisher dunkelgrün. Wie die Kaiserliche Ober-Postdirektion hierdurch mitteilen läßt, werden diese Karten für das Jahr 1910 durch solche von roter Farbe ersetzt. Den Ausweisbesitzern und deren Vertretern wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, von Neujahr an nur solchen Telegraphenbeamten den Zutritt zu den Räumen zu gestatten, die solche roten Karten vorzeigen können. — Das Postamt O. 94 wird am 27. Dezember nach Dienstfälsch aus dem Hause Große Frankfurter Straße 2 nach den neuen Diensträumen im Hause Friedenstraße 89 verlegt werden. — Der Fernsprechverkehr Berlins ist heute auf folgende Orte ausgedehnt worden: Woodden, Färsterei Woodden, Färsterei Selgenau, Groß-Bislaw, Plonowo, Oberförsterei Schwiedt, Oberförsterei Sommerin, Polnisch-Gelzin, Lueis, Schönfeld (Weg. Bromberg), Selgenau sowie Staffelsdorf. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 1 M.

Fröhliche Weihnachten für städtische Handlungsgehilfen. Man mag über die Weihnachtsgroßaktion, die heute noch vielfach in bürgerlichen Gewächsen an die Handlungsgehilfen gezahlt wird, denken wie man will: sie hat jedenfalls das Gute, den Beschenkten in den Stand zu setzen, seinen Angehörigen eine Weihnachtsfreude zu bereiten und ihn für einige Tage der materiellen Not zu überheben. Allerdings wäre es besser, wenn die Herren Chefs die Gratifikation fortlassen ließen und dafür anständige Gehälter zahlen und Ueberstunden vergüten würden. Und gerade solche Geschäfte, die keine Weihnachtsgroßaktion mehr geben, stehen in der Bezahlung ihrer Angestellten vielfach vortheilhaft von der übrigen Geschäftswelt ab.

Auch die Stadt Berlin beschäftigt Handlungsgehilfen, und zwar in den städtischen Gaswerken. Sie zahlt keine hohen Gehälter, aber ebenso wenig ist eine Weihnachtsgroßaktion üblich. Im Gegenteil, den Angestellten werden zum Fest der Liebe Hätze gemacht. Die in den Revierinspektionen der städtischen Gaswerke beschäftigten Handlungsgehilfen, die amtlich als Hilfsarbeiter bezeichnet werden, verdienen in den ersten zwei Jahren 45 Pf. pro Stunde, also bei neunstündiger Arbeitszeit 4,05 M. Tagelohn. Bei gleicher Tätigkeit in Privatbetrieben würden sie ein Monatsgehalt von etwa 125—150 M. bekommen. Die Direktion der städtischen Gaswerke stellt diese Hilfsarbeiter, die nach ihrer Tätigkeit (Verrichtung kaufmännischer Arbeiten in einem Handelsbetriebe) unzweifelhaft Handlungsgehilfen im Sinne des Gesetzes sind, mit täglicher Kündigung an und zieht ihnen für die Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, den Tageslohn ab. Die betreffenden Angestellten bekommen also für die Weihnachtswochen wie für die Neujahrswochen nur für fünf Tage ihren Lohn ausbezahlt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen Handlungsgehilfen nur während einer Probezeit bis zur Dauer eines Vierteljahres mit täglicher Kündigung angestellt werden. Die Direktion der städtischen Gaswerke handelt also gesezwidrig, wenn sie Handlungsgehilfen dauernd mit täglicher Kündigung beschäftigt. Und ist es einer Stadt wie Berlin würdig, daß sie ihren Angestellten, die weit schlechter entlohnt werden als in Privatbetrieben, zum Fest der Liebe zwei Wochen hintereinander nur fünf Sechstel des sonstigen Wochenverdienstes auszahlt? Haben die Herren Direktoren, die hohen und höchsten Beamten, haben die für diese Zustände verantwortlichen Stellen, während sie das Fest der christlichen Liebe feiern, einmal daran gedacht, daß durch ihr Verschulden städtische Angestellte während dieses Festes von schweren Sorgen niedergedrückt wurden? Wahrlich, die Nichtachtung gesetzlicher Bestimmungen und die über das privatrechtliche Maß weit hinausgehende Ausbeutung der Angestellten ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der städtischen Sozialpolitik!

Post und Publikum zu Neujahr. Der Neujahrsbriefverkehr stellt jetzt, nachdem die Weihnachtspakete bewältigt sind, abermals ungewöhnliche Anforderungen an die Post, wie sie sich im ganzen Jahr nicht mehr wiederholen. Das Publikum kann sich und der Post die Schwierigkeiten erleichtern, wenn es einige einfache Regeln und Mahnungen befolgt. Vor allem laufe man sich möglichst frühzeitig die nötigen Briefmarken und nicht erst am 31. Dezember. Wer Zeit hat, besorge diese möglichst zeitig und nicht am Abend, da die Schalter überfüllt sind. Für den Markenbedarf muß man wissen, wieviel und wie man seine Neujahrgrüße verschiden will. Neujahrsglückwünsche können als Druckfäße in folgender Weise verschid werden: Auf gedruckten Visitenkarten sowie auf Neujahrskarten kann die Adresse des Abenders und sein Titel handschriftlich hinzugefügt werden. Ferner kann man gute Wünsche, Glückwünsche, Dankfagungen und andere Höflichkeitsermine handschriftlich beifügen, wenn sie nicht mehr als fünf Worte umfassen oder in den üblichen Anfangsbuchstaben bestehen. Auf allen Druckfäßen kann man den Tag der Absendung, die Unterschrift sowie den Stand des Abenders oder des Empfängers handschriftlich angeben oder abändern.

Zum Umbau der Schloßbrücke. Das Nachrichtenbureau des Magistrats schreibt: Der vom Magistrat kürzlich beschlossene Umbau der Schloßbrücke hat an einigen Stellen die Befürchtung erregt, daß hier eine Beeinträchtigung des Straßenbildes eintreten werde. Die Befürchtung ist unbegründet. Bei dem Entwurf für den Umbau war die möglichst unberänderte Erhaltung des Bauwerks und die Vermeidung einer Ansfähtung des Straßenbildes mit Rücksicht auf die benachbarten monumentalen Gebäude in erster Linie bestimmend. Da die Strombehörden wesentliche Zugeständnisse hinsichtlich der Durchfahrtsböden der Brücke machten, wurde es möglich, bei der Ueberwölbung der Mittelöffnung das Straßenbild so zu gestalten, wie es Schinkel vorgezeichnet hat. Die jetigen Gewölbesturzen, die Geländer und Postamente müssen zwar etwas angehoben werden, bleiben aber in ihrer äußeren Erscheinung ungeändert. Ein Anheben der Straße wird ganz vermieden.

Von der Flugplatzgesellschaft. Ein Wechsel ist in der Leitung der Deutschen Flugplatzgesellschaft eingetreten. Der bisherige Geschäftsführer Kapitän zur See von Busson hat sein Amt niedergelegt; sein Nachfolger wird Major a. D. von Schmidt, in dessen Händen bekanntlich die Leitung der Internationalen Luftschiffahrtsausstellung in Frankfurt a. M. lag. Das unter günstigen Auspizien ins Leben getretene Unternehmen hat ansehnlich nicht die erhofften Erfolge aufzuweisen. Sämtlichem Personal des Flugplatzes bei Johannisthal ist gekündigt worden und auch die Zahl der Berliner Bureaubeamten der Gesellschaft soll verringert worden sein. In weiten Kreisen des Publikums herrscht Unstimmung über das hohe Eintrittsgeld zur Beschäftigung des Flugplatzes bei Johannisthal. An den beiden Weihnachtsfeiertagen waren zahlreich Berliner und namentlich auswärtige Besucher nach dem Flugplatz hinausgefahren, den sie unentgeltlich beschäftigen zu dürfen glaubten. Ihnen wurde ein Eintrittsgeld von 50 Pf. abgefordert, das jedoch nur von sehr wenigen gezahlt wurde.

Umfangreiche Verkehrsstörungen infolge eines Wasserrohrbruchs. Ein großer Wasserrohrbruch erfolgte am ersten Weihnachtsfeiertage am Gartenplatz, im Norden Berlins. Das Stroßengewölbe wurde viele Meter weit aufgerissen, so daß die Garten- und Aderstraße in weitem Umkreise überschwemmt wurden. Die Straßenbahn mußte an dieser Stelle den Betrieb einstellen, da die Schienen unterflutet waren. Erst als eine Notweiche hergerichtet worden war, konnten einzelne Wagen wieder verkehren. Am zweiten Feiertage wiederholte sich der unliebsame Vorgang. Die Straßenbahn legte um die Mittagszeit ein ganzes Kotzleis, um die Unfälle zu passieren zu können. Teilweise wurde der Verkehr auch durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Reparaturarbeiten wurden heute in Angriff genommen. Der Bruch war über einen Meter lang.

Im Streit erschossen. An der Ecke der Strom- und Wirlenstraße kam es in der zweiten Morgenstunde des ersten Weihnachtsfeiertages zu einer Schlägerei zwischen dem Unteroffizier Hermann Specht vom 1. Gardefeldartillerie-Regiment und mehreren Zivilpersonen. Der Streit soll dadurch entstanden sein, daß die Zivilisten den Unteroffizier anukillen. Als dieser den Säbel zog, fielen mehrere Personen über ihn her und bearbeiteten ihn mit Faustschlägen. Einer der Deutschen zog dann ein Taschenmesser und jagte es dem Unteroffizier in die Herzgegend. Schwerverletzt brach der Gestohene zusammen, während die Täter die Flucht ergriffen. Specht wurde schleunigst nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Er starb aber bald nach der Einlieferung. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett I geschafft. Durch die polizeilichen Ermittlungen konnte festgestellt werden, daß als Haupttäter der 19jährige aus Danzig gebürtige Schiffer Karl Eichler, der in der Läderer Str. 23 in Schloßfelde wohnt, in Frage kommt. Er wurde noch im Laufe des ersten Feiertages festgenommen und dem Polizeipräsidium eingeliefert. Auch sein Bruder und einige andere Komplizen konnten ermittelt werden.

Der neue Polizeipräsident als Harun al Raschid. Herr v. Jagow, der Nachfolger des verstorbenen Stubenrauch, unternahm in den letzten Tagen vor Weihnachten, wie das „Berliner Tageblatt“ beobachtet haben will, zu den verschiedensten Tages- und Abendzeiten Sprichtouren durch Berlin, um sich über die Verkehrsverhältnisse persönlich zu informieren. Namentlich am Potsdamer Platz und am Gassehen Tor soll er, während das blauackerte Polizeiauto in der Nähe hielt, gesehen worden sein. Das kann stimmen, da ja neue Wesen, selbst Polizeibeamten, in der Regel gut leben, um sich später desto schneller abzumutzen. Doch der Präsident aber auch auf mehreren Bezirke- und Revierwachen als „Mann aus dem Volke“ erschienen ist und sich unerkannt hat geholt hat, wird wohl eine dem Moskoff aufgeflogene Weihnachtsente sein. Selbst wenn das wahr ist, hat solcher Gelegenheitsbesuch natürlich gar keinen Wert. Herr von Jagow erscheint im Gehpelz und Zylinder auf der Revierwache, und vor solchem seinen Herrn haben unsere Polizeier einen anderen Respekt als vor dem Mann in der Bluse. Will der erste Mann an der Polizeiprize den echten Polizeiton genau kennen lernen, so muß er das ganz anders anfangen. Wir wollen mal zunächst abwarten, ob Herr von Jagow, der als ein großer Gentleman gekildert wird, den Mut und die Kraft hat, das in seinem Ressort so lippig wuchernde Institut der bekannnten Nichtgentleman unter den grünen Tisch fallen zu lassen.

Eine französische Zeitung in Berlin. Unter dem Titel „Journal d'Allemagne“ erscheint vom 1. Januar ab in Berlin eine französische Zeitung, von der gestern die erste Probenummer erschienen ist. Das „Journal d'Allemagne“ ist die erste französische Zeitung in Deutschland, wenigstens die erste, die für das weitere deutsche Publikum bestimmt ist. Sie bietet ein Gegenstück zu den beiden in Frankreich erscheinenden deutschen Blättern (der „Pariser Zeitung“ in Paris und dem „Midiere-Tageblatt“ in Nizza). Wie aus dem auf der ersten Seite veröffentlichten Programm hervorgeht, soll das Blatt auch für die Jugend, und diejenigen, die sich in der französischen Sprache vervollkommen wollen, bestimmt sein.

Ein Liebesdrama spielte sich am 1. Feiertage in einem Hotelein der Invalidenstr. ab. Dort versuchte der 27 Jahre alte Ausfäher Hugo Holling aus der Regeler Straße seine Geliebte, die 24 Jahre alte Eisenbrieherrin Kartha Weid, geb. Vorkahn, und sich selbst um das Leben zu bringen. Frau Weid lebte mit ihrem Manne in Scheidung und unterhielt mit Holling ein Liebesverhältnis, mit dem ihre Eltern nicht einverstanden waren. Ob die Tat mit Einverständnis der Frau Weid geschehen ist, ist fraglich. S. hatte mit seinem großen, harsch gefähtiffenen Taschenmesser der Frau die Kehle durchgeschnitten und sich selbst ebenfalls einen Schnitt in den Hals beigebracht. Während die Frau gleich das Bewußtsein verloren hatte, war der Mann noch imstande gewesen, sich zur Klingel zu begeben und diese in Bewegung zu setzen. Beide wurden nach der Charité gebracht. Holling unter dem Verdacht des versuchten Mordes als Polizeigesangener.

Ein traurigen Abschluß nahm das Weihnachtsfest für die Familie des Grünkomhändlers Paul Weier in der Schloßfelde 46. Der 69 Jahre alte Mann betrieb dort sein Geschäft seit ungefähr Jahresfrist zusammen mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter. Es ging so schwach, daß er sich schon seit längerer Zeit Sorgen machte und endlich beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Während er Sonntagabend von 6 Uhr an allein zu Hause war, schrieb er Abschiedsbriefe und griff dann zum Strid. Um 8 Uhr kehrten Frau und Tochter von einem Ausflug zurück und fanden ihn tot an einem Strohstoppeln hängen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Unter den Rädern eines Eisenbahnzuges suchte und fand in der Weihnachtsnacht um 12 Uhr ein unbekannter Mann seinen Tod. Auf dem Schloßfelde Bahnhof stürzte er sich vor den einlaufenden Fernzug 1618, dessen Räder ihm den Kopf vom Rumpfe trennten. Der etwa 40 Jahre alte tote hatte einen Zettel mit dem Namen Hermann Fiedlich aus Malsberg im Kreise Sagan bei sich und trug einen Ueberzieher von einer Firma in Schneidnitz.

Ein Nordverfuch rief am 1. Feiertag kurz vor 10 Uhr abends in dem Hause Dresdener Straße 80 große Aufregung hervor. Dort versuchte der 21 Jahre alte, aus Maspe bei Dortmund gebürtige Schloffer Hermann Teget die 17 Jahre alte Eise Hing aus Maspe zu erschießen, verwundete diese und durch zwei weitere Schüsse den 52 Jahre alten Uhrmachermeister Hermann Scholz und den 3 Jahre alten Sohn Kurt des Bäckermeisters Stein. Scholz ist lebensgefährlich verletzt.

Der Grund zur Tat soll sein, daß das Mädchen den Schloffer mit seinen Liebesanträgen wiederholt abgewiesen hat. Teget ist wegen versuchten Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Ein Liebesdrama spielte sich am 1. Feiertage in einem Hotelein der Invalidenstr. ab. Dort versuchte der 27 Jahre alte Ausfäher Hugo Holling aus der Regeler Straße seine Geliebte, die 24 Jahre alte Eisenbrieherrin Kartha Weid, geb. Vorkahn, und sich selbst um das Leben zu bringen. Frau Weid lebte mit ihrem Manne in Scheidung und unterhielt mit Holling ein Liebesverhältnis, mit dem ihre Eltern nicht einverstanden waren. Ob die Tat mit Einverständnis der Frau Weid geschehen ist, ist fraglich. S. hatte mit seinem großen, harsch gefähtiffenen Taschenmesser der Frau die Kehle durchgeschnitten und sich selbst ebenfalls einen Schnitt in den Hals beigebracht. Während die Frau gleich das Bewußtsein verloren hatte, war der Mann noch imstande gewesen, sich zur Klingel zu begeben und diese in Bewegung zu setzen. Beide wurden nach der Charité gebracht. Holling unter dem Verdacht des versuchten Mordes als Polizeigesangener.

Eine französische Zeitung in Berlin. Unter dem Titel „Journal d'Allemagne“ erscheint vom 1. Januar ab in Berlin eine französische Zeitung, von der gestern die erste Probenummer erschienen ist. Das „Journal d'Allemagne“ ist die erste französische Zeitung in Deutschland, wenigstens die erste, die für das weitere deutsche Publikum bestimmt ist. Sie bietet ein Gegenstück zu den beiden in Frankreich erscheinenden deutschen Blättern (der „Pariser Zeitung“ in Paris und dem „Midiere-Tageblatt“ in Nizza). Wie aus dem auf der ersten Seite veröffentlichten Programm hervorgeht, soll das Blatt auch für die Jugend, und diejenigen, die sich in der französischen Sprache vervollkommen wollen, bestimmt sein.

Kindermord? Die Leiche eines etwa ein Jahr alten Mädchens wurde in der Nacht zum ersten Feiertage um 3/4 Uhr auf dem Zepplinplatz gefunden. Sie war ganz nackt und hatte Ausschlag am Gesicht und andern Körperteilen.



### Traurige Weihnachtsen.

Eine schreckliche Weihnachtsüberfallung ist der Familie des 30jährigen Kutschers Otto Wachsow, Schulstr. 77, zu teil geworden. Wachsow war seit längerer Zeit ohne Beschäftigung, und da alle Versuche, wieder Arbeit zu erhalten, scheiterten, so sah er in der Verzweiflung den Entschluß, sich das Leben zu nehmen, um seinen Angehörigen nicht mehr zur Last zu liegen. Am Heiligabend führte er sein Vorhaben aus. Er erhängte sich in einer Laube an der Schulstraße. Ein von der Rettungswache hinzugerufener Arzt konnte bei dem Lebendstüben nur noch den Tod feststellen. Während die Angehörigen daheim verzweifelt auf das Eintreffen des Ernährers warteten, fuhr man die Leiche des Selbstmörders nach dem Schauhaufe.

Ein tragischer Vorgang hat sich Heiligabend in der Weberstr. 10 abgespielt. Bei der Familie des Kaufmanns F. hatte eine Verwandte, eine ältere Dame, der Weihnachtsbescherung beigewohnt. Während nun die Kinder Weihnachtslieder sangen, wurde sie plötzlich von einem Unwohlsein heimgesucht und nach wenigen Minuten war die Greisin bereits tot; ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein jähes Ende bereitet.

Schwere Straßenbahnunfälle haben sich an den Weihnachtsfeiertagen ereignet. In der Schöneberger Straße stieß ein Straßenbahnwagen der Linie 50 mit einem Milchwagen der Meierei Wilhelm Lemke, Mariannenstr. 35 zusammen, dessen Kutscher unmittelbar vor dem Bahnwagen die Gleise kreuzen wollte. Infolge des heftigen Zusammenstoßes stürzte der Milchfahrer des Milchwagens, der 24jährige Hermann Lemke, Bernburger Str. 30 wohnhaft, vom Bod und erlitt so schwere Verletzungen, daß er in befinnungslosem Zustande nach dem Eitelbach-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist der Kaufmann August Wahn aus Schlottheim schwer zu Schaden gekommen. Er verließ kurz vor der Haltestelle Ecke der Schornweber- und Eitelbachstraße einen von ihm benutzten Motorwagen der Linie 25, fiel und trug eine Gehirnerschütterung und erhebliche Verletzungen an den Beinen und im Gesicht davon. Der Verunglückte wurde nach dem Paul-Gerhards-Stift übergeführt.

In der Klaliger Straße betrat vor dem Hause Nr. 102 die 43jährige Frau des Grünauer Str. 2 wohnhaften Bauarbeiters Bergkowitz so dicht vor einem herannahenden Rettungswagen der Straßenbahn das Gleis, daß sie umgestoßen wurde, mit der linken Hüfte unter den Schutzhaken geriet. Mit Hilfe von Passanten wurde der Rettungswagen angehoben und die Verunglückte innerhalb drei Minuten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Frau W. wurde nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof gebracht, wo eine schwere Brustquetschung und tiefe Fleischwunden festgestellt wurden, und von dort nach dem Krankenhaus Urban übergeführt, wo sie in bedenklichem Zustande danieliegt.

Ein vierter schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag in der Wäldstraße. Dort sprang in der Nähe der Wäldstraße der Privatier Frey Gorgast aus Grig von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 35 ab, stürzte dabei zu Boden und trug einen komplizierten Bruch des rechten Oberschenkels sowie anscheinend auch innere Verletzungen davon. Der Verunglückte wurde mittels Mannschaftenswagens der Feuerwehr nach dem Krankenhaus am Urban geschafft.

Der in der Soldiner Str. 60 wohnhafte 30jährige Steiniger Friedrich Nidel war von der Elbasser Straße nach der Fingert-Allee gefahren und wollte abfahren. Er kam dabei zu Fall und wurde ein Stück von dem Waggon mitgeschleift. In bestimmungslosem Zustand schaffte man den Verunglückten nach der königlichen Klinik. Die Verletzungen, die sich N. zugezogen, sind äußerst schwere.

Arbeiter-Bildungsschule. Die durch die Krankheit des Genossen Grünwald ausgefallenen Unterrichtskurse werden wie folgt nachgeholt:

Finanzwissenschaft: Dienstag, 28. Dezember, Mittwoch, den 29. Dezember und Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.

Geschichte: Montag, den 3. Januar, Dienstag, den 4. Januar und Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Von der Verlosung bei der Matinee am zweiten Weihnachtsfeiertage bei Keller, Koppenstr. 29, sind die Gewinne auf die Nummern 107, 170, 174, 268, 894 nicht abgeholt worden; dieselben sind bei Frau Rohrenwald, Tüllstr. 77, nach Vorzeigung der Nummern in Empfang zu nehmen.

Ein erheblicher Verlust. Am zweiten Weihnachtsfeiertage verlor eine Frau in der Esmarch- oder Pasteurstraße ein kleines braunes Portemonnaie mit 15,75 M. Inhalt. Da dieselbe durch den Verlust empfindlich getroffen wird, so wird der eheliche Hinder gebeten, das selbe Esmarchstr. 16, Seitenflügel I bei Müller abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf.

#### Die Wertwachststeuer.

Die Trostlosigkeit der gegenwärtigen Kommunalzustände in Wilmersdorf erkennt man an einer offiziellen Mitteilung, die sich mit der Frage der Wertwachststeuer befaßt. Vor vielen Monaten schon schwang sich die Stadtverordnetenversammlung in einer leichtsinnigen Stunde zu dem Beschluß auf, sich mit der Einführung dieser Steuer zu befassen. Da Wilmersdorf wie kaum ein anderer Berliner Vorort das Eldorado der Grundstückspekulationen ist, kann man sich vorstellen, daß von großem Interesse bei dieser Angelegenheit nicht die Rede war. Im Hinblick darauf, daß Schöneberg eine Wertwachststeuer eingeführt hat und gemeinsame Grundzüge für die westlichen Vororte besonders in dieser Angelegenheit empfehlenswert sind, verstand man sich immerhin zur Wahl eines Ausschusses, der die Sache prüfen sollte. Ob dieser Ausschuss im Sinne der Stadtverordnetenversammlung gehandelt hat, wissen wir nicht; den Terrainspekulationen hat er aber eine große Freude bereitet. Es ist nämlich jetzt aus Licht gekommen, daß der Ausschuss zwar mehrere Male zu Sitzungen einberufen wurde, jedoch niemals beraten hat, weil die Mitglieder einfach nicht erschienen. Sollte diese gescheite Taktik weiter verfolgt werden, dann kann das Spekulantentum am Wertwachst noch Millionen ergattern, ohne daß der Stadt ein Pfennig von dem müßellos eingehalmten Gewinn der Grundstücksrunderer zugute kommt. Man kann sich sicher darauf rechnen, daß das Interesse für diese Steuer nicht früher geweckt wird, als bis Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen sind und dort den Vertretern des Besitzes nach Gebühr einheizen.

Eine Anstalts- und Fürsorgestelle für Alkoholranke will der Magistrat von Wilmersdorf an die schon bestehende Tuberkulose-Fürsorgestelle angliedern. Diese Verbindung empfiehlt sich nach Ansicht des Magistrats, weil viele Tuberkulose erst durch Alkoholmißbrauch zu ihrer Krankheit kommen und weil die in der Tuberkulosefürsorge tätigen Schwestern am besten Gelegenheit haben, die Familienverhältnisse der Kranken kennen zu lernen.

### Rigdorf.

Bersähten und erstickt ist am ersten Weihnachtsfeiertag der zehn-jährige Sohn Gustav des Postassistenten Kühne aus der Rindener Straße 42/43. Der Knabe spielte mit mehreren Altersgenossen auf dem unbebauten Grundstück an der Ecke der Reuter- und Wainger Straße. Dort machte er am Fuße einer ziemlich steilen Schachthöhlung mit seinem Kinderjäckel ein großes Loch und steckte sich hinein, um zu sehen, wie groß er sei. Plötzlich gab das Erdreich nach, stürzte herunter, begrub Kühne unter sich und verschüttete auch noch den Sohn Herbert des Bezirkskornsteuereinsmeisters Michalle aus der Rindener Straße 42/43. Auf das Geschrei der Kinder eilten der Pförtner Johann Zimmer und andere Leute herbei, die Kühne

ausgruben, während die Kinder selbst Michalle befreiten. Dieser war ohne Schaden davongekommen, während Kühne sein junges Leben eingebüßt hatte. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr brachte den Erstickten nach der Infirmerie XII, wo aber alle Wiederbelebungsversuche erfolglos blieben. Die Leiche wurde beschlagnahmt, einsteilen aber nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Für die städtische Omnibuslinie Buschstr.-Krankenhaus ist nunmehr ein endgültiger Fahrplan aufgestellt und genehmigt worden, der besonders auch einen Anschluß an die Straßenbahnlinie 47, die bekanntlich jetzt bis zum Buschstrug durchfährt, Rechnung trägt. Der neue Fahrplan tritt vom 1. Januar 1910 ab in Kraft. Die Abfahrtszeiten sind wie folgt festgesetzt worden:

Ab Krankenhaus nach Buschstrug: 7<sup>00</sup>, 8<sup>00</sup>, 9<sup>00</sup>, 10<sup>00</sup> usw. bis 9<sup>00</sup> abends; letzter Wagen 11<sup>00</sup>.

Ab Buschstrug, Grig: 7<sup>00</sup>, 8<sup>00</sup>, 9<sup>00</sup>, 10<sup>00</sup> usw. bis 8<sup>00</sup> abends; dann 9<sup>00</sup> und letzter Wagen 11<sup>00</sup>.

Zusätzlich verkehren vorläufig bis auf weiteres an den Besuchstagen — Mittwoch und Sonntag — besondere Wagen, und zwar fahren drei Wagen vom Hermannplatz nachmittags um 1<sup>40</sup>, 1<sup>00</sup> und 1<sup>20</sup> und drei Wagen vom Rathaus nachmittags um 1<sup>30</sup>, 1<sup>00</sup> und 1<sup>40</sup> ab.

Ueber einen sonderbaren Vorfall auf dem hiesigen Hauptpostamt berichtet uns ein Leser, der am Donnerstagabend 1/2 8 Uhr dort ein Paket aufgeben wollte. Infolge des starken Verkehrs war das Postamt eine Stunde länger, also anstatt bis 7, bis 8 Uhr geöffnet. Ich wurde, so schreibt unser Leser, das Paket auch los, aber nur mit der Bedingung, daß hierauf 20 Pf. Extragebühren zu zahlen seien. Der an der Tür stehende Beamte habe erklärt, daß die 20 Pf. zu zahlen seien, weil die Pakete sofort weggängen. Uns ist nicht recht klar, mit welchem Recht die Postverwaltung gerade in der Zeit des starken Weihnachtsverkehrs, bloß weil sie eine Stunde länger Pakete annimmt und befördert, dafür extra 20 Pf. erhebt. Es wäre daher erwünscht, wenn die Postverwaltung hierüber öffentlich Aufschluß gäbe.

### Schöneberg.

Das Abfuhrwesen und die gesamte Straßenreinigung soll endlich, nachdem praktische Erfahrungen in genügender Weise gesammelt, in eigene Regie übernommen werden. Bestimmend hierfür sind die gemachten günstigen Erfahrungen mit dem Automobilbetrieb, der es ermöglicht, die Straßen viel sauberer, schneller und billiger zu reinigen, als dies bisher der Fall war. Die Kosten des Pferdebetriebes würden sich nach angestellten Berechnungen in eigener Verwaltung gegenüber den an Unternehmer vergebenen jährlich um 85 000 M. teurer stellen. Dagegen wird durch den Automobilbetrieb eine Ersparnis von 15 000 M. erzielt. Die Leistungsfähigkeit beträgt 45 000 Quadratmeter täglicher Straßenfläche, die durch Anbringung einer Vereinfachung in der Wasserzuführung sich auf 50 000 Quadratmeter erhöht. Bei Pferdebetrieb können nur 30 000 Quadratmeter Fläche gereinigt werden. Die Kosten der Automobilreinigung stellen sich mit Abmahlung und Amortisation einschließlich des für das Depot erforderlichen Baukapitals um 300 M. jährlich billiger als bei den mit Pferden bespannten Wägen. Eine weitere Ersparnis von 11 000 M. wird durch die Delbeprengung der Straßen mit Westumit erzielt. Die Gesamtorganisation wird sich in drei Jahren in der Weise vollziehen, daß in der ersten Periode mit einem Kostenaufwand von 19 000 M. ein Depot für die Wägen, fünf elektrische Wägen für 63 000 M. angeschafft und 45 000 M. für Betriebsmittel mit neuen Betriebsmitteln angelegt werden. Im zweiten Jahre soll der Fuhrpark durch 3 bis 4 Maschinen ergänzt, das Depot fertiggestellt und mit einer Desinfektionsanlage verbunden werden. Die dritte Periode wird sich vorwiegend mit dem Abfuhrwesen, d. h. mit der Veseitigung des Mülls und des Straßenabfalls zu beschäftigen haben. Auf diesem Gebiete handelt es sich zunächst darum, Erfahrungen zu sammeln und diese durch selbständige Versuche zu ergänzen.

Die Vorlage wird mit dem neuen Etat unterbreitet.

### Groß-Dichtersfelde.

Ein Familiendrama spielte sich am Schluß der Weihnachtsfeier hier ab. Der 56 Jahre alte Rollereibesitzer Schneider in der Dätersstraße 45, der wegen Verwundung entmündigt und bereits früher in einer Irrenanstalt interniert war, gab am zweiten Feiertag in der feststen Abendstunde, als seine Frau mit den Kindern am Kaffeetisch saß, auf diese mehrere Revolvergeschosse ab; die Frau, die hilferufen unter den Tisch stürzte, wurde schwer und der zu ihrem Schutze herbeieilende Geschäftsführer durch einen Schuß in den Unterleib tödlich verletzt. Die Kinder kamen mit dem Schreden davon. Die beiden Schwerverletzten fanden Aufnahme in dem hiesigen Kreis-Krankenhaus. Schneider, der sich nach der Tat in seinem Zimmer einschloß, konnte erst nach einigen Stunden mit Hilfe einer Anzahl Schutze und Feuerwehrmänner verhaftet werden. Die Erbitterung über seine Entmündigung soll der Anlaß zu dem Revolverattentat auf seine Frau gewesen sein.

### Friedenau.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß unser Genosse Schilling an dem Schlauchfelde der Arbeit geblieben ist. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Nach Erledigung einiger Neuannahmen referierte Genosse Horlich-Adlershof über den Klassenkampf des Proletariats. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Darauf gab Genosse Ostler Hagen den Bericht von der Kreisgeneralsversammlung. Auf einige Anfragen betreffend das Kommunalprogramm gab Genosse Horlich ausführliche Erklärungen. Des weiteren wurde ein Antrag des Vorstandes, einen Extrabeitrag von monatlich 5 Pf. von allen männlichen Mitgliedern zu erheben, angenommen. Dieser Extrabeitrag soll zur Gründung eines Fonds benutzt werden, aus dem in Zukunft alle Ausgaben für den Jugendausschuss bestritten werden sollen. In die Kinderkommission wurde die Genossin Lichtenberg, Friedenau, Hähnlestr. 19, gewählt.

### Lichtenberg.

Einstimmig, so betont ausdrücklich eine vom Magistrat den Stadtverordneten gemachte Mitteilung, habe der Magistrat beschlossen, einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung nicht beizutreten!

Die „Dienst- und Besoldungsordnung für mittlere und Unterbeamte“, die einen Bestandteil der soeben vollzogenen generellen Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten darstellt, ist im wesentlichen von den Stadtverordneten nach den Vorschlägen des Magistrats angenommen worden. In dem § 3 Absatz c, in dem ausgesprochen wird, daß die städtischen Beamten sich im Interesse des Dienstes die anderweitige Verwendung im städtischen Dienste gefallen lassen müssen, hatte die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag unserer Parteigenossen den Zusatzantrag zum Beschluß erhoben: „jedoch dürfen Beamte nicht als Bedienstete oder Arbeiter beschäftigt werden!“ Ganz richtig hat der Magistrat die Bedeutung des Zusatzes erkannt, er schreibt daher an die Stadtverordneten: „Diese Bestimmung soll offenbar verhindern, daß im Falle eines Streiks städtischer Arbeiter Beamte zur Aufrechterhaltung desjenigen Betriebes, in welchem der Streik ausgebrochen ist, verwendet werden!“ Und nun setzt die Interessengemeinschaft der Magistratsmitglieder mit ihrem „einstimmigen Beschluß“ ein! Die städtische Verwaltung kann unmöglich sich vollständig der etwaigen Willkür ihrer Arbeiterschaft unterwerfen. Sie ist daher gezwungen, sich möglichst alle diejenigen Mittel zu erhalten, welche geeignet sind, auch ohne eine streikende Arbeiterschaft die städtischen Betriebe im öffentlichen Interesse fortzuführen! In diesen Mitteln geht auch die eventuelle

Heranziehung von Beamten und im Besonderen von Technikern zwecks Sicherung einer geordneten Fortführung des Betriebes. Also der Magistrat.

Nach der von der Stadtverordnetenversammlung in gleicher Sitzung angenommenen „Ordnung“ über die Anstellungsbedingungen müssen die Bewerber für die Lichtenberger Beamtenstellen neben der Reife für Prima usw. sich wiederholter Prüfungen unterziehen und vor allem ein Zeugnis über tadellose sittliche Führung beibringen. Dabei ist aber nicht vorgefrieben, daß auch Prüfungen im praktischen Straßenreinigen, Kohlenlarren, Retortenziehen, Lenken der Rekrmaschinen usw. zu bestehen sind. Die Herren des Magistrats scheinen das „können“ dieser schönen Dinge — von sich auf andere schließend — bei den Beamten als selbstverständlich vorauszusetzen. Daß die Beamten den ihnen vom Magistrat zugewiesenen Schimpf nachdrücklich abzuwehren gewillt sein sollten, ist kaum anzunehmen. Auf einem anderen Blatt aber steht die Stellungnahme der Stadtverordneten. Auch erklärt in derselben Vorlage der Magistrat ebenso „einstimmig“, daß er dem zufolge eines Antrages der Sozialdemokraten angenommenen Beschlusse, daß den Beamten ein rechtlicher Anspruch auf Erholungsurlaub zustehen soll, nicht dabei beitreten können. Er fährt dann weiter fort: „Der durch die Stadtverordnetenversammlung vorgesehene, unbedingt rechtliche Anspruch auf Urlaub, der nicht darauf Rücksicht nimmt, ob der Beamte sich durch gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten den Urlaub gewissermaßen verdient hat, würde zur Folge haben, daß die pünktliche und ordnungsmäßige Erledigung der Dienstangelegenheiten unter Umständen gefährdet wird.“ So der Magistrat! Ein recht erheblicher Teil der Stadtverordneten wird in dieser Einschätzung der Beamten dem geschäftsführenden Ausschuss der Grundbesitzervereine und der Scharfmacher in Lichtenberg, dem Magistrat, wohl nicht folgen können. Wo in aller Welt sollte denn in Zukunft die Wahlhilfe herkommen? Die Gruppe der „Beamtenvertreter“ wird die Worte gewiß nicht sparen und die schimpfliche Zumutung zurückweisen, daß ihre Auftraggeber gewissenlose Troddel seien, die ihre Pflicht erst dann erfüllen, wenn ihnen als „Belohnung“ der Urlaub winkt. Daß die Beamten aber „ortsstatutarisch“ eine Streikbrechertolonnie bilden sollen, dagegen werden sich die Vertreter der werktätigen Bevölkerung ganz energisch wenden.

### Grig.

Auffehen erregte am Heiligabend das Benehmen eines Soldaten. Der Infanterist Otto Buchholz war aus seinem Standorte in Ostpreußen auf Weihnachtsurlaub zu seinen Eltern gekommen. Als er von einer Christfeier heimkehrend etwas entfernt die Bürgerstraße entlang ging und laut Reservelieder sang, riefen ihm Vorübergehende zu, so weit sei es doch noch nicht. Darüber geriet der junge Mann in Wut, zog blank und drang mit dem Säbel auf die Leute ein. Einer der Angegriffenen entriß ihm sein Seitengewehr und verlegte ihm mehrere wuchtige Hiebe über den Kopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Ein Nachwächter brachte den Verwundeten nach dem Amtsbureau in Grig und von dort nach dem Kreis-Krankenhaus. Der Soldat geriet auch unterwegs wieder in eine solche Aufregung, daß er den Wächter schwer beleidigte.

### Adlershof.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich Eingangs mit einem Dringlichkeitsantrage der Vertreter der zweiten Abteilung. Der Antrag verlangte die Neuwahl des Vorsitzenden der Kommission für Vorbereitung der Gemeindevorsteherwahl und des Vorsitzenden der Kommission für die Eingemeindung in Köpenick. Im ersten Falle hat der Schöffe Bach die Beschlüsse der Kommission nicht zur Ausführung gebracht und im zweiten Falle hatte der Schöffe Kautler die Wahl zum Vorsitzenden abgelehnt. Da die Sitzung am Anfang nur schwach besucht war, wurde die Dringlichkeit mit Stimmengleichheit abgelehnt. Unter Geschäftlichem erklärte der Gemeindevorsteher dann, den Vorsitz an Stelle des Schöffen Kaiser selbst übernehmen zu wollen und soll die erste Sitzung der Kommission zwischen Weihnachtsen und Neujahr stattfinden. Die wacklige Angelegenheit wurde in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlegt. In diesem Punkte beantragten unsere Genossen bei der späteren Verhandlung, die Gelegenheit in nächster Sitzung öffentlich zu erledigen, da persönliche Angelegenheiten nicht in Frage kommen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Übernahme der höheren Privatschule für Knaben und Mädchen aus der Gemeinde“ war der nominelle Inhaber der Schule, Herr Kreisinspektors Sackebel, erschienen; derselbe legte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Übernahme dieser Schule durch die Gemeinde und den weiteren Ausbau derselben eingehend dar. Von den Anhängern der Durchführung dieser Schule zu einer höheren Knabenschule, welche vom Jahre 1913 ab den Gemeindecass mit einem jährlichen Zuschuss von 45 000 bis 50 000 M. belasten würde, wurde wiederum der früher dargelegte Standpunkt vertreten, doch erklärten die Bürgerlichen zum Schluß, für den Antrag des Kuratoriums, dessen Durchführung im Jahre 1912 der Gemeinde mindestens 20 000 M. kosten wird, stimmen zu wollen. Unsere Vertreter legten nochmals ihre prinzipiellen Ansichten gegen höhere Schulen mit Vorklassfassen dar und erklärten sich ganz entschieden gegen die Ausgestaltung der bestehenden Schule zu einer höheren Knabenschule wegen der enormen Zuschüsse, welche dieselbe erfordern würde. In der Abstimmung wurde die Übernahme der Privatschule auf die Gemeinde gegen die Stimmen unserer Genossen und des Herrn Luge beschlossen. Zur Klärung der für den höheren Schulbesuch in Betracht kommenden Eltern sollen die Ausführungen des Herrn Schulinspektors in einer Broschüre veröffentlicht werden. Die Anschaffung von Pferden für die Gemeindeverwaltung und für die Feuerwehr und der Bau eines Stallgebäudes auf dem Grundstück des Feuerwehr-Dienstgebäudes wurde in Rücksicht auf die Eingemeindungsfrage auf ein Jahr vertagt. Da in letzter Sitzung die Ortszulagen für das Lehrpersonal der Volksschulen beschlossen wurden, müßten auch die Gehälter der Lehrerinnen an der höheren Privatschule aufgebessert werden. Es wurde den betreffenden Lehrerinnen für das Etatsjahr 1909 eine Teuerungszulage von 250 M. gewährt. Vom 1. April 1910 ab sollen die Gehälter dieser Lehrerinnen neu geregelt werden. Von dem Verbande der Baugehülfe Berlins lag ein Abänderungsantrag zu den Bedingungen betr. Einbindung der Lohnarbeit durch die Unternehmer und Bildung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten bei Ausführung von Gemeindearbeiten vor. Der § 2 dieser Bedingungen gibt der Gemeinde das Recht, die Lohnlisten der Unternehmer durch Beamten der Gemeinde einzusehen. Hierzu war beantragt, die Einsicht jederzeit durch einen unparteiischen Vertrauensmann der Gemeinde, welcher in keinem beamteten Abhängigkeitsverhältnis zur Gemeinde steht, vornehmen zu lassen. Der § 3, welcher der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis ein von der Gemeindevertretung zu bildendes Schiedsgericht vorschreibt, soll nach dem Antrage der erweiterten Kommission für Straßendauten und so weiter, welche diese Abänderungsanträge vorbereitet hatte, wurde der Antrag zu § 2 angenommen und zu § 3 abgelehnt. Beschlossen wurde noch, den Bahnhofswirtschaftsgarten, welcher Eigentum der Gemeinde und von dem Bahnhofsdonum gepachtet ist, nicht mehr zu verpachten, sondern eine öffentliche Schmunanlage herzustellen.

### Treptow-Baumshulentweg.

Durch einen unglücklichen Telegraphenmast schwer verletzt wurde der Telephonarbeiter Richard Hofel, Große Frankfurter Straße 23 wohnhaft. H. hatte mit einer Kolonne von Arbeitern in der Miesholzstraße in Baumshulentweg Telegraphenmasten ausgegraben und umgelegt. Bei dieser Arbeit verlor er die Leiste die Gewalt über einen der ausgegrabenen Masten, so daß er umstürzte. Es gelang den Arbeitern, sich durch Seitenprünge in Sicherheit zu bringen, doch wurde H. von dem Mast zu Boden geschmettert und unter ihm



Begraben. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Bedauernswerte nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

**Weihnensee.**

Die Gemeindevertreter kamen kurz vor Weihnachten zusammen, um den Arbeitern und Beamten durch Aufbesserung ihrer Besolde eine Festfreude zu bereiten. Doch von einer solchen Festfreude konnte keine Rede sein, denn die bewilligten Aufbesserungen haben weder rückwirkende Kraft, noch werden dieselben sofort einsehen, sondern erst am 1. April 1910. Wie gewöhnlich bei solchen Gehaltsaufbesserungen sind die Arbeiter und unteren Beamten am schlechtesten weggekommen. Unsere Genossen Fuhrmann und Laubmann nagelten diese Tatsache nicht nur im Plenum, sondern auch in den entsprechenden Kommissionen fest. Die bürgerlichen Herren gingen jedoch über die von der Finanzkommission vorgeschlagenen Erhöhungen nicht hinaus. Durch einen Vertragsantrag wollte man sogar die Angelegenheit bis nach dem Feste verschieben, jedoch blieb der Antragsteller mit seiner Ansicht allein. Die Aufbesserungen sind nun folgende: Anlaufungsarbeiter von 4,00 M. auf 4,25 M. pro Tag; Straßenarbeiter von 3,50 M. auf 4,00 M.; über 50 Jahre auf 3,75 M.; Gartenarbeiter von 3,50 M. auf 3,75 M.; die Vorarbeiter erhalten pro Tag 50 Pf. mehr. Sonstige Arbeiter 40-42 Pf. die Stunde, nämlich bei neunständiger Arbeitszeit. Die Heizer und Arbeiter des Elektrizitätswerks erhalten 45-55 Pf. bei elfständiger Arbeitszeit, während diese früher zwölfständige Arbeitszeit bei gleichem Lohn hatten. Die Polizeifergeanten, Polizeibeamten, Gemeindevorsteher von 1600 auf 1700 M., Endgehalt 2400 M.; Polizeiwachmeister von 1800 auf 2010-2000 M.; Schuldiener von 1200 auf 1320 M., freie Wohnung und Heizung; Nachtwächter von 700 auf 800 M.; Assistenten, Registratoren von 1000 auf 2200-2800 M., unter 26 Jahre 200 M. weniger; Sekretäre von 2300 auf 2500-4000 M., Kammerinspektoren und Polizeikommissare von 2800 auf 3100-5300 M.; Wasserwerkstrolcheure von 1800 auf 2000-3100 M.; der Gemeindegärtner von 1800 auf 2000 M.; der Gemeindegärtner von 38 auf 39 M. pro Woche. Die Maschinenführer erhalten im 1. Jahre 750 M., im 2. Jahre 900 M., im 3. Jahre 1080 M., im

4. Jahre 1200 M.; die Bureaugehilfen, die über 1000 M. beziehen, erhalten eine Zulage von 100 M., unter 1000 M. eine solche von 60 M.; der Bureauinspektor, die Bauverwalter, der Direktor des Elektrizitätswerks erhalten eine Aufbesserung von 500 M. Eine ganze Reihe Beamten, wie Architekten, Techniker, Straßeninspektoren, Leiter des Wohlfahrtsamts, Totengräber usw., erhielten Aufbesserungen von 100 bis 300 M.; die besoldeten Schaffner, welche bisher 4500 M. bezogen und dreimal nach drei Jahren 500 M. Zulagen erhielten, sollen jetzt fünfmal nach drei Jahren 500 M. zugelegt erhalten, außerdem erhält der erste Schaffner 600 M. Aufbesserung als stellvertretender Amtsvorsteher. Dem Gemeindevorsteher wurden 500 M. Gehalt und 300 M. Aufwandsgehalt als Amtsvorsteher mehr bewilligt. Sämtliche Nebengehälter sollen als pensionfähige gelten. Die Aufbesserungen der Beamten ergeben insgesamt 30 000 M., die der Arbeiter 11 000 M., die der schon bewilligten Lehrergehälter 40 000 M., die der höheren Lehrpersonen 10 000 M., insgesamt 91 000 M. Der Etat der Sparkasse für das Jahr 1910 wurde festgesetzt in Einnahme von 50 M. und Ausgabe von 6423,50 M., so daß 6373,50 M. aus den Ueberflüssen zu decken sind. Für Anschaffung von circa 500 Linden, 500 Kistern und 200 Eichen wurden 2600 M. bewilligt. Diese sollen teils als Ersatz für eingegangene Straßendämme und zum Teil für die Parkanlage um das Säuglingskrankenhaus dienen. Die Neuregelung der Fürsorge für die Waisen und Waisen der Lehrer und Beamten an den höheren Lehranstalten wurde ohne Debatte angenommen.

**Eingegangene Druckschriften.**

Die soeben erschienene Nummer 1 des „Postillon“ enthält an Beilagen und Illustrationen: Prof. Reuschel - Eine neue Triole. - Prophezeiungen für 1910. - Festlicht und Frau die Nacht, die Nacht am Rhein. - Fabelhaft der vereinigten Mittelhandwerker. - Im Vorzimmer. - Aus dem Leben erzählen wir: 1910. - Aus der Reichsanstalt IV. - Schloßleuchte. - Der Labalarbeiter. - Der Schnapsbott. - Von blauen Äpfeln. - Mit welchem Herzen. - Konventioneller Parteilag. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

**Witterungsüberblick vom 27. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	
Emmende	753	SW	4 Regen	6	Dachau	745	SW	4 befeht
Darmstadt	754	SW	6 Regen	7	Petersburg	758	SW	1 Rebel
Berlin	757	SW	3 Regen	8	St. Petersburg	758	SW	4 befeht
Königsberg	761	SW	2 befeht	6	Wien	753	SW	1 befeht
München	764	SW	2 befeht	4	Paris	762	SW	2 befeht
Bonn	763	SW	2 befeht	5				

Wetterprognose für Dienstag, den 28. Dezember 1909. Milde, zeitweise aufhellend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften Südwestwinden.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

Wasserstand	am 26.12.	am 27.12.	Wasserstand	am 26.12.	am 27.12.
Remel, Elbe	497,9	+30	Saale, Großsch.	254	+14
Wegeln, Elbe	145,9	+85	Saale, Spandau	100	-
Wegeln, Elbe	62,4	+2	Saale, Staßfurt	122,9	-4
Döberitz, Elbe	194	+6	Spree, Spremberg	84	0
Wegeln, Elbe	163	-2	Spree, Beudow	161	0
Wegeln, Elbe	174,9	-8	Spree, Spremberg	185	-58
Wegeln, Elbe	82	+10	Spree, Rindow	294	+25
Wegeln, Elbe	55,9	-7	Rhein, Regimillanden	531	+19
Wegeln, Elbe	20	-8	Rhein, Kaub	310	+17
Wegeln, Elbe	58	+44	Rhein, Rülz	439	+8
Wegeln, Elbe	-105	-5	Rhein, Neudrosseln	205	+58
Wegeln, Elbe	197	+20	Rhein, Bietheim	240	+19
Wegeln, Elbe	134	+12	Rhein, Trier	943	+27

**Theater und Vergnügungen**

**Opernhaus.** Anfang 7 Uhr.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der deutsche König.  
**Deutsches.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Kammerspiele.** Frühlingsträumen.  
**Neues königl. Opernhaus.** Geflohen.  
**Seiffen.** Das Konzert.  
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**Kleines.** Der große Name.  
**Neues Schauspielhaus.** Ihr letzter Brief.  
**Neues.** Ein königlicher Spah.  
**Neues Opernhaus.** Der Graf von Luxemburg.  
**Schaubühne.** Der Stachel.  
**Opernhaus.** Hobe Politt.  
**Ernan.** Buribans Gef.  
**Kleines.** Im Landenslag.  
**Schaubühne.** (Wagner, Hater.)  
**Wag.** Hobbs.  
**Schaubühne.** Charlottenburg, Wallenstein.  
**Friedrich-Wilhelmstädt.** Schauspielhaus.  
**Friedrich-Wilhelmstädt.** Schauspielhaus. Die Haubenlerche.  
**Wien.** Die geschiedene Frau.  
**Nachm.** 4 Uhr: Struwwelpeter.  
**Thalia.** Die Jähe Cora.  
**Kleines.** Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
**Volkoper.** Der Trompeter von Säckingen.  
**Kleines.** Faust.  
**Schaubühne.** Der dunkle Punkt.  
**Metrov.** Hullo!! - Die große Neuze.  
**Goltes.** Caprice. Sicher ist sicher.  
**Sunter.** Zeit. Der Mann meiner Frau. (Inkl. 9/10 Uhr.)  
**Wien.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Kleines.** Der Oberbauer.  
**Wien.** Herrfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmitel.  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Goltes.** Der Hüttensitzer.  
**Wagen.** Spezialitäten.  
**Wagen.** Die Postkarten-Frida.  
**Wagen.** Spezialitäten. Liebchens Trick.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Ringens.** Spezialitäten.  
**Kleines.** Faubourge 14/16.  
**Nachmittags 4 Uhr:** Rom und die Campagna.  
**Abends 8 Uhr:** In den Dolomiten.  
**Lesing-Theater.** Das Konzert.  
**Mittwoch 8 Uhr:** Kantrid der Mann.  
**Donnerstag 8 Uhr:** Das Konzert.  
**Berliner Theater.** Heute 8 Uhr zum 50. Male: Hohe Politik.  
**Morgen:** Hohe Politik.  
**Neues Theater.** Abends 8 Uhr:  
**Ein königlicher Spah.** Morgen und folgende Tage: Ein königlicher Spah.  
**Theater des Westens.** Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau.  
**Mittwoch und Donnerstag 4 Uhr:** Struwwelpeter.  
**Neues Opernhaus.** Schiffbauerdamm 15, a. d. Luisenstr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg.  
**Morgen Mittwoch 3/4 Uhr:** zu er-möglichten Preisen: Die goldene Märchenwelt.  
**Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**

**Urania.** Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Rom und die Campagna.**  
Abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Dienstag, 28. Dez., Anfang 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Mittwoch: Die Haubenlerche.  
Donnerstag: Im bunten Rod.  
Freitag: Der Chrenrat.  
Sonabend nachm. 3 Uhr: Othello.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**MIB Hobbs.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch v. H. Döllers.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Schwur der Treue.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
3. 1. Male: Viel Lärm um nichts.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Dienstag, abends 8 Uhr  
**Wallensteins Tod.**  
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Ende 11 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Meindbauer.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstättel.**

**Ausstellungshallen am Zoo.**  
Zweites Berliner Sechs-Tage-Rennen:  
vom 27. Dezember, abds. 10 Uhr bis 2. Januar, abds. 10 Uhr.  
Tag und Nacht ununterbrochen geöffnet.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Laubenschlag.**  
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, 2. Jan., 3 U.: Muffete.

**Volks-Oper.**  
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
Anfang 7/9 Uhr.  
**Der Trompeter von Säckingen.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
Erstes Auftreten der bezaubernden  
**Gussi Holl Ota Gygi**  
14 erstklassige Spezialitäten.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Reise um die Erde in 80 Tagen.**  
Gr. Ausstattungskost in 14 Bildern mit Gesang und Tanz v. H. Gancy und Jules Verne.  
Mittwoch, Donnerstag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
Freitag Premiere: Eine vergnügte Kindtaufe.  
Sonabend nachm. 3 Uhr: Gib mich frei. 8 Uhr: Eine vergnügte Kindtaufe.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrfeld Theater**  
Rommandantenstr. 57. T. U. 4, 5, 6, 8.  
„So muß man's machen“  
Hierzu:  
**Ein Rettungsmittel**  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Am 31. Dezember von abends 8 bis 4 Uhr früh:  
**Große Silvester-Feier**  
mit Nischen-Lach-Programm und Silvester-Kabarett etc. etc.  
Billets hierfür sind bereits zu haben.

**ROSE-THEATER**  
Grage Franzfurter Str. 132  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.  
**Faust.**  
Tragödie von Goethe. I. Teil.  
**Gastspiel-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Hüttensitzer.**  
Sonntag nachmittags 3/4 Uhr: Kleine Preise.

**WINTERGARTEN**  
Letzte Woche!  
**Otto Reutter.**  
La Pia  
i. ihr. Kreation „Der Willen Geist“.  
**Merians Hunde-Theater:**  
„Entführung d. Salome-Tänzerin“, gespielt von 32 Hunden, und die auserlesenen Sterne am **Dezember-Himmel** des **Wintergartens.**  
Zur Silvestervorstellung sind bereits jetzt Billets an der Tageskasse ohne Vorverkaufsgebühren zu haben.

**W. Noacks Theater**  
Schaubühne 16, am Rosenkaler Tor.  
**Die Postkarten-Frida.**  
Großstadt-Bilder in 5 Akten vom Weisinghauer D. R. Bopper.  
Mittwoch: Gisekner v. Netro-Dame.  
Freitag: Große Silvesterfeier. Theater, Ball mit Ueberraschungen.

**Prinz Pinne.**  
Neue Einlage:  
**Anna Müller-Lincke, Henry Bender.**  
**Das Wunderkind**  
**Pelit Roberto, Schimpanse**  
Konsul James Great.  
**Puhlmann's Theater**  
Camp. des Volkstheater-Gebäudes.  
Dienstag, den 28. Dezember:  
**Fräulein Doktor.**  
Lustspiel in 4 Akten von Walter und Stein.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Reihlinger Straße 37. Ab. 8 Uhr:  
**Der Oberganner.**  
Sonabend, 1. Jan., nachm. 4 Uhr.  
Sonntag, 2. Jan., nachm. 4 Uhr:  
Reu! Trudens Sommerreise.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhof Börs.  
Die interessantesten Spezialitäten:  
Dr. Kretz, einziger Dundebrustarzt mit seinem rechenenden und lebenden **Wunderhand.**  
Liebhens Trick mit Direktor **Rob. Dill.**  
Abends 8 Uhr: Borzugskarten gültig.

**Trionon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Buridans Esel.**  
Morg. u. folg. Tage: Buridans Esel.  
**Walhalla**  
Weinbergweg 15-20, Rosenthal-Tor.  
Anf. 8 Uhr. Die großartigen **Tejender-Spezialitäten.**  
Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesucher freier Eintritt.

**Passage-Panoptikum.**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!  
Vom 22. Dezbr. bis inkl. 4. Januar:  
**Volkstage!**

**Union-Theater**  
Alexanderplatz, im Grand Hotel.  
Jede Piece ein Risico-Erfolg unter anderem:  
**Der Graf von Luxemburg**  
die hübschesten Gesangs- und Tanzszenen aus dieser neuzeit. v. d. gesamt. Presse glänzend beurteilten Operette von Franz Lehar. Aufnahmen i. Ton u. Bild.  
Deshalb ist heute die Parole:  
Auf ins **U.T. Theater**

**Karl Haverland**  
Anfang **Theater** präz. 7/11  
77/79 Rommandantenstraße 77/79.  
13 Spezialitäten. 13 Schläger auf Schläger!

**Triant-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Buridans Esel.**  
Morg. u. folg. Tage: Buridans Esel.  
**Walhalla**  
Weinbergweg 15-20, Rosenthal-Tor.  
Anf. 8 Uhr. Die großartigen **Tejender-Spezialitäten.**  
Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesucher freier Eintritt.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
„Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“.  
Studentenbild v. Weusel.  
Anfang 8 Uhr.  
Am 31. Dez.:  
Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem **Tanzkränzchen.**  
Sollmusik: Das gramle Orchester des 3. Garde-Regiments-Regiments. (Keine Nachzahlung.)

**Weihnachts-Messe**  
Dresden-Str. 34/36 (Alte u. größte).  
Tägliche **KONZERT.**  
Eröffnung: Montag 5 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr.  
Entree Sonntag 30, wochentags 10 Pf.

**Union-Theater**  
Prachtvolles Künstlerkonzert der beliebtesten Frasch-Kapelle. Garderobe frei. Programm frei. Entree von 50 Pf. aufwärts.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
„Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“.  
Studentenbild v. Weusel.  
Anfang 8 Uhr.  
Am 31. Dez.:  
Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem **Tanzkränzchen.**  
Sollmusik: Das gramle Orchester des 3. Garde-Regiments-Regiments. (Keine Nachzahlung.)

**Walhalla**  
Weinbergweg 15-20, Rosenthal-Tor.  
Anf. 8 Uhr. Die großartigen **Tejender-Spezialitäten.**  
Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesucher freier Eintritt.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
„Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“.  
Studentenbild v. Weusel.  
Anfang 8 Uhr.  
Am 31. Dez.:  
Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem **Tanzkränzchen.**  
Sollmusik: Das gramle Orchester des 3. Garde-Regiments-Regiments. (Keine Nachzahlung.)

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
„Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“.  
Studentenbild v. Weusel.  
Anfang 8 Uhr.  
Am 31. Dez.:  
Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem **Tanzkränzchen.**  
Sollmusik: Das gramle Orchester des 3. Garde-Regiments-Regiments. (Keine Nachzahlung.)

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
„Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse“.  
Studentenbild v. Weusel.  
Anfang 8 Uhr.  
Am 31. Dez.:  
Gr. Silvester-Ülk-Soiree mit darauf folgendem **Tanzkränzchen.**  
Sollmusik: Das gramle Orchester des 3. Garde-Regiments-Regiments. (Keine Nachzahlung.)



